

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingeschrieben in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaarte Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Wittwoch, den 13. August 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitag findet der diesjährige in München statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 14. September, abends 7 Uhr,
 nach München in das Lokal:

Schwabinger Brauerei, Leopoldstr. 82 ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, 14. September, abends 7 Uhr: Vorversammlung, Konstituierung des Parteitag, Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission, Montag, 15. September und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

Berichterstatter: J. Kuer und A. Gerisch.

2. Bericht der Controleure.

Berichterstatter: H. Meister.

3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.

Berichterstatter: E. Rosenow.

4. Die bevorstehende Reichstags-Wahl.

Berichterstatter: A. Bebel.

5. Arbeiterversicherung.

Berichterstatter: H. Mollenhuth.

6. Kommunalpolitik.

Berichterstatter: Dr. Lindemann.

7. Der internationale Arbeiterkongreß 1903.

Berichterstatter: P. Singer.

8. Reiseleiter.

Berichterstatter: R. Fischer.

9. Anträge zum Programm und Organisation.

10. Sonstige Anträge.

11. Wahl des Vorstandes und der Controleure.

Parteigenossen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung des diesjährigen Parteitag — wir verweisen nur auf die Verhandlungen über die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen — richtet der Parteivorstand die Aufforderung an Euch, die Vorbereitungen für den Parteitag — also die Wahl der Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens den 2. September in den Händen des Vorstandes, Adresse:

J. Kuer, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30 sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz II der Partei-Organisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstände und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und ev. weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Ludwig Fickelmann, München, Sendlingerstr. 20.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau J. Kuer, Berlin SW., Kreuzbergstr. 30 zu beziehen.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Notizen weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Notizen verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, 28. Juli 1902.
 Mit socialdemokratischem Gruß
 Der Parteivorstand.

Der Schluß der ersten Lesung.

Die letzte Sitzung der ersten Lesung des Zolltarifs gestaltete sich zu einem hohen moralischen Triumph der Socialdemokratie, durch den die bisherige Arbeit unser parteigenösslicher Mitglieder der Zollkommission erfolgreich gekrönt wird. Wo immer noch Einsichtlose vorhanden sind, welche die schwere Gefahr der neuen Zollpläne nicht genügend erkennen, da giebt die Auseinandersetzung über die Frage der Verwendung der aus der Zollerrhöhung zu erwartenden Reichseinnahmen unzweideutige und den Gedankenlosten einleuchtende Aufklärung über Art und Absichten der Parteien, die den Zollwucher betreiben. Unser Vertreter in der Kommission, insbesondere Genosse Mollenhuth in seiner ebenso sachlichen wie

schnellenden Polemik gegen den erbärmlichen Centrums-schwindel haben vor aller Öffentlichkeit in hellstem Licht gestellt, wie insam verlogen das Vorgehen der Zollparteien ist, daß sie durch ihre zollpolitische Bethätigung die Wohlfahrt der Gesamtheit oder gar der unbemitteltesten Volksklassen bezwecken.

Zu dieser erfreulichen Feststellung hat allerdings die Centrums-partei selbst sehr unzeitwellige Hilfe geleistet. Das Centrum hoffte durch das Aufwerfen der Witwen- und Waisen-Versicherungsforderung die Zollerregung im Volke einigermaßen zu begünstigen, tatsächlich aber mußte der Abg. Trimborn, da er nur zum erstenmale in der Kommission den betreffenden Antrag seinen Partei vertrat, Zugeständnisse an die Zollgegner machen, die für diese von unschätzbarem Werte sind. Während die Zollparteien bisher stets die Wohlthaten rühmten, die der Landwirtschaft wie der Industrie aus dem Zolltarif zufließen würden, mußte als Voraussetzung für die Begründung des Antrags auf Ansammlung der Mehreinnahmen des Reiches zur Herbeiführung einer Witwen- und Waisenversicherung, die ungeheure Belastung der arbeitenden Klasse als Thatsache zugestanden werden. Indem Herr Trimborn als den Zweck des Centrumsantrages erklärte, daß er „im scharfen Zollkampf versöhnend wirken solle“, gab er zugleich die Verächtlichkeit des erbitterten Grolls der Arbeitermassen gegen den Zolltarif zu. Wäre es wahr, daß die Zollpolitik der Regierung und der ihr befreundeten Parteien, die unteren Klassen nicht bedrücken, sondern sogar fördern solle, wie man sonst gern läugerisch vorgab, so brauchte es keines „Versöhnungs“-mittels. Aber weiter offenbarte Herr Trimborn auch sofort die unsagbare Zämmerei des eignen Antrages, indem er den armen Witwen die kolossale Summe von jährlich 80 oder höchstens 100 M. als Gegengabe für die heillose Verteuerung aller Lebensmittel in Aussicht stellte! Es ist der dreiste Mut der Centrumsmänner nicht gering anzuschlagen, daß sie solchen Lohn der Arbeiterklasse zu bieten wagen! Es ist endlich auch die Ehrlichkeit eines andren Zugeständnisses des Herrn Trimborn anzuerkennen, daß die ruhmvollen Centrumswohlthat, durch welche die vom Zollwucher ausgehungerten Arbeiter „versöhnt“ werden sollen, im Grunde nichts bedeute als eine weitere Entlastung der kommunalen Armenpflege. Was die Witwen und Waisen bisher von den Gemeinden erhielten, ohne daß sie selbst Steuerbeiträge geben mußten, das sollen sie nach dem Centrumsantrage fürder aus den Reichseinnahmen beziehen, die sie selbst durch die Hungersteuer auf ihr tägliches Brot und alle ihre spärlichen Lebensbedürfnisse aufbringen müssen!

Die grenzenlose Versöhnungsheuchelei des Centrums führte zugleich zur dankenswertheften Bloßstellung der reaktionären Volksfeindlichkeit aller sonstigen Zollparteien. Konservative und Nationalliberale erklärten sich gegen den Centrumsantrag; die letzteren mit der Ausrede, daß die Versicherungsfrage nicht mit der Zollgesetzgebung vermischt werden dürfe, die ersteren, indem sie durch den Grafen Ranig einen Abänderungsantrag und durch den Abg. Krenndt eine Resolution vorbrachten, durch welche der Centrumsantrag vollends bis zur Bedeutungslosigkeit herabgesetzt wurde. Da das Centrum diesen Antrag und die Krenndtsche Resolution ablehnte, da aber mit den Konservativen und Nationalliberalen auch die Freisinnigen gegen den Centrumsantrag stimmten und da endlich die socialdemokratischen Verbesserungsanträge von allen andren Parteien abgelehnt wurden, so endete die ganze Diskussion gänzlich resultatlos. Freude hieran hat nicht allein die Regierung, deren Vertreter unter Berufung auf die schlechte Finanzlage des Reiches „schwere Bedenken“ gegen den Versicherungsplan vorbrachten, sondern auch alle bürgerlichen Parteien, eingeschlossen das Centrum, für das kein Antrag eben nur Komödie zur Täuschung thörichter Wähler ist. Oder will vielleicht das Centrum fest bleiben und ohne Durchführung seines Antrages den Zolltarif selbst nicht Gesetz werden lassen? Die Konservativen und Nationalliberalen haben aber gezeigt, daß ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ nicht einmal so weit reicht, daß sie der Arbeiterschaft ein Almosen vergüten wollen, wenn ihr in Scheffeln genommen wird.

Ein besonderes Wort ist den Freisinnigen zu widmen. Indem die freisinnigen Vertreter in der Zollkommission, wie schon erwähnt, den Centrumsantrag zu Falle brachten, haben sie nicht nur eine wenn auch geringe Verminderung der schädlichen Wirkungen des Zolltarifs verhindert sondern sich geradezu als eifrige Förderer des Zollwuchers erwiesen. Was der Abgeordnete Müller-Sogon zur Verteidigung der Ablehnung des Centrumsantrages vorbrachte und was heute abend die „Freisinnige Zeitung“ ähnlich wiederholt, ist so thöricht, daß es schwer ist, nicht nach andren, unausgesprochenen Motiven für diese scharf volksfeindliche Haltung zu forschen. Die „Freisinnige Ztg.“ leistet das erstaunliche Gerede, daß die Socialdemokraten mit ihrer Zustimmung zum Witwen- und Waisenversicherungsantrag doch nicht davor schätzen würden, daß eine derartige Gesetzesbestimmung später vom Reichstag beseitigt werden könnte! Die „Freis. Ztg.“ weiß natürlich, daß, nachdem einmal die gesetzliche Festlegung von Summen für Versicherungszwecke durchgeführt ist, denn doch eine Beseitigung nicht so leicht möglich ist. Diese interessanten Freisinnsteuern socialpolitische Reformen ab, weil — sie vielleicht einmal wieder von einer andren Reichstagsmehrheit abgeschafft werden könnten! Nicht minder unstimig ist die Ausrede der „Freisinnigen Zeitung“, daß der Zolltarif gesteuert werde, wenn man die Ausgaben für dauernde Schöpfungen des Volkslebens damit verstopfe. Die „Freisinnige Zeitung“ weiß natürlich, daß durchweg die socialpolitischen Aufwendungen des Reiches aus den Einnahmen von Zöllen und Verbrauchssteuern gedeckt werden. Sie sollte daher schlüssig die Beseitigung aller socialpolitischen Thätigkeiten des Reiches fordern, da diese „dauernden Schöpfungen unsres Volkslebens“ dazu dienen, das vom Freisinn — man muß

nach der neuesten Entwicklung dieser Partei sagen: angeblich — belängste System der indirekten Abgaben und Zölle zu beseitigen.

Die „Freis. Ztg.“ sollte sich von dergleichen blöden Bemerkungen gegen die Socialdemokratie fernhalten. Es ist vielmehr festzustellen, daß die freisinnige Volkspartei Hand in Hand mit den reaktionärsten Parteien dazu beiträgt, daß auch die winzige Rückgabe eines Bruchteils der durch den Zolltarif vom Volke zu erpressenden Summen verhindert wird. Zugleich aber räumt die freisinnige Volkspartei den Zollwuchern einen Stein des Anstoßes aus dem Wege. Sie erwidert sich den heißen Dank der Regierung des Zollwuchers, indem sie eine der Regierung sehr unangenehme Beigabe zum Tarif beseitigt. —

Wir geben nachstehend unsern Originalbericht aus der Kommission:
 102. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 12. August.

Nachdem in der letzten Sitzung die Restnummern des Tarifentwurfes im Geschwindschritt erledigt wurden, bleiben nur noch die Verwendungsanträge zur Beratung, dann ist die erste Lesung des Tarifgesetzes und des Tarifentwurfes überwunden.

Zunächst kommt folgender Centrumsantrag nebst den dazu gestellten Unteranträgen zur Beratung:

Dr. Heim und Genossen. Die Kommission wolle beschließen:

1. nach § 11 einzuschalten:

§ 11a.

Ueber denjenigen Ertrag der Zölle aus den nach den Tarifstellen 1, 2, 3, 4, 102, 103, 105, 106, 107, 132, 133, 134, 160 und 163 zu verzollenden Waren, welcher den Durchschnittsertrag der Zölle aus den nach den Tarifstellen 9a, 9ba, 9b, 9c, 25a, 25g, 25o, 25q, 2, 87b, 89c, 89d, 89e, 89f, 89g, 89h, 89i des Zolltarifs vom 24. Mai 1885 zu verzollenden Waren nach dem Ergebnis der Jahre 1895 bis 1902 übersteigt, ist durch ein besonderes, spätestens bis zum 1. Januar 1910 zu verabschiedendes Gesetz zur Erleichterung der Durchführung der Witwen- und Waisen-Versicherung Bestimmung zu treffen.

Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes sind diese Mehreträge für Rechnung des Reiches anzuzusammeln und verzinslich anzulegen.

2. im Schlußsatz des § 12 vor den Worten „so lange in Wirksamkeit bleiben“ einzuschalten: „abgesehen von der sich nach § 11a dieses Gesetzes ergebenden Aenderung“.

erner beantragen Dr. Heim zc.:

Die Kommission wolle beschließen:

dem Antrag Dr. Heim und Genossen den nachfolgenden Zusatz zu geben:

Tritt dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von da ab die Zinsen der angesammelten Mehreträge, sowie die eingehenden Mehreträge selbst den einzelnen Invaliden-Versicherungsanstalten nach Maßgabe der von ihnen im vorhergehenden Jahre aufgetragenen Versicherungsbeiträge zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten zu überweisen.

Diese Unterstützung erfolgt auf Grund eines vom Reichs-Versicherungsamt zu genehmigenden Statuts.

Eventual-Antrag der Socialdemokraten:

Die Kommission wolle beschließen:

1. in dem Antrag 1 auf Nr. 1 folgende Zusätze zu machen:

a) nach „Nr. 4“ einzuschalten:

„Nr. 5, 6, 9, 23 bis 36, 44 bis 48, 162“.

b) statt 9a, 9ba, 9b, 9c zu setzen:

„9a bis f“.

c) den Nummern 25 f ufw. zuzusetzen:

„25g, 25k, 26k, 89a, 89k“.

2. statt „spätestens bis zum 1. Januar 1910“ zu setzen:

„gleichzeitig mit diesem Gesetz“.

Graf v. Ranig beantragt:

Die Kommission wolle beschließen:

1. nach § 11 einzuschalten:

§ 11a.

Ueber denjenigen Ertrag der Zölle aus den nach den Tarifstellen 1, 2, 3, 4, 102, 103, 105, 106, 107, 132, 133, 134, 160 und 163 zu verzollenden Waren, welcher den Durchschnittsertrag der Zölle aus den entsprechenden Positionen des jetzt geltenden Zolltarifs nach dem Ergebnis der Jahre 1895 bis 1902 übersteigt, ist durch ein besonderes, spätestens bis zum 1. Januar 1910 zu verabschiedendes Gesetz zur Ermäßigung der nach dem Invaliden-Versicherungsgesetz vom 13./19. Juli 1899 von den Arbeitern und Arbeitgebern zu leistenden Beiträge Bestimmung zu treffen.

Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes sind diese Mehreträge anzuzusammeln und verzinslich anzulegen.

2. im Schlußsatz des § 12 vor den Worten: „so lange in Wirksamkeit bleiben“ einzuschalten: „abgesehen von der sich nach § 11a ergebenden Aenderung“.

Trimborn begründet den Centrumsantrag. Ein uralter Wunsch des Volkes und aller Socialreformer solle durch diesen Antrag erfüllt werden. Auch von der Regierung sei seinerzeit die Witwen- und Waisenversicherung als erstrebenswerthes Ziel hingestellt worden. Und im Volke schäme man dieses Ziel höher, als die Alters- und Invalidenversicherung. Er und seine Freunde seien der Ansicht, daß die Verwendung eines Teiles der durch den Zolltarif gewonnenen Mittel zu diesem Zweck im scharfen Zollkampf versöhnend wirken werde. Neben erörtert dann die finanzielle Seite des Vorschlags. Erhalte jede Witwe eine Jahressumme von 100 M., jede Waise 33 1/3 M., so werde das eine dauernde Ausgabe von 95,5 Millionen, bei 80 resp. 40 M. von 111,3 Millionen Mark im Verfassungszustande jährlich erfordern. Die Einnahme der Zölle ergäben nach den Tarifätzen ca. 54 Millionen, nach dem Kompromiß-Antrag Herold 91 Millionen jährlich mehr. Daran könne sehr wohl die Witwen- und Waisenversicherung fundiert werden. Er stelle sich das so vor, daß das Reich die Hälfte zuzuführen, die andre Hälfte zum Teil von Arbeitgebern und Arbeitern getragen werde. Der Arbeiter könne nicht für die Zukunft sorgen, er müsse seine geringen Mittel für seinen und der Seinigen Unterhalt aufwenden. Auch die

Kommunen mühen entlastet werden, die Armenlasten würden durch die Witwen- und Waisenerziehung vermindert. Ein Gesetz der Witwen sei auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Für den Antrag des Grafen Kanitz könne er sich nicht erwärmen; er würde die Witwen- und Waisenerziehung als großen Fortschritt vorziehen und begrüßen. Wenn jetzt nicht dazu geschritten werde, würde vielleicht niemals der Wunsch erfüllt werden, dem selbst Herr v. Stumm im Plenum Ausdruck verlieh.

Graf Kanitz tritt für seinen Antrag ein und legt Mängel der Alters- und Invalidenversicherung bloß. Die Fluktuation der Arbeitskräfte sei eine der Landwirtschaft ungünstige, der man darum die Kosten für die Arbeiterversicherung verringern müsse.

Kreudt beantragt folgende Resolution:

Die Kommission wolle beschließen für den Fall der Ablehnung des Antrages Nr. 1:

den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, denjenigen Vertrag der Rölle, aus dem nach Tarifstellen 1, 2, 3, 4, 102, 103, 105, 106, 107, 132, 133, 134, 160 und 163 zu verzollenden Waren, welcher den Durchschnittsvertrag der Rölle aus den entsprechenden Positionen des jetzt geltenden Zolltarifs nach dem Ergebnis der Jahre 1895 bis 1902 übersteigt, zur Durchführung der Witwen- und Waisenerziehung zu verwenden und ihm möglichst bald einen entsprechenden Gegengewicht vorzulegen.

und begründet diese. Redner wendet sich gegen den Centrumsantrag, der unbrauchbar sei und dessen Inhalt doch durch die Resolution anerkannt wird.

Mollenhuth: Während Trimborn glaube, der Centrumsantrag werde verbindend wirken im Zollkampf, sei er, Redner, überzeugt, daß die Verquickung der Witwen- und Waisenerziehung mit dem Zolltarif den Arbeitern diese Versicherung verfehlen werde. Denn man brauche nur darauf hinzuweisen, welche Summen den Arbeitern durch die Zolltarifentlastung entzogen werden, welche Vorteile die Großgrundbesitzer haben usw., dann würden sie bitter empfinden, daß man ihnen von dem Abgenommenen sozusagen ein Almosen hintere. Dazu komme, daß, wie Trimborn sagte, die Arbeiter nur Inapp ihren Unterhalt bestreiten können bei ihrer schlechten Lage. Ferner ziehe der Zolltarif eine Verringerung des Konsums nach sich, denn die Kaufkraft der Massen würde geschwächt und das erzeuge wiederum Arbeitslosigkeit und Lohnmangel. Man verschone die Arbeiter vor diesem Unglück, das ist wertvoller als die lächerlich geringen Beiträge, die durch den Antrag der Witwen und Waisen gegeben werden sollen. Selbst Stumm würde höhere Beiträge ausgedrückt haben. Der einzige greifbare Erfolg werde sein, daß den Kommunen ein Teil der Armenlast abgenommen werde; aber auf die Armenlasten seien die Versicherten bei solchen Beiträgen immer noch angewiesen. Das sei übrigens eine eigenartige Gesetzmacherei. Das Centrum hätte doch mindestens die Grundzüge eines entsprechenden Gesetzes festlegen müssen, so aber sei das Ganze etwas Rebellhaftes, nur dazu bestimmt, bei Wahlen den Arbeitern ein gutes Herz zu zeigen und sie zu veranlassen, den Zolltarif anzuerkennen. Aber wenn wir die Arbeiter fragen werden, ob sie die Witwen- und Waisenerziehung für den Zolltarif eintauschen wollen, werden sie gern auf beides verzichten, denn sie wissen, daß sie gerupft werden sollen. Also bei den Wahlen werde sich die Ansicht des Centrumsantrages für die Arbeiter klar herausstellen. Dann geht Redner auf den Antrag Kanitz ein und erörtert in eingehender sachlicher Weise die Arbeiterversicherungsverhältnisse. Er giebt dem Antragsteller die Mängel der Arbeiterversicherung zu. Aber was der Antrag Kanitz wolle, sei wirklich harmlos. Erst wolle man den Grundbesitzern Vorteile zuflechten durch Getreidezölle etc. und dann wolle man einen Teil der Zolltarifentlastung denselben Grundbesitzern als weiteres Geschenk überweisen, ihnen die Versicherungsbeiträge zum Teil abnehmen. So müsse alles, was der Zolltarif ergebe, den Besitzenden zum besten dienen. Gegen diesen Antrag würden die Sozialdemokraten stimmen, aber den Centrumsantrag würden sie nicht ablehnen, damit derselbe samt dem Zolltarif bei den Wahlen den Wählern unterbreitet werden könne, er ermögliche es, leichter zu beweisen, was dem Volk abgenommen werden solle, denn es werde ja zugestanden, daß der Antrag Herold zu den Getreidezöllen das vom Ausland eingeführte Getreide stelle nur ein Neuntel dessen dar, was das deutsche Volk verbraucht, die übrigen acht Neuntel würden ebenso im Preise verteuert; die Erhöhung der Getreidezölle koste also dem Volk ca. 800-900 Millionen Mark. Und doch seien noch viele andre Lebensmittel verteuert; demgegenüber sei der Centrumsantrag weniger als ein Almosen. Redner freut sich darauf, daß bei den Wahlen die hohe Geschäftlichkeit der Zolltarifpolitik und die demagogische Taktik des Centrums dargelegt werden könne, denn diese Angelegenheiten würden bei den Wahlen den Grundzug der Erörterungen bilden. Fort mit dem Zolltarif, der die Arbeiter

hundertmal mehr schädigt, als diese Art Witwen- und Waisenerziehung ihnen könne! — das würde der Ruf sein. Eine gute derartige Versicherung müsse anders hergestellt werden. Gute Grundzüge und höhere Unterstützungen müßte sie enthalten, wie es die Sozialdemokratie erstrebt. (Bravo!)

Staatssekretär v. Tziellmann: Der Gedanke einer Witwen- und Waisenerziehung sei der Regierung sympathisch. Es frage sich nur, ob sich dieser Gedanke mit dem Zolltarif verquicken lasse. Der sozialdemokratische Antrag sei absolut unmöglich, man könne nicht gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Zolltarifs eine Institution, wie die beantragte, schaffen. Die im Centrumsantrag angeführten Waren ergäben einen Ueberschuß von circa achtzig Millionen Mark. Redner bespricht die Wirkung der Getreidezölle auf den Getreidebau im Inlande. Aber es sei noch zweifelhaft, welche Rölle der Reichstag noch bewilligen werde. Was eine Witwen- und Waisenerziehung koste, wisse man heute noch nicht. Würden die im Centrumsantrag benannten Posten reserviert, wisse man nicht, ob diese Mittel reichen. Es sei denklich, den Reichsetat zu belasten mit Ausgaben, von deren Höhe man noch keine Ahnung habe. Die Bundesstaaten seien immer höher belastet worden, ohne Aussicht zu haben, dies durch Ueberschüssen wieder zu bekommen. Redner giebt eine finanzielle Uebersicht über die Militärbeiträge und über die eventuellen Beiträge der Rölle und indirekten Steuern; ein Fehlbetrag werde sich ergeben. An das Reich würden trotzdem höhere Anforderungen gestellt. Dem stehe ein zu erwartender Anstieg der Indirecten gegenüber. Für die Veteranen würde mehr gebraucht, der Invalidenfonds werde dadurch erschöpft. Die Steigerung der Invalidenversicherungs-Konten erfordere ebenfalls größere Beiträge. Ferner seien Betriebsmittel für die Reichshauptkasse im höheren Maße erforderlich. Eine Erhöhung der Militärpensionen stehe ebenfalls in Aussicht, die Auswirkung derselben auf Civilpensionen könne nicht ausbleiben. Ohne neue Steuern lasse sich der Centrumsantrag nicht realisieren. Diese Seite der Sache müsse hervorgehoben werden. Mit einem Federstrich lasse sich das erstrebenswerte Ziel der Witwen- und Waisenerziehung nicht erreichen.

Bayrischer Bundesratsbevollmächtigter Staatsrat v. Stengel: Die bayrische Regierung behalte sich eine definitive Stellungnahme vor, bis ein Beschluß der Kommission oder des Reichstags zu dem Antrag Heim vorliege. Der Absatz 2 des § 12 des Tarifgesetzes werde durch den Antrag des Centrums seiner Bedeutung entleert. Er gebe zu bedenken, derartige Zwecke mit dem Zolltarif zu verbinden, wenn seine Regierung auch die Witwen- und Waisenerziehung für ein erstrebenswertes Ziel halte. Aber die lex Rieder für das Jahr 1901 harre noch ihrer Erledigung. Die Bilanzierung des Reichsetats leide durch ein Defizit von ca. 70 Millionen. Demnach sei es ein gewagtes Experiment, bezüglich des Zolltarifs sei die beantragte Verfügung zu treffen. Redner empfiehlt, die Resolution Kreudt anzunehmen.

Müller-Sagan ist gegen den Antrag des Centrums, da es unmöglich sei, diese Frage mit dem Zolltarif zu verknüpfen. Das werde höhere Erregung hervorbringen, als der Zolltarif allein. Wichtig sei, daß die höchsten Getreidezölle dem Volke jährlich 800 bis 900 Millionen Mark kosten werden. Demgegenüber sei das, was der Centrumsantrag biete, eine Bagatelle. Die äußerste Linke handle nicht recht, wenn sie durch ihre Zustimmung zu dem Antrage des Centrums die Rölle festlegte. Redner wendet sich dann gegen den Antrag Kanitz und ist gegen alle Anträge, auch gegen die Resolution Kreudt.

Herold wendet sich gegen verschiedene Redner. Es sei doch besser, den Witwen und Waisen einen Rechtsanspruch zu verschaffen, statt sie auf Almosen angewiesen zu lassen. Im großen und ganzen müsse erst das Prinzip festgelegt werden, über Einzelheiten lasse sich dann reden. Was nützt denn eine Resolution wie die Kreudtsche, wir werden uns auf eine solche Resolution nicht zurückziehen und unsern Antrag nicht so reducieren! Redner spricht dann über die finanzielle Wirkung. Wenn die Versicherung nach dem sozialdemokratischen Antrage sofort eingerichtet werde, stelle man sie auf unsichere Grundlage.

Baasche ist gegen jede gesetzliche Festlegung der aus dem Zolltarif stehenden Summen. Man wisse ja noch nicht, ob und welche Ueberschüsse aus dem Zolltarif sich ergeben würden, er sei ja noch nicht abgeklärt. Ferner müsse abgewartet werden, welche Handelsverträge kommen. Redner polemisiert dann gegen verschiedene Vordränger und weist auf die Ausführungen des Staatssekretärs und des bayrischen Bundesratsbevollmächtigten hin, die die finanzielle Lage des Reiches möglichst günstig schildert hätten. Obgleich auch die Nationalliberalen für eine Witwen- und Waisenerziehung seien, wisse man doch gar nicht, wie sie gestaltet werden solle. Der Antrag gebe dafür keine Unterlage. Viele Arbeiter seien in der Lage, bis zu ihrer Verheiratung zu einer solchen Versicherung Beiträge zu leisten. Der Zolltarif braucht die Verbrännung durch den Antrag des Centrums nicht; er, Redner, stimme für den Zolltarif, weil die Landwirtschaft gestützt werden müsse. Einer Populäritätshäuserei bedürfe es dabei nicht, wie sie in dem Antrag liege.

Barth: In jedem Staate habe man den Unfuh ausgegeben, Einnahmen aus dergleichen Quellen, wie dem Zolltarif, für solche Verwendungszwecke festzulegen, dieses Topfsystem dürfe nicht einreifen. Die Absicht des Antrags sei, dem Volke die Täuschung einzutrinken, daß der Deutwucher nicht so gefährlich sei. Wolle man

die Witwen- und Waisenerziehung einrichten, dann möge man eine Erbschaftsteuer dazu verwenden. Die verbündeten Regierungen würden, wie andre auch, den Antrag wohl nicht ernst nehmen. Redner hat den dringenden Wunsch, daß der Antrag im Plenum wiederkehrt. Wenn er sicher wäre, daß dies geschehe — (Dr. Heim versichert ausdrücklich, daß dies geschehe!) — so, da werde ich nicht für den Antrag stimmen; ich hätte in der Kommission nur dafür gestimmt, damit er an das Plenum gelangt! (Heiterkeit.) Redner wünscht, daß dann der Abg. Herold im Plenum seine Rede wiederhole, eine stärkere Diskreditierung der Getreidezölle gebe es nicht.

Gäbel (Reformer) will für die Resolution Kreudt stimmen; wünscht aber eine Finanzreform im Reiche, damit die Einzelstaaten nicht noch stärker belastet würden durch Einrichtungen, wie sie das Centrum beantragt habe, obgleich er, Redner, ebenfalls für eine Witwen- und Waisenerziehung sei.

Mollenhuth wendet sich gegen Müller-Sagan. Im Plenum werde der Centrumsantrag erst zur Abstimmung kommen, wenn der Zolltarif in dritter Lesung angenommen sei; werde dann der Antrag abgelehnt, so flössen die Mittel in die Reichskasse für Militärzwecke etc. Und wegen Militärangelegenheiten spalteten sich ja immer die Freisinnigen. Aus dem Reichsportemonnaie sei nichts wieder heraus zu kriegen, wenn man alles bedingungslos hinein fließen lasse. Redner erwidert dann Herold, wenn dessen Voraussage sich erfüllte, daß der Zoll nichts verteuere, dann würden auch keine Mittel für die Witwen- und Waisenerziehung frei, dann sei der ganze Plan eine Feilschablase, eine Täuschung. Paasche möge mit seinen Freunden den sozialdemokratischen Forderungen folgen, die die Arbeiterversicherung besser gestaltet wissen wollen. Die Resolution Kreudt bedeute eine Verschleppung und sei überflüssig, da dergleichen Resolutionen schon in der Schulblase des Bundesrates ruhten. Abg. Gumpwolke übrigens wahrscheinlich noch seinen Neigungen im Plenum, nichts von der Resolution Kreudt wissen. Selbst wenn Unternehmer Beiträge zu einer derartigen Versicherung zahlten, seien das doch nur Arbeiterbeiträge, die den Arbeitern bei der bekannten Lohnabmessung vorweg genommen würden.

Ein Schlusssatz wird gegen 11 Stimmen angenommen.

Der sozialdemokratische Interantrag wird abgelehnt.

Der Centrumsantrag wird mit dem dazu gestellten Interantrag gegen die 12 Stimmen der Sozialdemokraten und des Centrums abgelehnt.

Ebenso werden alle andern Anträge, einschließlich der Resolution Kreudt, abgelehnt.

Dann wird folgender Antrag der Sozialdemokraten zur Beratung gestellt:

Die Kommission wolle beschließen: nach § 10a einzuschalten:

§ 10b.
Aus den Erträgen der Rölle, die bei der Einfuhr von Waren in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, sind jährlich 60 Millionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kleinbauern, insbesondere durch Verbesserung und Bau von Landwegen und Kanälen, zu verwenden.

Ueber die Art der Verwendung hat alljährlich der Reichstag zu beschließen.

Copenhagen erinnert daran, daß im preussischen Landtage die Kanalvorlage abgelehnt worden sei und für die Kleinbauern sonst nichts getan werde. Da sei es umso mehr geboten, aus den Mitteln, die aus dem Zolltarif bei dessen etwaiger Annahme in die Reichskasse flössen, die Verkehrsverhältnisse zu bessern. Auf die Annahme des Antrages durch Großgrundbesitzer rechne er nicht, die doch den Interessen der kleinen, nothleidenden Landwirte entgegenstünden.

Reichstagssekretär v. Tziellmann erklärt, daß der Regierung 60 Millionen nicht zu diesem Zwecke zur Verfügung ständen, wie aus seinen finanziellen Ausführungen sich ergebe. Außerdem gehöre die Angelegenheit zur Kompetenz der Einzelstaaten.

Graf Kanitz brüt hervor, daß ihm der Antrag sympathisch sei, aber es empfehle sich nicht, ihn in das Gesetz aufzunehmen. Den Kleinbauern werde durch den Bau von Kanälen nichts genützt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Dann werden folgende sozialdemokratische Anträge trotz Widerspruch zur Beratung zugelassen:

Die Kommission wolle beschließen:

1. als § 11b einzuschalten:

So lange Rölle bei der Einfuhr von Nahrungs- oder Genußmitteln in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, treten die §§ 2 bis 18 des Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Abgabe von Salz vom 12. Oktober 1867 (Reichsgesetzblatt 1867 S. 41) außer Kraft.

2. als § 11c einzuschalten:

So lange Rölle bei der Einfuhr von Nahrungs- oder Genußmitteln in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, wird die Verbrauchsabgabe, welche durch das Gesetz, betreffend die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1867 und 16. Juni 1895 (Reichsgesetzblatt 1895 S. 276) eingeführt ist, durchweg auf 0,50 Mark für das Liter reinen Alkohols herabgesetzt.

3. als § 11d einzuschalten:

So lange Rölle bei der Einfuhr von Nahrungs- oder Genußmitteln in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, wird § 43c

des Artikels erlösen. Man schähe diese Fähigkeit ja nicht zu niedrig ein, sie ist ungeheuer wichtig, ja unentbehrlich in den schwierigsten Kämpfen, die das Proletariat ununterbrochen durchzulämpfen hat, und um so höher muß sie gewertet werden, weil so wenige mit diesem Talent beglückt sind. Diese Eigenschaft hat Regel behauptet, sich in den Dienst der politischen Tageskämpfe zu stellen und drei Jahrzehnte wacker durch zahllose Gedichte für unsere Ideen zu streiten. Die Gabe des Humors aber, der nicht selten treffende Witz, mit dem sich sein poetisches Talent verband, ließ manches zu einem prächtigen Treffer werden. In der That am besten ist er auf humoristischem Gebiete, wenn es der Stoff und die Umstände erlaubten, satirisch zu glitzern. Hier gelang ihm in der That mancher Treffer.

Das machte Regel seit dem Jahre 1888 zum Hauptmitarbeiter des „Wahren Jakob“ — oft war der weitaus größte Teil der ganzen Nummer von ihm — und so wurde er für Hunderttausende von Arbeitern jahraus, jahrein Erquickung und Labial, wenn sie in der Feierstunde ihr Wohlthun in die Hand nahmen und auch Ansporn, wenn sie anfangen zu erlahmen oder gleichgültiger zu werden. Es ist ganz natürlich, daß, wo den Arbeitern, sei es für songedrohe Kreise oder zu Zwecken der Erhebung und Begeisterung, ein Liebesstrauch gebunden wurde, da band man auch die Regelschen Liebesblumen mit hinein und so begegnete wir ihm immer und immer wieder, einst in der alten, unter dem Sozialistengesetz so oft losfischerten, aber immer wieder neu aus Jülich eintreffenden Gedichtsammlung „Vorwärts“, den noch öfter formidableren bekannten kleinen Jülicher Gedichtsammlungen — wela' schöne Zeit, da sie einst ein jeder beim nächsten Ausfluge mit sich in der Tasche trug! — ebenso heute in den Gedichtsammlungen der „Freien Turner“ wie in denen der „Freien Sänger“. Und Regels Gedichte blieben nie die am wenigst beachteten. Regel selbst hat auch verschiedene Gedichtsammlungen veranstaltet. Die „Lichtstrahlen der Poesie“ und dann das in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitete „Sozialdemokratische Liedertuch“, das er wirklich geschicklich zusammengestellt hat. Verschiden wie er war, ließ er eher andre zu Worte kommen, als daß er diese Gelegenheit benutzte, um sich hervorzudrängen.

Als Profeschriststeller beihätigte sich Regel, abgesehen von seinen früheren politischen Artikeln, später hauptsächlich als Verfasser zahlreicher Erzählungen und Humoresken, die größtenteils im „Wahren Jakob“ erschienen sind. Die einzige größere Profeschristarbeit von ihm ist eine, heute freilich längst verschollene Biographie Ferdinand Lassalles.

Ein Proletariendichter.

Max Regel zum Gedächtnis.

Rur wer der Menschheit Güter treu verfolgte,
So lang' er atmete im Sonnenlang,
Rur er ist würdig, daß ein Blumenkranz
Zu seinem Angedenken wird geflochten.

Wieder einer weniger der alten Garde derer, die einst mit ihren Liedern den Frühling der Partei jubelnd begrüßt und bei den Weiterführern des Sozialistengesetzes mutig ausgehalten haben. Fast alle sind sie jetzt tot, manche dect der Nation schon lange, aber keinen das Vergessen —: Der alte, treffliche Weib, der wacker Ludorf, der edle Leopold Jakob, der hehrblätige Manfred Wittich und jetzt nun auch der treue Max Regel.

Es gab eine Zeit in der Partei, da jeder dichten können mußte, wenn er als vollgültiger Parteigenosse angesehen werden wollte, und die meisten haben auch gedichtet, selbst ein Friedrich Engels und seine Verse waren wahrlich nicht die schlechtesten, man lese sie nur in der alten Gedichtsammlung „Vorwärts“ nach. Wir brauchen uns dieser Zeit nicht zu schämen, im Gegenteil, es ist unsre Heroenzeit, die Zeit des heiligen Feuers, dessen das Proletariat bedurfte, um die ungeheuren Hindernisse zu meistern, die sich in den sechziger und siebziger Jahren den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung entgegenstemmten. Die heilige das Feuer war, wie mächtig und rein es glühte, die Erfolge zeigen es seit einem Jahrzehnt. Aus dieser Zeit stammt auch Max Regel. Auch er war einer von denen, in deren Herzen das heilige Feuer brante, aber, und das ist's, was ihn für alle Zeiten ehren wird, er war einer von denen, die ihr ganzes Leben darauf verwandten, dieses Feuer auch in den Herzen anderer anzuzünden und zu läutern, auf daß es sich in Thaten umsetze. Er that es mit seinen Liedern.

Bergeilich wird man freilich die günstigen Litteraturgeschichten durchzuführen, um auf den Namen Max Regel zu stoßen, dort hat er bis jetzt nirgends einen Platz gefunden und wird auch wohl nie einen dort finden, freilich, er hat auch nicht einen dort gesucht. Aber seine Bedeutung als Schriftsteller und Dichter ist darum doch um ein erhebliches größer, als diejenige vieler, deren Namen breit und großspurig in jeder Litteraturgeschichte genannt werden.

Die erste Bedeutung Regel als Dichter beruht in den Idealen, denen er in seinen Gedichten Abdruck verliehen hat, und weiter in den Aufgaben, die er sich gestellt, das heißt, denen er sein Talent

dienfah gemacht hat; die denkbar weiteste Verbreitung seiner Ideale. Gewiß war er keiner jener dichterischen Pfadfinder, die neue starke Töne fanden, neue Formen der Dichtung geprägt, oder die Sprache um neue Worte vermehrt haben. Seine Sprache war einfach, schlicht, volkstümlich. Es war die Sprache des Volkes, aber das war ihr Vorzug, denn an das Volk wandte er sich doch mit seinen Gedichten, einzig ihm von seinen Freuden und Leiden zu sprechen; von den „Exklusiven“, den Menschen mit der komplizierten Natur wußte und wollte er nichts. Aber doch etwas ganz Besonderes zeichnet seinen Dichtungen zum Ehrentitel. Regel war einer der allerersten, die den politischen und sozialen Forderungen des Massenbewußt gewordenen Proletariats dichterische Form liehen, diejenige, die in erster Linie zu den Herzen der Leser und Hörer leitet. Seit dem Jahre 1869 stand er im Dienste der modernen Arbeiterbewegung, das ist seit seinem 19. Jahre. Darum sind seinen sämtlichen Gedichten die verschiedensten Freiheitsbegriffe der bürgerlichen Ideologen vollständig fremd, es sind stets ganz klare Vorstellungen, denen man darin begegnet, die positiven Ziele des sozialdemokratischen Arbeiters, der er war, als er zu schriftstellern begann. Als solcher wußte er, daß die internationale Solidarität der Arbeiter Grundbedingung für alle größeren Siege war und darum hat er das epigrammatisch gefaßte Schlusswort des kommunistischen Manifests „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ in den meisten seiner Gedichte der 70er Jahre und in vielen auch späterer Zeit poetisch behandelt. Er mochte in der ganzen Zeit keine einzige der verschiedenen literarischen Moden mit, die ersten Idealismus, dann den Naturalismus überwand, um gegenwärtig beim impotenten Mysticismus angelangt zu sein. Für ihn gab es nichts zu überwinden, d. h. ein großes doch — die kapitalistische Gesellschaftsordnung; an ihrer Ueberwindung wollte er mitarbeiten, als er vor mehr denn 30 Jahren die erste Zeile für die Partei schrieb, ihr galten auch die letzten.

Was Regel in technischer Hinsicht als Dichter auszeichnete, war, er besah ein ganz hervorragendes Reimtalent, er hatte für alles sofort einen Vers zur Hand. Wie stark dieses Reimtalent war, dafür ist eine Anekdote, die er selbst einmal dem Schreiber dieser Zeilen bei einem Glase Wein erzählte, ebenso lösslich als bezeichnend. Man rühmte von ihm, daß er die Kunst verstand, einen Artikel, ohne ihn erst niederzuschreiben, gleich zu setzen; unser Max konnte aber noch mehr. Er hatte einmal einen Zeitartikel Otto Wallfers zu setzen, beim Ueberlesen machte ihm der Stoff so viel Spaß, daß er sofort zu setzen anfang; aber was er setzte, war nicht der Zeitartikel, sondern ein Gedicht, in das er den Artikel beim Lesen umformte. Das fertige Gedicht soll an Witz und Trefflichkeit den Artikel Wallfers bedeutend übertroffen haben, so daß es auch an Stelle

des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins vom 18. Juni 1895 (Reichsgesetzblatt 1895 S. 276) aufgehoben.

4. als § 110 einzufügen:

So lange Zölle bei der Einfuhr von Nahrungs- oder Genußmitteln in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, treten die §§ 77 und 78 des Gesetzes vom 27. Mai 1898, betreffend Abänderung des Zuckersteuer-Gesetzes (Reichsgesetzblatt 1898 S. 100) außer Kraft.

5. als § 111 einzufügen:

Der Bundesrat hat die Zölle auf die nachbenannten Waren aufzuheben, sobald deren Verkaufspreise die daneben gesetzten Preise erreichen:

Weizen	215 M. per Tonne
Roggen	185
Gerste	155
Hafer	155
Hülsenfrüchte	185
Lupinen	80
Malz	175
Mais	155

Stadthagen begründet ausführlich diese Anträge. Bedeutende Centunionsführer, Bindhorst, Reichsberger etc., auch Konservativen erklärten sich früher gegen die Salzsteuer. Wollte man die Mittel aus dem Posttarif nicht zu vorwiegend militärischen Zwecken verwenden lassen, dann müsse die Salzsteuer von den Schultern der Massen genommen werden. Redner erörtert dann die Anträge § 110, 111 und 112 in kurzen Ausführungen. Der Antrag § 111 wolle durchaus nicht die Preise feststellen; aber wenn Notstandspreise kämen, wie sie hier angegeben seien, dann müßten die Zölle aufgehoben werden, um eine weitere Verteuerung vom Volke abzuwenden. Diejenigen, die stets behaupten, sie wollten die Preise durch höhere Zölle nicht steigern, sollten mit dem Antrag beim Wort genommen werden.

Reichs-Schatzsekretär v. Thielmann betont, daß diese Anträge fast das ganze Steuergebiet umfassen. Die Salzsteuer sei keine so drückende, schon deshalb werde er die Aufhebung bekämpfen, wenn auch nicht die finanzielle Notwendigkeit vorläge, alles zusammenzuhalten, denn das Reich brauche alle diese Mittel, auch die, die in den weiteren Anträgen berührt seien.

Herold hält die Anträge für unannehmbar. Gabel ist der Antrag auf Aufhebung der Salzsteuer sympathisch, aber die Form des Antrages mache ihn unannehmbar.

Stadthagen erwidert dem Staatssekretär, daß etwaige Ausführungsbestimmungen von der Regierung erlassen werden müßten. Verschiedene Redner seien im Jertum, wenn sie annähmen, der Antrag wolle für Notstandszeiten nur eine Suspendierung der Zölle, es sei die Aufhebung der Zölle beantragt.

Graf Schwerin meint, diese Erklärung mache ihm die Ablehnung leichter. Redner erörtert die Preisregulierung für Getreide.

Sämtliche Anträge werden abgelehnt. Ferner wird der zurückgestellte Teil des § 12 des Tarifgesetzes ohne Debatte angenommen.

Ferner wird festgestellt, daß allen Reichstags-Abgeordneten ein Exemplar der Zusammenstellung der Kommisfionsberichte zugestellt werden soll. Eine Subkommission zur Besichtigung etwaiger Unrichtigkeiten, Unbedenkheiten und Widersprüche im Tarif wird niedergesetzt. Beschlossen wird, die nächste Sitzung am 22. September um 12 Uhr abzuhalten. Die Subkommission tritt am 18. September 12 Uhr zusammen. Schluß 1/3 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. August.

Ausgelfest!

Der russische Student Kalajew, der in Myslowitz in Haft gehalten wurde, ist nunmehr, wie uns jetzt aus Breslau gemeldet wird, thatsächlich an Rußland ausgeliefert worden. Wie das „Oberschles. Tagebl.“ erfahren haben will, soll die Auslieferung auf Anordnung des Regierungspräsidenten von Oppeln erfolgt sein und zwar unter der Annahme, daß Kalajew „ein Genosse“ des Attentäters auf Sijagin sei.

Diese Mitteilung ist weit entfernt, Aufklärung über die dunkle Angelegenheit zu bringen.

Eine förmliche Auslieferung auf Grund internationaler Verpflichtungen kann nicht vom Regierungspräsidenten verfügt werden, sondern müßte vom Auswärtigen Amt beziehentlich dem Reichskanzler ausgehen. Auch würde sicherlich, wenn überhaupt ein Auslieferungsgesuch Rußlands bei der Reichsregierung gestellt worden wäre, längst Mitteilung über diesen Sachverhalt gegeben sein.

Wir halten es aber als gänzlich ausgeschlossen, daß Kalajew an der That gegen Sijagin irgendwie beteiligt gewesen ist und daß irgend welche Schuld beweise gegen ihn seitens der russischen Regierung vorgebracht sein könnten. Die Mitteilung des „Oberschles. Tagebl.“ scheint auch nur bezagen zu wollen, daß Kalajew ein Bekannter des Attentäters gewesen sei. Auch wenn

Eine Seite von Max Regels Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung möchten wir, wenn auch nur kurz, besonders weit in den Vordergrund rücken, denn sie ist unsres Erachtens von außerordentlicher Wichtigkeit und sichert ihm allein in der deutschen Arbeiterbewegung für alle Zeiten einen Ehrenplatz.

In der Kritik liegt bekanntlich die Hauptstärke jeder Oppositionspartei, der Kritik schärfste und dem Gegner gefährlichste Waffe aber ist der Witz in seinen verschiedenen Formen, vom unwiderstehlich lächerlichen bis zum tragischen. Zudem man der Begnugt lächerlich macht, dort packt, wo er am leichtesten zu verwunden ist, seine Wunden durch ein witziges Schlagwort grell beleuchtet, höhnlachend die sorgfältig drapierte Loga demantirt, dasjenige dem Lachen und Weisheit überleiert, was im Interesse der Betroffenen von diesen als heilig und unantastbar angesehen wird, sei es nun eine Person oder eine Institution — indem man das thut, schafft man in den Massen das Bewußtsein von der Ueberwindbarkeit des Gegners und zu gleicher Zeit den Glauben an die eigene Kraft. Diese Eigenschaft macht die große Bedeutung der Satire bei allen öffentlichen Kämpfen aus, besonders in den großen politischen und sozialen, darin ganze Klassen, ganze Welten gegeneinander im Felde stehen; nicht zufällig ist daher das satirische Erscheinen von literarischen Flugchriften, Karikaturen, Witzblättern bei allen den Gelegenheiten, wo große Kämpfe das öffentliche Leben durchwogen, von den Zeiten der Reformation an bis herauf in die Gegenwart, siehe nur die Dreijahrs-Affaire, die Lex Heinze und neuerdings den Voerenkrieg. Und trotzdem die Geschichte der Menschen längst die große Rolle der Satire im gesamten öffentlichen Leben lossich belegt hat, so wird es zum Jaegerbeuten Moment doch von verhältnismäßig wenigen Menschen begriffen, — besonders wenig von Parteien — und daraus die richtige Konsequenz gezogen. Einer der wenigen, die die Wichtigkeit des Humors und der Satire für die Kämpfe der Arbeiterbewegung begriffen haben, war Max Regal. Aber nicht als Theoretiker, der dies in langen Artikeln demonstrierte, der über die Wichtigkeit des Witzes und der Satire schrieb, sondern als Praktiker, der vermöge seines unerschütterlichen Humors und seines treffenden Witzes, von vornherein witzig schrieb und humoristisch und satirisch diktete. Aber noch mehr, und das ist das wichtigste, Regal war derjenige, der dem Humor und der Satire eine feste Stelle schuf, von wo aus seine Sprache immer und regelmäßig ertönen konnte, er war der eigentliche Gründer der sämtlichen deutschen Partei-Witzblätter, zum mindesten war er stets der erste Redacteur derselben. 1871 in Ehenitz war er der des „Rufknaders“, zu gleicher Zeit der der „Leuchtinger“ in Braunschweig, 1873 gründete

diese Thatsache richtig ist, was wir nicht wissen, so würde sie eine Auslieferung selbstverständlich nicht rechtfertigen. Die Angelegenheit erfordert dringend eine miltäre Aufklärung. —

Vom Herikalen Kriegsschauplatz.

Die Protestbewegung gegen die Schließung der Religionschulen treibt wunderbare Blüten. Eine Liga nach der anderen wird gebildet, die alle, selbstverständlich, im Namen der Freiheit, den Zweck verfolgen, der Ausführung der Befehle möglichst viel Hindernisse entgegenzusetzen. Neben der Liga zur Verteidigung der Rechte der Familienväter hat sich jetzt eine Vereinigung gebildet unter dem Namen „Komitee zur Verteidigung der Berufsinteressen“ (interests professionnels). Dieses Komitee wendet sich an die Handelsangestellten und verweist sie darauf, daß sie durch den Verkauf der in den Klöstern hergestellten Waren Beschäftigung fänden. Dabei vergißt das Komitee nur mitzuteilen, wieviel Arbeiter unter der Schmutzkonturierung der industriellen Betriebe der Oedensgesellschaften zu leiden haben. Die Demonstration, welche die sozialistische Jugend am vergangenen Sonntag auf dem Concordienplatz veranstaltete, ist im allgemeinen ruhig verlaufen.

In der Provinz verhalten es jetzt die Herikalen Grundbesitzer und sonstige Kapitalisten mit der Steuer-Verwässerung. So haben der Bicomte de St. Quentin und andre seiner Bestimmungsgenossen der Gemeinde Galignan an den Präfekten ein Schreiben gerichtet, daß sie Steuern nicht mehr bezahlen würden. Die Regierung vernichte die Gewissensfreiheit und habe das Recht verwirkt, von den Katholiken Steuern zu erheben.

In der Bretagne ist die Lage unterändert. Das von den Geistlichen beherrschte und fanatisierte Volk läßt sich nicht beruhigen, so daß die Behörden an vielen Orten Militär zu Hilfe rufen mußten. Die Bauern umfassen die „Freien Schulen“ der Kongregationen und verhindern deren Schließung. In Saint Mées hat sich die Bevölkerung gespalten; die Aufgeregtesten beschimpften den Abbe Goprand, der zur Mäßigung mahnte, als Verräter. In Lanouée hatten vorige Woche die Behörden vergeblich versucht, die Schule zu schließen. Der Polizeikommissar sah sich gezwungen, umzuweichen. Als er am vergangenen Sonntag, begleitet von einer Eskadron Kavallerie aus Pontivy, wieder in Lanouée ankam, besetzten die Bauern, 1500 an der Zahl, den Schulhof. Der Deputierte, Herzog von Rohan, Besitzer des Schulgebäudes, erklärte mir der Gewalt weichen zu wollen. Die Thüren mußten mit Ketten eingehauen werden. Als dies geschehen, forderte der Polizeikommissar die Leute auf, sich zu entfernen, doch die Masse weicht nicht. Die Soldaten umgingen den Schulhof und dringen von der Seite ein. Da endlich führen der Herzog und einige andre Ortsgarben die Schwestern aus dem Hause, und die ganze Masse lächelt sich dem Juge an; die Prozeßion bewegt sich nach der Kirche. Kinnmehr wird das Siegel an den Fenstern und Thüren angebracht. Wenn die Militärmacht fort ist, wird das Siegel wahrscheinlich wieder abgerissen werden. So geschah es auch in Bannes, wo der Graf v. Carheil das Siegel von der Schule, die sein Eigentum war, bereits zweimal wieder abgerissen hat. Die Schwestern zogen immer wieder ein. Der Graf und seine Schwestern sind deswege in den Anklagezustand veretzt.

Auch eine Anzahl der Bürgermeister widersetzten sich, die Befehle zur Ausführung zu bringen, meistens sind es Adlige. So mußte der Präfekt von Nacon in seinem Bezirk vier adlige Bürgermeister ihres Amtes entsetzen, weil sie sich weigerten, die Kongregationschulen zu schließen.

Der Präfekt des Departements Finisère hat zugefagt, der Regierung den Wunsch des Admirals von Cuverville zu übermitteln, das Dekret über die Schließung der geistlichen Schulen vor dem Staatsrat zu bringen; durch die Verufung an den Staatsrat würde Aufschub aller Verfolgungen eintreten. Die Kommen haben versprochen, sich der Entscheidung des Staatsrats zu unterwerfen. —

Bei einem am Montag zu Chalons-sur-Marne stattgefundenen Bankett zu Ehren der Teilnehmer an dem Turnfeste erklärte der Kriegsminister Andre, nachdem der Senator Billot die Regierung zu ihrer Haltung gegenüber den Chouans in der Bretagne beglückwünscht hatte, die Regierung sei gewillt, die Aufgabe, die sie sich gestellt, bis zu Ende durchzuführen, und der Befehl, der ihr erteilt wurde, zeige die Notwendigkeit, bei dieser Haltung zu verharren. —

Aus Redueben wird vom Dienstag gemeldet: Ein Prester Polizeikommissar hat sich heute in Begleitung einer Abteilung Gendarmen nach Gouezec begeben, um die Auflösung einer dortigen Kongregations-Niederlassung zu erwirken, begegnete aber dem Widerstand der mit Steinen und Stöcken bewaffneten Einwohner und mußte sich, ohne seine Aufgabe erfüllt zu haben, zurückziehen. Erst gegen 6 Uhr abends hat er, von einer Compagnie des 118. Infanterie-Regiments unterstützt, die Niederlassung unter Hockrufen einer zweitausendköpfigen Menge auf die Kommen geschlossen. —

Deutsches Reich.

Herr v. Rheinbaben, der preussische Finanzminister, hat einen guten, aber ziemlich einfältigen Freund im kommen „Reichsboten“. Der berichtet nämlich, daß der Posener Oberpräsident v. Witter an allem Löhning-Unheil schuld sei und weg müsse, während Herr v. Rheinbaben dem Oberpräsidenten nur aufgetragen habe,

er den „Hiddigeigel“ in Dresden, 1882 mit Wiered in München den „Süddeutschen Postillon“ und 1888 trat er in die Redaktion des 1888 gegründeten „Wahren Jakobs“ ein; diesem ist er bekanntlich bis zu seinem Tode treu geblieben. Unter welchen Entbehrungen er lange Zeit der humoristische Begleiter des deutschen Proletariats war, das belegt eine einzige Zahl zur Genüge: ganze 15 Mark waren das horrendes Honorar, das er für die literarische und redaktionelle Thätigkeit am „Postillon“ von Wiered bezog, und dabei hatte er das Blatt im Anfang meist von der ersten bis zur letzten Zeile allein zu schreiben. So lebte man von „den Groschen der Arbeiter“. Regels Satire war sicher häufig bodhaft, aber sie war nicht giftig oder diabolisch, an diese Stelle trat bei ihm der ehrliche Haß des Klassenbewußten Arbeiters. Gewiß machen die genannten Eigenschaften die furchtbaren Wirkungen aus, die die großen Spötter der Weltliteratur erzielen, aber gerade die nicht giftige Form von Regels Satire — wenn man so sagen darf — schenken den Wätern, daran er arbeitete, ihren Erfolg, es förderte die Leidenz, daß die Partei-Witzblätter zu wirklichen proletarischen Familien-Zeitschriften wurden und so der Agitation ungemein Vorschub leisteten.

Wie seine Sprache, so war Regels Charakter, einfach, schlicht und bescheiden, sein Auftreten ohne jede Prätension, er machte nichts aus sich, wenige Arbeiter, die ihn in München oder sonstwo in den großen Volksversammlungen sahen, ahnten, daß der kleine, meist vergnügt dreinschauende Herr, der Verfasser der begeisterten Zeigebüchle des „Wahren Jakobs“ war, den sie soeben dem Colporteur abgekauft hatten und nun eifrig glossierten. Da ihm die Kunst der öffentlichen Rede vollständig versagt war, trat er als Mensch nur in der Privat-Unterhaltung und sich heraus, seine Parteilichkeit ersülte er an seinem Pult, dort aber war er treu und zuverlässig, wir glauben nicht, daß er auch nur ein einziges Mal den Abschwörungstermin für seine Mannschäfte nicht eingehalten hat. Die Worte, die wir diesen Zeilen voransetzten, und die er einst, ein Dreiundzwanzigjähriger, vor nunmehr beinahe dreißig Jahren geschrieben hat, sie können uneingeschränkt auf ihn selbst angewandt werden, er hat der Menschheit Güter treu verfochten, so lang' er atmete“. Darum aber ist er auch würdig, daß ein Erinnerungstanz zu seinem Anedenken wird geschlossen“. In dem Erinnerungstanz, den die Geschichte den Kämpfern der Arbeiterfrage einst windet, wird die rote Rose, die Regels Gedächtnis gilt, sicher lange leuchten.

Herrn Löhning nahe zu legen, wegen seiner Stellungnahme gegen die Polenpolitik der Regierung seine Pensionierung zu erbitten. Herr v. Witter jedoch motivierte dem Provinzial-Steuerektor gegenüber die Aufforderung zu seinem Eintritt ganz eigenmächtig damit, daß Löhning als Schwiegersohn eines ehemaligen Feldwebels als Provinzial-Steuerektor in Preußen unmöglich geworden sei. Herr v. Witter hatte zu dieser Hineinziehung der Heiratsaffaire des Herrn Löhning — wie der „Reichsbote“ versichert — vom Minister v. Rheinbaben keinen Auftrag erhalten.

Der „Reichsbote“ hofft schließlich, daß der arme Rheinbaben seine Eintrittsgedanken aufgeben. Herr v. Rheinbaben sei allerdings nur sehr ungern Finanzminister geworden und gehe mit dem Gedanken um, bei passender Gelegenheit wieder von der Bildfläche zu verschwinden.

Ist denn diese Gelegenheit noch nicht „passend“ genug? Wenn Herr Rheinbaben — entgegen der klaren Darstellung Löhnings — den Steuerektor wegen seiner verständigen Ansichten über die Polenpolitik gemahregelt haben würde, so wäre das allerdings nicht bloß lächerlich, sondern ein Akt schimmigen Terrorismus, der die Beamten geistig und körperlich zu willenlosen Hörigen jeder Regierungskaule macht.

Es scheint, daß man im Falle Löhning ebenso verfährt wie bei der Affaire Pobjadowsky-Boedite. Der schuldige Minister bleibt, und der Bermittler wird gepöfcht. Von den umschwärmten Geschäften sei erwähnt, daß Graf Pobjadowsky für den Posener Oberpräsidentenposten empfohlen wird. —

Zum Fall Löhning gehen uns noch immer Nachrichten zu, die aus der recht schlichten Vorgeschichte bekannter Hierden und Leuchten der Bureaucratie Einzelheiten erzählen. So entsammt z. B. der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Excellenz Kahlberg einem ehrfamen Spiritushandel. Der Wirkliche Geheim Legationrat v. Diefen entstammt gleichfalls einer sehr einfachen, auf dem Berliner Grundstücksmarkt heimischen Familie usw. usw.

Interessant ist auch, daß der Ober-Regierungsdr. Geseh und der Geh. Ober-Finanzrat Enke, die so eifrig bemüht waren, den preussischen Staat vor dem Eindringen einer Feldwebelochter in das Posener Steuerektorium zu bewahren, selber mit dem Subaltern-Beamtenstande enge Beziehungen haben. Geseh war selbst Regierungsspernumerar; dann erst wurde er Jurist und kam empor. Enkes Vater ist Gerichts-Subalternbeamter gewesen; Löhning hätte also nicht eine Schwester Enkes heiraten dürfen. Dabei ist Enke so standesbewußt geworden, daß er einmal einem Bewerber, der nur bei einem Trainbataillon Reserve-Offizier war, den Rat gab, erst sich zur Kavallerie versetzen zu lassen, ehe er in die Steuerverwaltung eintrete.

Der Fall Löhning hat aufsehend eine große Leidenschaft für Quellen- und Stammbaum-Studien hervorgerufen. Aber diese Fälle beweisen doch nur, daß im adelstolzen Preußen einen strebsamen Mann alle Thore geöffnet sind, sofern er es versteht, sich den herrschenden Bedürfnissen anzupassen. Der Mann darf jeder Herkunft sein, nur die Frau, die legitime Frau muß mit Strömen blauen Blutes erfüllt sein. —

Frömmigkeit und Landtagswahl. Es wird unsre Leser interessieren, daß bürgerliche Kreise auch vom religiösen Standpunkt aus an dem bisherigen Vorgehen der Landtagswahlen Aussetzungen zu machen haben. Da für die Verannlung der Wahlmänner in den kleinen Restern, wohin sie das liebliche Geseh beordert, kein Lokal groß genug ist, hat man mehrfach als Wahllokal die — Kirche benutz. Darob klagt nun der schon früher von uns citierte bürgerliche Schriftsteller Siegfried, nachdem er Kirchen als Wahllokale in Ostpreußen festgesetzt hat:

„Ich kann nur sagen, daß mich dies auf das tiefste indigniert hat und jeder Mensch von religiösem Gefühl wird mich sicher darin recht geben, daß Kirchen sich durchaus nicht zu Wahllokalen eignen, namentlich nicht, wenn die betreffende Wahlhandlung, wie diese bei den Abgeordnetenwahlen unternemlich ist, zeitweise unter großer Unruhe, sowie unter sonstigen für eine Kirche ganz ungeschörien Umständen vor sich geht.“

Wir wissen von diesen „ungehörigen“ Umständen nichts, vermuten aber, daß die Wahlmänner sich die Zeit des erzwungenen Wartens durch Rauchen und Trinken vertreiben. Selbstverständlich kört unsre religiösen Gefühle die Vernichtung von Kirchen zu Wahlzwecken nicht im mindesten, zur Erquickung der frommen Berliner Kreise aber wollen wir feststellen, daß unmittelbar vor den Thoren unsrer Gotteshäuser bauenden Residenzstadt für die Landtagswahlen der Kreise Nieder- und Ober-Barnim die große Stadtkirche zu Verna als Wahllokal benutz wird. Uebrigens könnten unsre Bernauer Genossen doch gelegentlich feststellen, wieviel Personen dieses Gotteshaus zu fassen vermag. Die Stadt Verna zählte 1900 erst 8348 Einwohner; Nieder- und Ober-Barnim hatten 1898 1158 Wahlmänner und werden diesmal über 1400 entsenden. Werden diese in der Kirche ihre Versammlung abhalten können, ohne die polizeilichen Vorschriften betreffs der Raumverhältnisse verletzen zu müssen? —

Ein neues Dogma soll auf einem katholischen Kongreß zu Freiburg in der Schweiz demnächst beschlossen werden, und zwar eine „naturgemäße“ Ergänzung zum Dogma von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria: Es soll nämlich die körperliche Himmelfahrt der Jungfrau Maria unter die Glaubensartikel der katholischen Christenheit aufgenommen werden.

Der „Oberdatoro Cattolico“ anbietet — wie wir der „Volkszeitung“ entnehmen — dem Freiburger Kongreß seinen Gruß. Dieser Kongreß werde „eine sehr hohe Bedeutung haben durch die Thatsache, daß auf ihn besondere Verdienste und ehrsüchtvolle Bittgesuche an den heiligen Vater beschloßen werden zu Gunsten der so eifrig ersehnten 11) feierlichen Verklärung des Glaubensbundes von der Körperlichen Auffahrt der Jungfrau Maria zum Himmel.“

Es ist kein Anlaß, sich über dieses neue Dogma zu entkräften. Es ist genau so vernünftig und „naturgemäß“ wie alle andere Artikel dieser Art. Es kommt wahrlich auf ein Dogma mehr nicht an. —

Wie man germanisieret. Man schreibt uns: Sie teilten gestern die Thatsache mit, daß der Pole v. Slaski die Herrschaft Groß-Jauch im Kreise Rosenbergr in Westpreußen für 1 Million Mark aus deutschen Händen gekauft habe und künftigen daran die Bemerkung, daß nun wohl die Aufstadelungskommission das Gut mit 2 Millionen germanisieren würde. Wenn darin der Vorwurf enthalten sein sollte, daß die Aufstadelungskommission das Geld der Steuerzahler zur Unterstützung polnischer Junker verwende, so thun Sie dieser Kommission bitter unrecht. Lesen Sie, bitte, den Geschäftsbericht der Kommission für das Jahr 1901. Danach kaufte sie in diesem Jahre 20 Rittergüter und 6 Banernwirtschaften für 9611950 M. aus deutschen Händen und nur 7 Rittergüter und 2 Banernwirtschaften für 4115077 M. aus polnischen Händen. Sie sehen also, daß die Kommission echt national die ihr bewilligten Millionen in erster Linie zur Unterstützung des deutschen Junkertums verwendet. Die Kommission hat demnach ihre nationale Mission der Erhaltung des — Junkertums durchaus begriffen. —

Die Cholera im ostasiatischen Expeditionskorps. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird offiziös gemeldet:

Von der in Ostasien unter der einheimischen Bevölkerung herrschenden Cholera-Epidemie ist auch die deutsche Besatzungsbataillon nicht gänzlich verschont geblieben. Am 27. Juni ist 1 Mann in Jangtsum, am 28. Juni je 1 Mann in Schanghai und Tientsin, am 14. Juli 1 Mann in Schanghai, am 23. Juli 3 Mann in Schanghai und am 4. August 1 Mann in Schanghai an Cholera verstorben. Seit dem 4. August 1903 sind neue Fälle unter den Truppen nicht vorgekommen, auch ist sonst deren Gesundheitszustand durchaus befriedigend.

Sieben Mann sind also bereits der Cholera erlegen, während eines Zeitraums von wenig mehr als einem Monat. Daß seit dem

4. August keine neuen Todesfälle vorgekommen sind, beweist natürlich nicht, daß damit die Cholera unter den Truppen endgültig erloschen ist. Auffallend ist, daß man sich so lange über die Todesfälle ausgethanen, ja das Ausbreiten der Cholera unter den deutschen Truppen sogar noch vor einigen Tagen bestritten hat!

Der Wändlers - Klage. München, 10. August. (Fig. Ver.) Bei der letzten Abstimmung über die 100 000 M. zum Ankauf von Kunstwerken, die im Plenum der Abgeordnetenversammlung erfolgte, haben die Bauernwändler für das Postulat gestimmt, obwohl ihr Vertreter im Finanzsaal dagegen gestimmt hatte. Das Organ des Centrums erzählt nun, die Bauernwändler seien durch den Abgeordneten Vech, den Vorstand des Bundes der Landwirte in Bayern, vorher entsprechend bearbeitet worden. Das Blatt sagt dann ferner: „Freilich, Schaden thut es den Herren Vech, Rißler und Konsorten nicht, wenn sie nicht wider den Stachel ledern und bei der schwandenden Wafis, auf der ihr Ochsen- und Konserbengeschäft in Ansbach steht, ist es immerhin gut, sich mit der Regierung gut zu stellen. Neuerdings soll wieder ein Regierungspump aufgenommen werden, angeblich zum Ankauf von Maschinen, thatsächlich aber, um ein Loch zu stopfen. Wir nehmen es diesen Leuten nicht übel, wenn sie sich bei jeder Gelegenheit dankbar und als treue Knechte der Regierung zeigen; ansonsten wäre es mit dem Ochsenhandel bald vorüber. Das hätte allerdings auch sein Gutes; dann gäbe es keinen Reib mehr unter den Brüdern und ein Reichstags-Abgeordneter könnte dann nicht mehr in die Klage ausbrechen: „Ich muß in Berlin sein und die andern verkaufen die Ochsen.“

Ein sächsischer Arizona-Rider. Aus Sachsen wird uns geschrieben: Die kraftvolle, urwüchsige Schreibweise des Redactors aus dem amerikanischen Wildwest hat einen eifrigen Bewunderer und Nachahmer in dem Redactor des „Waterlands“, des Organs der sächsischen Konservativen, gefunden. Der sächsische Arizona-Rider erachtet es allmählich an der Zeit, mit der Propaganda für die Reichstagswahlen zu beginnen. In seiner letzten Nummer polemisiert er vorerst gegen die Socialdemokratie, die sich, wie er kaltblütig bemerkt, auf die große Masse der politisch Unmündigen stützt. Da der Entscheidungstermin der Wahl-schlacht noch so weit entfernt ist, säuselt die Polemik vorläufig noch im sanftesten Pessimismus. Hier eine kleine Skizze:

„Man darf ruhig behaupten, ohne eine Widerlegung fürchten zu müssen, daß die socialdemokratischen Blätter ein Uebermaß von Anstands- und Eitelkeitsgefühl nicht beschweren. Das ist auch ganz natürlich; Einer Partei, der um einen Vorteil zu erzielen und den Gegnern zu schaden, alle Hilfsmittel recht sind, die zu Ehrenwortbruch und Verleumdung der Unterthänigkeit auffordert und den Meinenid entschuldigt, hat mit den landläufigen Moralbegriffen längst gebrochen. Sieht man sich die socialdemokratische Presse auf ihren Charakter an, so drängt sich einem schon bei oberflächlicher Bekanntschaft die Wahrnehmung auf, daß sie durch und durch unwahr und unehrlich ist. Sie verheimlicht vor allem ihre letzten Ziele. Die ungeheure Reuehe der Genossen ahnt nicht im entferntesten, daß selbst die Parteiführer nicht wissen, wie dieser fabelhafte Zukunftsstaat ausstieht und daß sie in Verlegenheit kommen, wenn man sie darum befragt. Erfahre sie, daß ihre Parteipresse die Aufgabe hat, mit allem Bedacht den Klassenhaß zu schüren, der Erbitterung stets neue Nahrung zuzuführen, bis sie reif ist, um in Blut und Brand die gegenwärtige Staatsordnung zu ersticken, so würde sie der Partei in Massen den Rücken kehren.“

Der sächsische Arizona-Rider-Redactor mag über die vornehme und ritterliche Art, mit der er seinen politischen Gegner zum Reichstagswahl-Turnier den Fehdehandschuh hinwirft, sehr stolz sein. Aber wie oft wird Verdienst und Tugend verkannt! Wie wie aus authentischer Quelle wissen, ist der größere Teil der Führer der sächsischen Konservativen der Meinung, daß der jetzige Vaterlandsredactor seinem Posten nicht geistig gewachsen ist. Die Partei würde den Mann gern abgeben. Da er aber eine große Familie hat und als Offizier den Feldzug mitgemacht hat, so hält man sich moralisch für verpflichtet, ihn anderwärts zu verjagen. Vorläufig hat sich ein geeignetes Böschchen noch nicht gefunden.

Unser sächsischer Parteigenosse würden den Redaktionswechsel aufrichtig bedauern. Der jetzige Vaterlandsredactor war unerwünscht in der Lieferung neuen Agitationsmaterials „zur Schärung des Klassenhaßes.“

Ausland.

Zum östreich-ungarischen Ausgleich.

Der Parteivorstand der östreichischen Socialdemokratie hat dem Parteitag folgenden Antrag unterbreitet:

Der Parteitag erklärt:
Der östreichisch-ungarische Ausgleich, in einem Augenblick tiefster politischer Ohnmacht Oestreichs entstanden, bedeutet seit seinem Bestehen eine ununterbrochene Kette politischer und wirtschaftlicher Schädigungen für unsere Reichshälfte.

Während Ungarns Interessen immer entschiedener die äußere Politik des Gesamtstaates bestimmen, dagegen heimend auf die organische Entwicklung der inneren politischen Verhältnisse Oestreichs wirken, wird durch das verschwommene System des Dualismus, das in der parlamentarischen Karikatur der Delegationen gipfelt, unser Parlamentarismus entnerbt und unser Konstitutionalismus verfälscht.

Und während Ungarn seine wirtschaftlichen Potenzen zu kraftvoller Entfaltung gebracht und starke Grundlagen für seine Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat geschaffen hat, ist unsere ökonomische Entwicklung stillgestanden, ja zurückgegangen, eine direkte Wirkung der völlig zielbewußten Politik Ungarns, auf unsere Kosten und auf unseren Schultern zu einer höheren wirtschaftlichen Entwicklungsstufe emporzusteigen.

Aber diesen Prozeß des ungarischen Vorwärts- und des östreichischen Rückwärtswirtschaftens muß überdies Oestreich überwiegend mit eigenem Gelde bezahlen, da die von Ungarn ungerechtfertigte Höhe der Quote infolge des wachsenden Mißverhältnisses der Prosperität in beiden Staaten mit immer stärkerer Ungerechtigkeit Oestreich belastet.

Dieses für Oestreich so verderbliche Vertragsverhältnis dient vornehmlich den sogenannten Gesamtstaats- und Großmacht-Interessen, in Wahrheit aber lediglich dynastischen Interessen. Die Kosten dafür müssen in erster Linie die Arbeiter in der Form enormer, fortwährend wachsender indirekter Steuern sowie der Verteuerung ihrer Nahrung durch Agrarzölle, aber auch in der Form des politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstillstandes, der Lähmung und Verumpfung des staatlichen und socialen Lebens auf allen Gebieten bezahlen.

Ohne irgendwies den Ungarn, am allerwenigsten den ungarischen Arbeitern, mit denen sie die brüderlichen Interessen der Klasse verbinden, das Recht und die Möglichkeit der freiesten Entwicklung schmälern zu wollen, verlangt die östreichische Arbeiter-schaft auch für Oestreich das Recht der vollen, freien politischen und ökonomischen Selbstbestimmung, und sie vermag die Möglichkeit hierzu lediglich in einer vollständigen politischen und fiskalischen Trennung der beiden Reichshälften zu erblicken, einer Trennung, die keineswegs notwendig zu einem Polkriege führen muß, sondern in durchaus friedlicher und einverständlicher Weise vollzogen werden kann, und als Endziel durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß der alsdann gleichberechtigten und gleich starken Staaten zur Schaffung eines großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes führen soll.

Um diesem Ziele näher zu kommen, genügen nicht Scheinziele der Regierung, die übermäßige Reueforderungen der Ungarn zurückweisen, sondern es muß vor allem die Grundlage des wahren sächsischen Ausgleichs, der Oestreich ausliefert, vollständig verlassen werden.

In der lauen und verschwommenen Haltung der bürgerlichen Parteien und der Regierung erblickt jedoch die Arbeiterschaft ein Scheingefecht und sie brandmarkt die Konzeptionen zu Gunsten einzelner Parteien sowie den leeren Wortschwager um den Trug des Vertrages, der uns auf eine weitere Reihe von Jahren in Abhängigkeit von Ungarn bringen soll und durch den der günstigste Augenblick zur Emancipation Oestreichs veräußert wird, als einen ausgeprochenen Verrat an den politischen und geistigen, den nationalen und materiellen Interessen der Völker Oestreichs, insbesondere aber seiner Arbeiterklasse.

Die Konferenz in Ratot.

st. Wien, 11. August. (Fig. Ver.) In Ratot, dem Sommerort des ungarischen Ministerpräsidenten, wird heute der östreichisch-ungarische Ausgleich abgeschlossen. Gewiß wird auch diese Konferenz der beiden Ministerpräsidenten noch Differenzen genug zurücklassen, und die Schwierigkeiten sind mit der Einigung in den Hauptpunkten nicht beendet; aber da der Karren einmal so weit hinaufgebracht worden ist, so ist nicht zu befürchten — oder zu hoffen, je nachdem man die Sache betrachtet —, daß er noch herunter-sollern kann. Nach der Sachlage kann es sich nur noch um quantitative Differenzen handeln, aber so wichtig jede der tief in das Wirtschaftsleben einschneidenden Fragen des Ausgleichs auch sind: es ist doch nicht zu denken, daß an irgend einer Detailsfrage das ganze Ausgleichswerk scheitern könnte. Daran denken auch die Ministerpräsidenten nicht mehr. Bevor Herr v. Koerber in Ratot zu Gaste eintrifft, hat Herr v. Szell seine Kamminister gesprochen; das deutet darauf hin, daß die aus der Beratung der Sachreferenten übrig gebliebenen Differenzen über den Posttarif in der Konferenz der Ministerpräsidenten beseitigt werden sollen. Und da nun auch die Reise der Ministerpräsidenten nach Jsch angekündigt wird, so ist anzunehmen, daß sich binnen kurzem die Einigung auf allen Linien vollzogen haben wird. Bleibt nur noch die Erledigung in den Parlamenten — ein Kapitel Hünd für sich.

Wer bei dem Streite den kürzeren gezogen hat, Herr v. Szell, der sich jeder öffentlichen Bemerkung enthalten, oder Herr v. Koerber, der so viele und pathetische Reden gehalten, das wird zu sagen sein, bis man die Details der Verträge erfahren haben wird. Daß sich die Regierung zur Kündigung der internationalen Handelsverträge nicht entschließen wird, scheint jedoch schon jetzt so ziemlich festzustehen. Wohl hat Herr v. Koerber nach Budapest sagen lassen, Oestreich „beabsichtige“ von dem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen, aber diese Ankündigung war nur der dem komplizierten Ausgleichsgesetz entsprechender Akt, womit sich Oestreich in der Frage der Kündigung von dem Willen des zweiten vertragsschließenden Teiles unabhängig macht. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Kündigung thatsächlich vollzogen werden wird. Schon deshalb nicht, weil es ganz unwahrscheinlich ist, daß der Posttarif und das neue Zoll- und Handelsbündnis bis Ende des Jahres fertiggestellt sein werden, und ohne eignen autonomen Tarif an Vertragsverhandlungen nicht zu denken ist. So bleibt die Frage des Ausgleichs vorläufig eine innere Frage von Oestreich-Ungarn.

England.

Die britische Kolonialkonferenz

ist am Montag geschlossen worden. Ueber ihre Verhandlungen ist nur wenig an die Öffentlichkeit gedrungen. Soviel steht indes fest, daß weder der namentlich von Neuseeland angestrebte imperiale Zollverein noch ein imperialer Verteidigungs-vertrag zu stande gekommen sind. Das Ergebnis der Verhandlungen beschränkt sich auf einen Beschluß, England für den Handel innerhalb des britischen Reiches Vorzugstarife zuzubilligen — so soll Neuseeland eine Tarifherabsetzung ähnlich derjenigen zugestanden haben, die Kanada bereits zugestanden hat — und auf Unterstützung von Dampferverbindungen zwischen den einzelnen Teilen des Reichs ein System kolonialer Flottenreserven zu erzielen, wobei die Dampfer als Hilfskreuzer verwendet werden sollen. Eine engere militärische Gemeinschaft zwischen dem Mutterland und den Kolonien ist nicht zu stande gekommen. Als besonders großer Schritt zur Schaffung des Greater Britain kann das Ergebnis kaum angesehen werden.

Schweden.

Der erste Angeklagte von der Wahlrechts-Demonstration in Stockholm am 21. April, die bekanntlich infolge der thörichten Maßnahmen der Polizei zu einem Tumult führte, ist nun am 7. August verurteilt worden. Der öffentliche Ankläger, Stadtschiffal Stendahl, hatte gegen den Arbeiter Hr. Wihl. Andersson Anklage wegen „Leitung eines Aufruhrs und Anstiftung zum Aufruhr“ erhoben, wofür im Gefeg Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren festgesetzt ist. Das Gericht sah die Sache glücklicherweise als nicht so schlimm an und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von zehn Kronen, und zwar wegen „Völlerei“. Einer der Beisitzer des Gerichts wollte ihn auch noch wegen Widerstandes gegen die Polizei verurteilt wissen.

Das Urteil mag als gute Vorbedeutung für die übrigen Opfer der Polizeibrutalität gelten.

Asien.

Missionare bei der Bogerzucht. Die „Frank. Zeitung“ macht Mitteilungen aus den Briefen eines in der Provinz Szetschuan, einer am oberen Yangtschiang gelegenen wohlhabenden und stark bevölkerten Centralprovinz des Reiches, weilenden Deutschen. In den Briefen wird der Wettbewerb von England, Frankreich, Amerika und Japan geschildert. Jede der Mächte juchete der andern in der Eroberung von Vorteilen und Konzessionen den Rang abzulaufen. Interessant ist aber eine Bemerkung über den Eifer der Missionare, auch in dieser Provinz, die von den Bogerzuchern bisher nicht berührt wurde, das Bogerwesen zu züchten und die Saat zu einer neuen fremdenfeindlichen Bewegung auszufreuen. Die französischen Missionare werden von diesem Vorwurf ausgenommen: sie beherrschten die Sprache, pächten sich den Verhältnissen an und beschäftigten sich nur um religiöse Dinge; den englischen und amerikanischen Missionaren dagegen fehle es häufig an den nötigen Kenntnissen und dem erforderlichen Takt, sie spielten sich den Mandarinen gegenüber als die Herren auf, verlegten rücksichtslos die Sitten des Landes und brachten die Bevölkerung durch ihr Betragen gegen sich auf. Man sieht, daß die Lehren der letzten chinesischen Erhebungen nicht gefruchtet haben, man bemüht sich eifrig, den Haß gegen die „roten Teufel“, die ja ohnehin durch den Suntenkrieg ihrem Namen Ehre zu machen beflissen waren, auch im Innern Chinas zu verbreiten!

Aus Industrie und Handel.

Gewerkschaft Hohenzollern. In den Nummern 172 und 173 des „Vorwärts“ berichteten wir über die in der Gewerkschaft Hohenzollern ausgebrochenen Streitigkeiten. In der heutigen Gewerkschaftsversammlung, in der 204 Gewerke mit 916 Stimmen vertreten waren, ist nunmehr eine Einigung zwischen den beiden sich grausam befeindenden Parteien, der Anhängererschaft des Kommerzienratsköhling in Saarbrücken und der des Dr. Sauer in Berlin, zu stande gekommen, und zwar hat die Köhling'sche Partei die Palme des Sieges davon getragen, denn zu dem aus sieben Personen bestehenden Vorstand stellt sie aus ihrer Mitte vier Mitglieder; den Herrn Kommerzienrat Köhling selbst, den Kommerzienrat Servas-Stubrott, den Stadtrat Jores-Krefeld und den Gutbesitzer Lütich-Beynde. In den Armen liegen sich beide und heulen vor Schmerz und vor Freude!

Die Roheisen-Produktion der Vereinigten Staaten betrug im ersten Halbjahr 1902 8 808 574 To. gegen 7 674 613 To. im ersten Halbjahr 1901 und 8 203 741 To. im zweiten Halbjahr 1901. Die Produktion von Veesmer-Eisen betrug während des ersten Semesters 1902 5 105 932 To. gegen 4 852 187 To. gleichzeitig in 1901, von basischem Roheisen 1 053 274 To. gegen 645 105 To. Die un-verkauften Vorräte an Roheisen beliefen sich am 30. Juni 1902 auf 29 861 To. gegen 70 647 To. am 31. Dezember 1901 und 372 560 To. am 30. Juni 1901. Hochöfen waren am 30. Juni 1902 in Betrieb: 286 gegen 259 am 30. Juni 1901.

Saatenstand in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nach dem Bericht des Ackerbau-Bureaus beträgt der Durchschnittsstand von Mais 86,5 Proz., Frühjahrswitzen 89,7 Proz., Gerste 90,2 Proz., Hafer 89,4 Proz. Der Ertrag an Winterweizen wird auf 380 000 000 Bushels geschätzt, doch bleibt Abänderung vorbehalten, da der Druß im Norden noch nicht genügend vorgeschritten ist, um eine endgültige Schätzung zu gestatten. Die Ernte erweist sich als besser, denn erwartet worden war.

Versammlungen.

Der Arbeitervertreter-Verein hielt am Donnerstag seine ordentliche Generalversammlung ab. Den Bericht des Vorstandes erstattet Simonowitsch. In dem Berichtsjahre sind an Briefen, Karten, Posteten und Druckfaden 4693 Postenbesitzer abgeliefert worden. Den Kostendebst bringt Böhm zur Verlesung. Die Einnahme betrug 1737,67 M., die Ausgabe 1657,04 M., bleibt Kassenbestand 80,63 M. Das Gesamtvermögen des Vereins inklusive des Kassenbestandes beträgt 1054,38 Mark. An Mitgliedern zählt der Verein 205. Dem Kassierer wird einstimmig Entlastung erteilt. In den Vorstand werden gewählt: Bieschel, Vorsitzender; Jost, Stellvertreter; Stiegelmeier, Schriftführer; Wehr, Stellvertreter; Stumpe, Kassierer; Orinowitsch, Stellvertreter, und Wöberst als Archivar. Zu Revisoren werden Baader, Gutzeit und Lehmpfuhl gewählt. Unter Verschiedenem berichtet Gutzeit über eine Besichtigung der Heilstätte der Nordöstlichen Dampferwerk-Verufsgenossenschaft, die das Reichs-Versicherungsamt infolge von Beschwerden der Patienten, die durch den Arbeitervertreter-Verein dem Reichs-Versicherungsamt zur Kenntnis gebracht worden waren, vorgenommen hatte. Er bestätigt die Angaben der Beschwerdeführer durchaus, obgleich jetzt schon eine Anzahl der Mängel abgestellt seien, so fehlen den Patienten immer noch Spinden zur Aufbewahrung der Kleider, die Leibwäsche mühten sich die Pfleger selbst halten, es sei festgestellt, daß einige länger wie 8 Tage keine Wäsche gewechselt hätten, deshalb müsse von der Verwaltung die Wäsche geliefert und für größere Reinlichkeit gesorgt werden. Auch die Zustände der Vade-Einrichtung, der Aborte und andres mehr bedürfen der Abhilfe.

Zweiter Wahlkreis. In dem Bericht über die Donnerstags-versammlung des Wahlvereins heißt es am Schluß: „Eine der des Referenten entgegengelegte Meinung hinsichtlich der Arbeitslosen-Versicherung äußerte Genosse Fülle, der für den Plan Rollenbüchse eintrat.“ Zur Richtigstellung bezug. Ergänzung diene folgendes: Ich bin nicht für den „Plan Rollenbüchse“ eingetreten, sondern äußerte nur, wenn schon eine Arbeitslosen-Versicherung mit Hilfe des Reiches geschaffen würde, die allgemeine Versicherung dann meines Erachtens das richtige sei. Im übrigen aber sprach ich meinen lebhaftesten Zweifel über das Zustandekommen einer solchen Versicherung in der einen oder andern Form aus und betonte gegenüber der vom Referenten Dr. Vorkardt in der „Neuen Zeit“ niedergelegten Anschauung über die Realisierbarkeitsverhältnisse der Gewerkschaften zweimal in schärfster Weise und unter demonstrativem Verfall der Versammlung, daß „un das Finanzgericht einer Arbeitslosen-Versicherung mit all den unvermeidlichen Kautelen wie die politische Schulum und Verfassung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht preisgeben dürften.“

Die Preiser Arbeiterschaft beschäftigte sich in einer am 8. August tagenden sehr stark besuchten Versammlung zum zweiten Male mit dem Verhalten der beiden Gemeindevertreter Dorn und Jenner. Während Dorn es vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen, suchte der anwesende Jenner diesmal in ruhiger sachlicher Weise sein Verhalten zu rechtfertigen, erklärte aber zum Schluß, sich unter keinen Umständen fügen zu wollen. Weniger verwahrt sich zunächst gegen den von Dorn gegen ihn erhobenen Vorwurf, Geschäftsocialist zu sein, und geht dann des näheren auf das Verhalten der beiden Gemeindevertreter ein. B. Eberhardt führt aus, daß wenn die Parteiorganisation in Brüg nicht so fest gefügt wäre, hätten die beiden Herren es längst fertig gebracht, dieselbe zu sprengen. Jubel! Ueber Dorn sei ja der Stad eigentlich schon gebrochen, denn trotz aller Aufforderungen, sowohl von Parteigenossen, als auch von seiner (des Redners) Seite habe Dorn es doch fertig gebracht, durch sein Nichterscheinen die Versammlung schön zu drücken. Da Jenner erklärt habe, sich nicht fügen zu wollen, sei jede Verhandlung mit ihm überflüssig, denn in der socialdemokratischen Partei müsse sich jeder, der kleinste wie der größte, fügen. Da sich in der Diskussion herausgestellt habe, daß die vom Genossen Händel in seinem Bericht angeführten Tatsachen richtig seien, so empfahl er nachstehende Resolution zur Annahme:

Die Versammelten erklären, daß sie die Gemeindevertreter Dorn und Jenner nicht mehr als Vertreter der socialdemokratischen Wähler betrachten und fordern dieselben auf, ihre Mandate in die Hände ihrer Wähler zurückzugeben. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Resolution.

Hierauf legte Genosse Jubel seinen in der vorigen Versammlung abgebrochenen Vortrag über „Zeit- und Streikfragen im Reichstage“ fort, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Kulturkampf.

Paris, 12. August. (W. Z. B.) Heute abend legte der Gerichts-vollzieher an die aufgelösten Kongregationschulen und die **Truderer der Zeitung „La Croix“** Siegel an. Im letztere mit der Begründung, daß der gegenwärtige Direktor des Blattes nur ein Strohmännchen des aufgelösten Assumptionisten-Ordens, dem die Zeitung gehöre, sei. — Das Kriegsministerium erhielt bis jetzt keine Bestätigung des Gerichtes, wonach in Quimper eine Compagnie Infanterie sich weigerte, eine gegen die Kongregations-Schulen angeordnete Maßnahme auszuführen. In Quimper und andren Orten des Departements fünfzig wurden in der letzten Nacht von bisher noch unbekanntem Thätern von mehreren gesperrten Kongregationen die Siegel abgerissen.

Breslau, 12. August. (W. Z. B.) Oberschlesische Blätter melden, daß in Jawosno bei Ratowit mit einer furchtbaren Detonation zwei Dampfessel in die Luft flogen. Acht Personen wurden verletzt.

Daag, 12. August. (W. Z. B.) Wie verlautet, werden die am Dienstag hier eintreffenden Voerengenerale Both, Dewet und Delarech vom Präsidenten Kriger verwahnte **Transvaal'sche Staatsgelder** verlangen, um dieselben unter die Kasseidenden in Südafrika zu verteilen.

St. Nazaire (Frankreich), 12. August. (W. Z. B.) Infolge Mangels an Bestellungen stieg die Zahl der von den hiesigen Schiffswerken entlassenen Arbeiter auf 2100.

Barcelona, 12. August. (W. Z. B.) Hier herrscht große Erregung. Viele Arbeiter sind dem Ausfluß beigetreten. **Lissabon, 12. August.** (W. Z. B.) Die Eingeborenen in Ostindien (Portugiesisch-Ostindien) haben sich erhoben; doch sind sie bereits von drei Militärabteilungen umzingelt.

Partei-Nachrichten.

Aus der Konferenz unserer ober-schlesischen Parteigenossen, über deren Ergebnisse wir gestern bereits berichteten, tragen wir heute noch die Verhandlungen etwas ausführlicher nach, in deren Mittelpunkt die Kandidatenfrage stand. Sie sind zur Beurteilung der Sachlage wichtig. Wir folgen dabei dem Bericht der „Wreslauer Volkswacht“.

Genosse Winter, der über die Lage in Oberschlesien und die nächsten Reichstagswahlen referierte, gab zunächst einen Rückblick auf die bisher in Oberschlesien geleistete Arbeit und ihre Früchte bei den Wahlen 1890, 1893 und 1898. Vor 1897 gab es in den ober-schlesischen Wahlkreisen keine feste Organisation der Arbeiter, erst durch das Eintreten der Genossen Mezlo, Sachs, Winter und Augemburg, wurde System in die Agitation gebracht. Der Erfolg dieser Arbeit zeigte sich in dem Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen von 4500 im Jahre 1893 auf 25 700 im Jahre 1898. Freilich führte diese systematische Arbeit mancherlei Verfolgungen herbei, so den bekannten Prozeß von Kierstädte. Nach den Wahlen trat etwas Ruhe ein, politische Vereine zeigten keinerlei Bestand, man mußte sich auf lose Versprechungen unter den bekannten Genossen beschränken. Der Schwerpunkt der Agitation ging nunmehr auf die gewerkschaftliche Seite über, die Einrichtung des Arbeiterssekretariats und des Gewerkschaftsbureaus beförderten diese Entwicklung. Aber auch der Sozialdemokratie kommen bei den bevorstehenden Wahlen diese beiden Institutionen zu gute, sind sie doch im ganzen Industriebezirk als sozialdemokratische Schöpfungen von den Wagnern und den Behörden bezichtigt und verfolgt worden. Die unerwünschte Folge dieser Verfolgungen ist, daß alle das Sekretariat und das Bureau benutzenden Personen ihre Ämter vor der Sozialdemokratie verloren haben, das sind im Jahre 1900 allein 10 783 Personen und 2000 bis 3000 Organisierte. Nun aber ist es in Oberschlesien zu einer Spaltung zwischen polnischen und deutschen Genossen gekommen, die ideell seit 1893 besteht, aber erst mit der Verlegung der „Gazeta Robotnicza“ nach Oberschlesien in Erscheinung trat. Ein Teil der polnischen Genossen glaubt eine eigene Organisation unter Anleitung an die der russisch-polnischen und galizisch-polnischen Sozialdemokratie bilden zu müssen, welche neben den politischen Zielen der Partei noch die Wiederherstellung Polens und ähnliche nationale Ziele verfolgt. Früher haben deutsche und polnische Sozialdemokraten Hand in Hand gearbeitet und diese gemeinsame Arbeit wäre auch jetzt noch möglich. Was die Genossen trennt, sind Differenzen, die mit der Arbeit des Reichstages und der gegenwärtigen Tätigkeit der Partei nichts zu tun haben. Aber der Konflikt ist durch die jetzt so schwer geprüften Genossen Haase und Golbe verschärft worden, die die beanspruchten Vorrechte in Oberschlesien mit dem Ueberwiegen der polnischen Nationalität begründen. So mechanisch diese man aber nicht verfahren, da man ja auch die Nationalität der sozialdemokratischen Stimmen und der politischen Tätigkeit in Betracht ziehen sollte. Winter giebt schließlich noch einen Ueberblick über die in den letzten Jahren betriebene Agitation, Flugblattverbreitungen und dergleichen und erstattet den Kassienbericht, der mit etwa 9000 M. bilanziert.

Uebergehend zu den nächsten Reichstagswahlen bemerkt Redner: Bisher gab es in Oberschlesien nur eine Parole: Rot oder Schwarz, denn die Konservativen sind bei uns ausgestorben und die Liberalen sind sehr schwach. Wir könnten also, wenn die Konstellation die alte geblieben wäre, schon mit der Möglichkeit eines oder mehrerer Siege rechnen. Nun sind aber ganz neue Erscheinungen im politischen Lager zu verzeichnen und zwar sowohl beim Centrum wie bei uns. Zunächst schien es, als wolle sich das Centrum die sogenannte katholische Partei lösen. Aber diese Gruppe hat in der letzten Zeit keine reaktionäre Handlung des Centrum mehr gezeigt, sie ist vielmehr zu einer Gesellschaft von Geschäftsleuten ohne größeres politisches Interesse herabgesunken und hat ja auch die bekannte Kapitalist-Erklärung, die sich dem Centrum gänzlich unterwirft, abgegeben. Sie wird sich auf jeden Fall mit einigen polnischen Centrumsnamen zufrieden geben. Nun hat sich aber eine zweite Gruppe vom Centrum abgesplittert, die sich jetzt um den „Gornolagaz“ sammelt und, wie es scheint, unter den polnischen Arbeitern schon einen nennenswerten Anhang besitzt. Sie wird wie und da eigne Kandidaten aufstellen und damit haben wir die erste Zersplitterung in Oberschlesien. Der Freisinn wird vielleicht im ersten Wahlgang für uns Sozialdemokraten stimmen, wenn wir Forderungen bezüglich der Kommunalwahlen machen, wenigstens sind dergleichen Angebote in Aussicht gestellt. Aber auch wir haben mit der oben erwähnten Spaltung zu rechnen. Die Genossen von der polnisch-socialistischen Partei haben, ohne uns hinzuzuziehen, in Oświęcim mit Vertretern aus zwei Wahlkreisen für

acht ober-schlesische Wahlkreise Kandidaten aufgestellt, ein Verfahren, das bei uns unüblich ist. Ueber die Köpfe der Wähler der betreffenden Wahlkreise hinweg sind diese Kandidaten nominiert worden. Wir hoffen aber, daß es noch zu einer Verständigung kommt und erlauben die polnisch-socialistischen Genossen, die Oświęcimer Kandidaten zurückzuziehen, eine neue Konferenz mit uns gemeinsam abzuhalten und die Kandidaten auf dieser Konferenz zu nominieren. (Beifall.)

Hierauf nahm das Wort der mit den Reden eines Korreferenten ausgestattete Gast *Wienicki* von der polnisch-socialistischen Partei. Er bestritt, daß erst mit dem Erscheinen der deutschen Genossen System in die ober-schlesische Agitation gekommen sei. Vorher schon haben die polnischen Genossen *Solidarnosc*, *Andrzejki* und *Chiel* fleißig hier gewirkt und schwere Opfer gebracht. Seit 1898 sei aber in den Wahlkreisen nur wenig getan worden, erst die Genossen *Morawski*, *Haase* usw. haben sich wieder mit Kraft der Agitation hingeegeben. Die Kandidatur *Sachs* in Benzin im Jahre 1898, die der Parteivorstand bekräftigte, war ein Schlag ins Gesicht der polnischen Genossen. Aber wegen materieller Schwäche mühten sich die Polen ihn gefallen lassen. Die polnischen Genossen sind auch international, aber sie haben das Recht, eine nationale Sonderorganisation zu bilden, so gut wie die polnischen Sozialdemokraten Galiziens und Polens. Gibt man ihnen das Recht nicht, dann nehmen sie sich's. Der *Kübeder* allgemeine und der *Wreslauer* schlesische Parteitag haben den polnischen Genossen das Recht zu einer nationalen Sonderorganisation abgetreten, die Antwort darauf sei das selbständige Vorgehen in Oświęcim, wo übrigens auch der Kreis *Gleiwitz* vertreten gewesen sei. Die dort anwesenden Polen waren zur Aufstellung von Kandidaten in allen acht Wahlkreisen von den Genossen autorisiert. Die Polen in Westfalen stützen sich auch den Beschlüssen der deutschen Genossen, weil diese in der Mehrheit sind, das Umgekehrte müßte hier eintreten. Redner verteidigt dann noch *Dylong*, erwähnt die Flugblattverbreitungen, die seine Partei ausgeführt hat und greift *Dr. Winter* wegen seiner „germanisatorischen Bestimmung“ an. Erst durch *Winters* Tätigkeit sei der Nationalitätenstreit ausgebrochen. Wenn die Namen der polnischen Delegierten in Oświęcim unbekannt seien, so rühre das daher, weil dort der wirtschaftlich bedrückten Genossen falsche Namen beigelegt wurden. Die polnischen Genossen erklären, daß sie auf die Kandidaturen von Oświęcim nicht verzichten können, und erlauben die Konferenz, diesmal die polnisch-socialistische anzuerkennen. Die polnisch-socialistische Partei muß selbständig werden.

Den beiden Referaten folgte eine ausgedehnte Debatte, an der sich die polnischen Genossen wiederholt beteiligten. Sämtliche Delegierten verurteilten die Oświęcimer Beschlüsse und ersuchten um Zurückziehung derselben, damit eine Einigung zu stande komme. Die Polen werden von den Delegierten daran erinnert, daß die schweren Opfer ihrer Genossen *Haase*, *Morawski* und *Golbe* umsonst gebracht sind, wenn das Proletariat Oberschlesiens nicht einig ist. Auch jene Delegierten, die polnisch sprechen müssen, da ihre Kenntnis der deutschen Sprache nur mangelhaft sei, sprechen für Verständigung und gegen die Beschlüsse von Oświęcim. Nachdem sich alle Delegierten für eine Einigung ausgesprochen haben, wird erneut die Anfrage an die Polen gerichtet, ob sie die Hand zum Frieden bieten wollen. *Trambalski* und *Wienicki* erklären, sie seien verpflichtet, auf ihrem Standpunkt zu verharren.

Darauf folgte dann die Beschlußfassung. Nach der Beschlußfassung erklärte *Wienicki*: Die Konferenz hat unter Aufsicht nach diese Entscheidung gefaßt, weil sich die deutschen Genossen im Bewußtsein ihres materiellen Uebergewichtes befinden. Sie werden sich aber über seine Entwicklung äussern. Sie können und vielleicht hemmen, aber die Selbständigmachung des polnischen Proletariats werden sie nicht hindern. Darauf verlassen die Anhänger der P. P. S. das Lokal. Der ausführliche Bericht läßt keinen Zweifel darüber, daß unsere Genossen alles getan haben, um eine Einigung herbeizuführen; sie sind den Polen so weit entgegengekommen, als nur irgend möglich war, und sie haben sich trotz der provogierenden Erklärung, die in der „Gazeta Robotnicza“ unter dem Namen des Sekretärs *Bojcechowski* veröffentlicht wurde, einer durchaus objektiven Behandlung der Angelegenheit befleißigt. Die Vertreter der polnisch-socialistischen Partei, die sich der übernommenen Verantwortung nicht bewußt gezeigt haben, wünschen nicht Einigung, sondern verlangen Unterwerfung unserer ober-schlesischen Genossen unter ihre Beschlüsse. Dazu liegt für die deutsche sozialdemokratische Partei kein Anlaß vor.

Reichstagskandidaturen. Für den Wahlkreis *Hannau* wurde der bisherige Vertreter des Kreises, *Genosse Schöck*, wieder aufgestellt. Die Kreisversammlung für *Kolberg-Röslin* beschloß, als Kandidaten für den Kreis den Genossen *Rohr* vorzuschlagen.

Zum Parteitage. In der gestrigen Mitteilung über die vom Münchner Lokalkomitee getroffenen Arrangements hat der Druckfehler der Münchner Parteigenossen eine allzu übertriebene Verunglimpfung angebracht. Sie wollen nicht Mittwoch und Donnerstag, sondern Mittwoch oder Donnerstag auf dem Starnberger See herumfahren. Der Parteitag selbst soll zwischen diesen beiden Tagen die Wahl haben.

Ein sozialdemokratisches Presbium ist in Amsterdam gegründet worden mit dem Zweck, die unglücklichen Angriffe der gegnerischen Presse auf die Partei zu widerlegen und zurückzuweisen. Sekretär des Presbiums ist *P. A. Pijnappel* in Amsterdam.

Das Komitee wird so lange nichts ausrichten, als es nicht über ebensoviel Zeitungen verfügt und diese nicht ebensoviel Leser haben, wie die Angreifer und ihre Zeitungen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Tagesrapport von den Danziger Polizeihäfen. Am 6. August wurden wieder 3 Genossen, die im Lokal *Wrobbankengasse* 11 eine Vorstandssitzung des sozialdemokratischen Wahlvereins abhalten wollten, durch den Polizeiwachtmeister *Staab* gerade wie *Stydbuben* und *Verbrecher* auseinander gejagt. Der Wachtmeister, dessen vorgelegte Behörde genau davon unterrichtet ist und der es auch selbst weiß, daß *Frau Berger*, vorläufig bis zur Wiederkehr geordneter rechtlicher Zustände, nach 8 Uhr kein Verfügungsrecht über das Lokal hat, stellte an dieselbe das Verlangen, die anwesenden Genossen aus dem vom Wahlvereins-Vorstand gemieteten Lokale zu weisen. Der Beamte forderte die Genossen, nachdem *Frau Berger* aus rechtlichen Gründen jedes Einsprechen verweigert hatte, zum schleunigsten Verlassen des Lokales auf. Dieser Aufforderung wurde natürlich unter Protest, um nicht das Opfer polizeilicher Gewalttätigkeiten zu werden, entsprochen. *Frau Berger* mußte auf das dringende Verlangen *Staab's* das Lokal sofort schließen. Dem Staatsanwalt ist von den polizeilichen Gesetzesverletzungen schon lange Mitteilung gemacht. Trotzdem wiederholen sich dieselben fortwährend.

Inzwischen hat der Polizeipräsident auch bereits zwei Versammlungsverbote erlassen. Eine zum 5. August einberufene *Töpfer-Versammlung* und eine zum 6. August anberaumte Versammlung des Wahlvereins wurden verboten. Auch spart sich der Polizeipräsident jetzt schon jede Begründung für diese Maßregeln.

Die Polizei-Kitade am Abend des 7. August wurde der Abwechslung halber wieder vom Polizeikommissar *Pohmann* in eigener Person geleitet. Mehrere zur Versammlung erschienene Mitglieder des *Metallarbeiter-Verbandes* mußten auf sein Verlangen das Lokal verlassen. Auch bekam der schneidige Herr es wieder fertig, den Lokalinhaber, *Genossen Hahn*, hinauszujagen.

Ueber Wohlthätigkeit hat die Magdeburger Polizeibehörde ihre eignen Auffassungen. Der Arbeiter-Sängerbund für Magdeburg und Umgegend wollte für die Hinterbliebenen der auf dem „Primus“ Verunglückten ein Wohlthätigkeitskonzert veranstalten und eruchte dafür um Erlaß der dort bestehenden Lustbarkeitssteuer. Darauf erging folgender Bescheid:

Der Magistrat
Steuer-Deputation. Magdeburg, den 7. August 1902.
Zum Schreiben vom 5. d. M.
Erlaß der Lustbarkeits-Steuer für die Lustbarkeiten am 10. d. M. kann nicht gewährt werden, da die Veranstaltung nicht zu den in § 4 Nr. 1 der Lustbarkeits-Steuer-Ordnung bedingten „wohlthätigen oder gemeinnützigen“ Veranstaltungen gehört.
Münzhardt.

Im den
Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes
für Magdeburg und Umgegend, hier.
Das Fest war glänzend besucht und hat einen beträchtlichen Ueberfluß zu Gunsten der Hinterbliebenen ergeben, durch die Lustbarkeitssteuer ist dieser Betrag aber doch um etwa 50 M. gemindert worden. Die Magdeburgerische Polizeiverwaltung zeigt offenbar nach dem Rühme einer besondern Humanität. „Magdeburgerische Humanität“ wird man diese Specialität nennen können.

Sociales.

Opfer des Bergbaues in Schweden. In den Gruben und andren Bergwerken Schwedens ereigneten sich im Jahre 1901 756 solcher Unglücksfälle, bei denen Arbeiter tödlich, oder so verletzt wurden, daß sie länger als 14 Tage arbeitsunfähig waren. Im ganzen verunglückten 758 Arbeiter, davon 19 tödlich. Die durch Unglücksfälle getöteten waren sämtlich männliche Arbeiter. Im vorhergehenden Jahre waren 24 Arbeiter tödlich verunglückt.

Kavaliere konnte sichtbar werden, und die Prinzessin beschied sich beim Diner ohne Herren.“ So verstand es der Prinz doch, sich mit der Frau zu amüsieren, die er widerstrebend, auf des Vaters Befehl, geheiratet hatte, und von der die Königin an ihre Tochter, die Markgräfin v. Bahreuth, schrieb, sie sei „bunnt wie ein Hund Stroh und ohne die geringste Erziehung; ich weiß nicht wie ihr Bruder sich mit dem Dummbart vertragen wird.“ Die Heirat mit der ungeliebten Prinzessin *Elisabeth Christine* hatten in dem König die „galanten Reigungen“, die sein Vater bereits an dem Prinzen gehabt hatte, noch verstärkt. Hatte er als Prinz bei der *Formosa* und *Orfelsa* und in seiner *Akstiner* Verbannungzeit bei der Frau v. *Weisch* seiner sinnlichen Leidenschaft Befriedigung gesucht, so war er jetzt in seinen erottischen Unternehmungen noch weniger wählerisch. *Wesche* schildert: „Des Dienstes, den ihm *Enhm*, der sächsische Gesandte, bei einem erottischen Unfälle, der kurz nach seiner Vermählung eintrat, erwieh, war, nach dem Ritter *Zimmermann*, von drastischen Folgen, unheilbar und der Geschlechtspotenz Entzug thend. Eine Operation mußte helfen. Das war der geheime Grund, daß *Friedrich* so kategorisch die Sektion nach seinem Tode unterfagte, die belauscht demoa erfolgte.“ Während des siebenjährigen Krieges schrieb er an den *Trester* *Friedersdorf*: „Zeit kann den Menschen schiden und kam er ein hübsche D... mit Krügen, so ist es auch gut, den die fchlet uns auch.“ Der ersten Tänzerin an der italienischen Oper zu Berlin, *Signora Barbarini* widmete er lange seine besondere Zuneigung. Daneben fand er in galanten Beziehungen zu *Frau v. Krousel*, frühere *Frau v. Kleif*, Tochter des *Generals Schwerin*, eine der galantesten Damen, die Berlin unter *Friedrich d. Gr.* aufzuweisen hatte“, einem *Fräulein v. Keltan*, *Hofräulein* der Königin und einer *Gräfin Dönhoff-Dönhoffstadt*.

Eine sehr eingehende Darstellung widmet *Wesche* seiner *Friedrich's* Bruchbanten, seiner Vorliebe für seine *Windspiele*, der besondern Kunst, mit der er verschiedene Kammerdiener, so z. B. den bekannten v. *Friedersdorf*, anzeignete und der Wirkung, welche die *loderen* Sitten der Hofgesellschaft jener Zeit auf das ganze Land hatten, so daß 1782 ein besonderes Edikt gegen den überhand genommenen Mißbrauch der *Wescheidungen* erlassen werden und den Offizieren das *Maitressenhalten* verboten werden mußte, weil „viele junge Offiziere dadurch weidlich und unordentlich wurden“.

Unter dem zweiten *Friedrich Wilhelm*, im *Vollmunde* der „*dife Wilhelm*“ genannt, wurde das *Hosleben* noch *loderer*. *Wesche* führt das Urteil des englischen Gesandten zu Berlin an, der des Königs *loderer* *Prinzenleben* tabelt. Er könne nicht einmal seine *Wächter* bezahlen, er habe alles mit den *Mädchen* durchgebracht. Eine breite Schilderung widmet *Wesche* der *Maitressenwelt* dieses Königs. Da war die „preussische *Pompador*“, *Minken Ende*, die Tochter eines *Regimentsstrompeters*, der der

Eine preussische Hofgeschichte.

II.

Unter dem Kurfürsten *Friedrich III.*, der sich zum König *Friedrich I.* erhob, hatte nichtsdestoweniger der „französische *Wohngest*“ bereits dort gestirbt, daß alle *Pariser* Hofsitte nachgeahmt wurde. *Friedrich* war „von *Perion* schwächlich, und man glaubte nicht, daß er ein hohes Alter erreichen werde; auch litt er sein ganzes Leben lang an *Engbrüchigkeit*. Seine *Amme* hatte ihn als Kind rücklings vom Arm fallen lassen, davon war er verwundet; er trug, um seinen kranken Rücken zu verbergen, eine sehr große *Perücke*.“ Weil es in *Paris* so Sitte war, hielt auch er sich eine *Maitresse*. Es war dies die *Gräfin v. Kolbe-Wartensleben*, die Tochter eines *Reichshofrathen* v. *Emmerich*, welche erst die *Frau* eines *Kammerdieners*, dann die *Frau* des *Herrn v. Kolbe* wurde, welcher sie dem Kurfürsten direkt zuführte. „Doch beschränkte das Verhältnis sich darauf, daß die *Dame* in der *Dämmerung* während des *Sommers* in einem kleinen Garten des Schlosses, während des *Winters* in den königlichen Zimmern, eine Stunde lang mit dem Kurfürsten auf- und abging.“ *Wesich* ist, daß diese *Veins* aus dem *Rhein*- und *Weinland* einen sehr großen Einfluß auf den Kurfürsten gewann, einen überwiegenden noch als ihr *Gemahl*“.

In diesem Hofe erschien als die bedeutendste Persönlichkeit die Königin *Sophie Charlotte* von Hannover, auch wohl die „*philosophische Königin*“ genannt. Sie hatte sich als *Prinzessin* am *Verdaler* Hofe aufhalten und ihre *Mutter* hatte geglaubt, sie eine *französische* *Heirat* machen lassen zu können. Da eine solche aus politischen Gründen nicht zu stande kam, nahm die *Prinzessin*, kurz entschlossen, den *preussischen „Kefop“*. Sie schlug ihren *Wohnsitz* in dem durch *Schlüter* erbauten *Schloße* *Wspeltzberg* auf, im heutigen *Charlottenburg*. Hier hielt sie einen *höheren Hof* mit *Wäulen*, *Rasleraden*, *Kongert*, *Schauspiel* und *Balletten*; daneben auch, nach *französischem* Vorbilde, *geistreiche* *Festel*, in denen *Leibniz* eine *Hauptrolle* spielte. Die *Frölichkeit* des *Wspeltzberg* Hofes wurde nur gestört, wenn der „*Kefop*“ die *Königin* *nächtlich* besuchte, was er in solchen Fälle durch die *Voranschickung* von *Stiften* andeutete, über welche *Ankündigung* die *lustige* *Philosophin* auf dem *Throne*, wie ihre *Briefe* zeigen, stets in eine *heillose* *Verzweiflung* geriet.

Dieser *König* hatte *nacheinander* drei *Gemahlinnen*, deren letzte, die *mecklenburgische* *Prinzessin* *Sophie Luise*, nach einem *lustigen* *Jugendleben* in *Berlin* sich der *Frömmerei* ergab und den Hof zu einem *Möster* machte. Der *religiöse* *Wahnsinn* machte sie schließlich *trübsinnig*, so daß sie unter *beständiger* *Aufsicht* gehalten werden mußte. *Einmal* *entpung* sie dieser, kam mit *aufgelöstem* *Gnar* in *weißem* *Raschkeide*, nach *Zerschlagen* einer *Glastüre*, mit

blutenden Armen und schreiend in das Zimmer des krank daniederliegenden Königs. Der glaubte die weiße Frau zu sehen, bekam von dem Schreck das Fieber und starb daran.

Vom Hofe dieses *Preußenkönigs* sagt *Wesche*: „Der Hof *Friedrich's* war, wie alle damalige deutsche Höfe, unbeschreiblich *widerlich*, er war roh und *frivol* zugleich. Es giebt keine *eselhaftere* *Frivolität*, als die bei unsen *Vorfahren* in der *letzten* *Halbte* des *17. Jahrhunderts*. Dieser *Vorwurf* trifft den Hof *Friedrich's* in *vollen* *Maße*“.

Recht lebendig liest sich die Schilderung, welche *Wesche* von dem Hofe des „*Soldatenkönigs*“ *Friedrich Wilhelm I.* entwirft. Die bereits in der *Jugend* hervortretende *Unstilität* seines Charakters, die sich später zu *wahren* *Kutanfällen* steigerte, *sobald* ihm jeder nur mit *Zittern* nahte, sein *beschränkter* *Kasernenverstand*, der ihn auch als *König* nur das *Soldatische* *bedachten* ließ, so daß *Prinz Georg*, der spätere *zweite* *König* von *England* aus der *Hannoverdynamie*, von ihm immer nur *verächtlich* sagte: „*Mein* *Bruder*, der *Sergeant*“, dies alles hat *Wesche* *interessant* *behandelt* und für alle diese *Dinge* ist er heute noch die *hauptächlichste* *historische* *Quelle*.

Die *Waldamer* *blane* *Garde*, sowie die *Werbe-Exzesse* unter diesem *König*, bei der *Aufgabelung* seiner „*langen* *Keris*“, das *Tabakkollegium*, die *Fopperie* des *gelehrten* *Hofnarren* *Gundling*, den der *König* nach im *Tode* *verpötte* indem er ihn in einem *Welsch*, *troz* des *Einspruchs* der *Geistlichkeit*, *beerdigen* ließ; die *Sauhagen* zu *Wusterhausen* *schildert* *Wesche* *sehr* *lebendig*. *Wald* *fürchtete* *diesen* *König* *alle* *Welt*. „*Wenn* der *König* *nach* der *Friedrichstadt* *kam*, um die *Wänter* zu *besehen*, *flüchteten* die *Leute*, *machten* *Hären* und *Fenster* zu, und die *Straken* waren *leer* und *öde*. Es war *überhaupt* *sehr* *stille* unter *Friedrich Wilhelm* in der *Hauptstadt*“.

Ueber das *Hosleben* unter dem von der *zünftigen* *Geschichts-* *Schreibung* zum *belidischen* *Kriegsredner* *emporgeschimmten* *Friedrich II.*, dem *Großen*, *liest* man bei *Wesche* noch eine *ganze* *Menge* *wenig* *be-* *kannter* *Details*, *Briefstellen*, *Remoironauszüge*. *Kennzeichnend* *für* *das* *Hosleben* *jener* *Zeit* und die *Widung* des *damaligen* *Jumertums* ist die *Schilderung* der *Champagnergelage*, die der *König* als *Kronprinz* in *Ahrinsberg* gab und womit er sich über die *viele* *Schranken* *hinwegdröste*, die sein *Vater* *seinem* *Leben* *zog*. *Baron v. Viesefeld* erzählt in seinen *vertrauten* *Briefen* wie bei einem *dieser* *Gelage*, als der *Prinz* und die *Prinzessin* die *ganze* *Gesellschaft* *trunken* *gemacht* hatten, im *Rausch* *alles* *zerstört* wurde, was man in die *Finger* *bekam*. „In einem *Augenblick* *flogen* die *Wäfer* in *alle* *Ecken* des *Saales*, *sämtliche* *Glaswerk*, *Porzellan*, *Spiegel*, *Kronleuchter*, *Geläch* und *Gefähr* *alles* *ward* in *tausend* *Stücke* *zerschlagen*. . . *Ich* *kam* *tappend* *der* *großen* *Treppe* *zu* *nabe*, *stürzte* *von* *oben* *herab*. Am *Wortgen* *sprach* man von *Trepanten*, *ich* *mußte* *indes* *nach* *vierzehn* *Tage* *das* *Bett* *hüten*. Das *ganze* *Schloß* *war* *zum* *Sterben* *krank*. *Weder* *der* *Prinz*, *nach* *einer* *der*

Aus der Frauenbewegung.

Die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands erlöst in der „Gleichheit“ einen Aufruf, in dem es unter Hinweis auf die Einladung des Parteivorstandes zum Parteitag in München heißt: Genossinnen! Der Aufruf des Parteivorstandes wendet sich ebenso wohl an Euch, als an die Genossen. Das Statut einer Konferenz der sozialistischen Frauen berührt in nichts eure Pflicht und euer Recht, wie an jedem früheren Parteitag so auch an dem zu München teilzunehmen. Die Fragen der Arbeiterversicherung und der Kommunalpolitik, welche auf seiner Tagesordnung stehen, sind von größter Wichtigkeit für die proletarische Frauenwelt. Aber auch allen übrigen Verhandlungsgegenständen kommt eine schwerwiegende Bedeutung für den doppelten Befreiungskampf der Proletarierin zu. Mögen deshalb die Genossinnen in allen Mittelpunkt unserer Bewegung rechtzeitig dafür sorgen, daß dem Parteitag als Delegierte auch Frauen beizuwohnen, die in treuer Pflichterfüllung alle Arbeiten und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen. Wo es angängig ist, sollten die Genossinnen sich sofort mit den Genossen ihrer Wahlkreise über die Wahl einer gemeinsamen Delegierten verständigen. Wo die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens ausgeschlossen ist, haben sie das statutengemäß gesicherte Recht auszunutzen, in öffentlicher Frauenversammlung eine eigene Delegierte zu wählen. Die Genossinnen sollten ferner dafür eintreten, daß den auf die eine oder andere Weise gewählten Delegierten gleichzeitig ein Mandat zur Frauenkonferenz übertragen wird. Die erfolgte Wahl weiblicher Delegierten ist der Unterzeichneten mitzuteilen.

Otilie Vaader,

Berlin W., Grob-Börjchenstr. 38, II. Hof rechts, 3 Tr.

Die Konferenz der sozialistischen Frauen beginnt bereits am 13. September früh 9 Uhr in München.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Tätigkeitsbericht.
2. Wie bilden wir Agitatorinnen heran?
3. Gesetzlicher Schutz der Frauen, Kinder- und Heimarbeit.
4. Die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, insbesondere auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts.
5. Verschiedenes.

Die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands ersucht die Genossinnen im ganzen Reich, sich durch Entsendung von Delegierten an der Besprechung zu beteiligen und die nötigen Wahlen in öffentlichen Versammlungen vorzunehmen. Dort, wo in öffentlichen Versammlungen weibliche Delegierte zum Parteitag in München gewählt werden, haben die Genossinnen zu veranlassen, daß die Gewählten gleichzeitig auch das Mandat erhalten, der Konferenz beizuwohnen. An ihr können selbstverständlich auch Genossen als gleichberechtigte Delegierte teilnehmen. Mit beratender, jedoch nicht beschließender Stimme können sich an der Besprechung Genossinnen und Genossen beteiligen, denen die Förderung der proletarischen Frauenbewegung am Herzen liegt, die aber kein Mandat besitzen.

Die delegierten Genossinnen und Genossen haben ihre Wahl möglichst bald der Vertrauensperson mitzuteilen. Ihre sind auch einzubringende Anträge einzusenden, die in der „Gleichheit“ zur allgemeinen Kenntnis der Genossinnen gebracht werden.

Das Lokal der Konferenz wird noch rechtzeitig bekannt gegeben. Die Abrechnung der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, die in der „Gleichheit“ veröffentlicht wird, ergibt eine Einnahme von 1009,99 M. und eine Ausgabe von 305,25 M., so daß ein Bestand von 704,74 M. verbleibt.

Die Autorität des Herrn v. Hammerstein wird von den Polizeibehörden sorgfältig verfolgt. In Wien wurde am Sonntag die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins aufgelöst, weil man der Aufforderung des Beamten nicht nachkam, der verlangte, daß die Thür zu dem Nebenzimmer, in welchem Frauen saßen, geschlossen würde.

Der Minister gilt der Polizei anscheinend so wenig wie das Hammergericht; es ist ja auch nicht zu verwundern, daß so ein Polizeibeamter im preussischen Rechtsstaate sich selbst Autorität genug ist und den Teufel nach Ministern und Gerichten fragt. Wird doch diese Selbstherrlichkeit des Schuymanne, so lange sie sich nur gegen die Interessen und Rechte der Bürger richtet, von Behörden und Gerichten systematisch geschützt. Man beschwere sich über irgend eine ungelegliche Handlung eines Schuymanne; wenn man wirklich einmal nach Anrufung mehrerer Instanzen recht bekommt, so geschieht das meist in einer Form, die einer Entschuldigung des Schuymanne gleich sieht. Ein Schuymanne als Zeuge vor Gericht wiegt Dutzende von Zivilgenossen auf. Man versuche aber erst einmal, einen Schuymanne für ungelegliche Handlungen strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen oder zivilrechtlich haftbar zu machen; in 99 von 100 Fällen wird man niemals zum Ziele kommen. Aber wehe, der einem Schuymanne auch nur das leiseste Unrecht zuzufügen!

Des Schuymanne Macht ist unbegrenzt. Nur eins kann auch er nicht: Schwiegervater eines Obermandarinen werden.

Kammerdiener Niech als Ehemann zugesprochen wurde und sie später zur Gräfin Richenau „erhoben“ wurde, da war das frühere Wästermädchen Minette (Gorf), Madame Jaranus, die Tänzerin Schulski, die sogar mit der Madame Niech im Reinen Garten zu Potsdam zusammen wohnte, das Fräulein v. Wolf, spätere Gräfin v. Jagenstein und die Gräfin v. Dönhoff. Zahlreiche Skizzen und aus der Zeit zeigen, wie des Königs Maitressen-Wirtschaft verpöbelte wurde.

Die Niederlagen, die unter dem dritten Friedrich Wilhelm über den preussischen Hof und über das Land kamen, waren das Erbe dieses Regiments: Entfittlichung der Gesellschaft und Erschöpfung des Schatzes.

Wesche entwirft einen Sittenspiegel der gesellschaftlichen und höflichen Zustände Berlins am Ende des 18. und am Beginn des 19. Jahrhunderts, dem die Schilderungen der „Vertrauten Briefe“ zu Grunde liegen. Dieser Sittenspiegel zeigt eine allgemeine Verwahrlosung. Vom Hofe heißt es u. a.: Die Sittenspiegel datierte schon von der Regierung Friedrich des Großen. Die leichtesten Ehescheidungen wurden eine wahre Pest für die Familien; es gab in Jahre 1791 eine Frau v. Arnstadt am Berliner Hofe, die vorher den Namen Anpphauen, noch früher den Eliot und ganz früh den Kraut geführt hatte. Unter Friedrich dem Großen hatte aber noch eine sehr strenge Zucht geherrscht — unter Friedrich Wilhelm III. pilanderten die zu den Hoffesten eingeladenen jungen Offiziere ganz ungeachtet schon die Tafeln und Wäffels, als seien es feindliche Marketenberuben — so weit war schon der Ton und die Sitte äußerlich beim Adel verfallen.

Eine Folge war der Zusammenbruch auf dem Schlachtfelde bei Jena und Auerstädt, der dem preussischen Hofe die tiefste Demütigung brachte.

Interessant ist die Schilderung des schweigsamen pedantischen Königs an seinem Lebende, seine Vorliebe für das Ballett, seine Heirat der Gräfin Garsch nach dem Tode der Königin Luise. Die Unglücksfälle des Jahres 1806 und bald nachher der unerwartet frühe Tod der schönen und immer liebenswürdigen Frau (Luise) hatten einen Heiligenschein auf sie geworfen, der ihr eigentlich gar nicht paßte und dem Könige oft seltsam und un bequem war, den aber auch jetzt noch niemand angreifen dürfte und möchte.

Die neuere und neueste Zeit ist von Wesche rodovivus ganz im Sinne und im Geiste des alten Wesche geschrieben worden. Diese Schilderung beginnt mit der Regierungsepoche des vierten Friedrich Wilhelm und zeigt in einer höchst interessanten Weise die Rastlosigkeit des preussischen Hofes gegenüber der mit den 40er Jahren hohe Wellen schlagenden Befreiungsbewegung des Volkes. Das Widerspruchsvolle und Unklare im Charakter des Königs ist lebendig geschildert, ebenso wie der Bruder des Königs, der Prinz von Preußen, eine eingehende Schilderung erfährt. Das Liebesverhältnis des Prinzen mit der Prinzessin Elisa Radziwill, die der Prinz anfänglich heiraten wollte, welche Heirat durch Hofintriguen aller Art schließlich gescheitert wurde, ist hier zusammenfassend dargestellt.

Gewerkschaftliches.

6. Verbandstag der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Offenbach a. M., 11. August.

In der ersten Sitzung, die am Sonntagabend stattfand, wurde das Bureau des Verbandstages sowie die Mandats-Prüfungskommission gewählt, die Geschäfts- und die Tagesordnung festgelegt.

Die Sitzung am Montag wird vom Vorsitzenden Brey-Hannover mit einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen eröffnet. Der Verbandstag ist besucht von 64 Delegierten, ferner vom Vorstand Brey, Sod und Bruns-Hannover und vom Ausschuss Streb-Offenbach.

Sodann gibt Brey den Bericht des Vorsitzenden in längerer Ausführungen, dabei Ergänzungen und Erläuterungen des gedruckten vorliegenden Geschäftsberichts machend. Mit dem Verband der papierchemischen und Gummi-Arbeiter Oestreichs wurde im Verlauf der letzten zwei Jahre ein Kartellverhältnis bezüglich des Preisgehalts eingegangen. Außer den 270 von den Gewerkschaften arrangierten Versammlungen wurden noch 150 Versammlungen auf andere Weise veranstaltet. Auch die Agitation durch das gedruckte Wort wurde nicht vernachlässigt und wurde eine Special-Agitation bei den Ziegleren eingeleitet und soll auch bei den Arbeitern der chemischen Industrie versucht werden. Die Aufwendungen für Agitation sind so angefallen, daß sie sich relativ mit denjenigen größerer Verbände sehr gut messen können. Auf Rheinland-Westfalen und Schlesien mußte in Zukunft mehr Obacht in Bezug auf Agitation gegeben werden. Das Verbandsvermögen hat sich in den letzten zwei Jahren nur um 20 000 M. erhöht. Zu konstatieren sei, daß die größte Zahl der Streiks unter dem Widerspruch des Vorstandes zum Ausdruck gekommen, wo aber die Mittel vorhanden waren, wurde stets Absolution erteilt.

Verbandskassierer Bruns verliest dann den von uns in der Hauptsache schon veröffentlichten Kasstenbericht. Stille-Barumbel gibt den Bericht der Verbandsrevisoren. Er stellt den Antrag auf Decharge-Erteilung.

Weiter gibt Streb-Offenbach noch Erläuterungen zu dem ebenfalls gedruckt vorliegenden Ausschussbericht und streift noch einige Fälle, die erst nach Abfassung desselben noch vorliefen, wie z. B. die Untersützungsverweigerung bei einer Maitressen-Regelung, für welche der Ausschuss eintrat. Auch ist der Ausschuss für die Ausarbeitung eines Gehaltsregulativs für die Vorstandsbeamten. Brey erwidert u. a., daß die Verbandstage die Unterstützung der Maitressen-Regelungen stets abgelehnt hätten, weil für die Organisation keine Verpflichtung dazu vorläge. (Chol.-Rufe.) Außerdem verbieten auch unsere finanziellen Mittel dies.

In der darauf beginnenden Diskussion über den Vorstandsbericht werden Erklärungen über die Streiks in Cöslin und Markranstädt gegeben und auch die Ansicht Brey über eine höhere Beitragszahlung der Bauarbeiter befragt. Gewünscht wird, daß die Herausgabe des „Bedarfs“ für einzelne Branchen mit großer Vorsicht geschehen solle, weil z. B. dadurch Unternehmer inerwünschte Anlässe über Lohnhöhe zc. erhielten. Dann wird noch darauf verwiesen, daß wenn bei Maitressen-Regelungen keine Unterstützung gezahlt werde, dann auch keine Propaganda für diese Feiertage im „Proletarier“ gemacht werden dürfe. Der Vorschlag, höhere Beiträge von den Bauarbeitern zu erheben, könne jedoch nur von den ständig im Vauernbe Tätigen erhoben werden.

Die ganze Nachmittags-Sitzung wird mit der Debatte über den Vorstandsbericht ausgefüllt, ohne jedoch zu Ende geführt zu werden. Als wesentliche Momente traten die Forderung auf Anstellung des Soldaten-Gewerkschafters in Schlesien, Bayern und Rheinland-Westfalen hervor, sowie die Einführung eines erhöhten Beitrages für die Bauarbeiter im Hilfsarbeiter-Verband organisierten Kollegen. Besonders die letztere Forderung wurde als dringend notwendig erklärt und diese Absicht des Vorstandes und Ausschusses allgemein warm begrüßt, weil man sich davon einen wesentlichen Aufschwung der Organisation versprach. Auseinandersetzungen gibt es noch darüber, daß der Vorstand beim letzten Streik in Potsdam auf die Beendigung desselben drang, was von Kralou-Potsdam scharf gemißbilligt wurde, weil dadurch die Mitglieder in ihrem Solidaritätskampf für die Maitressen zu Streikbrechern gemacht worden seien. Brey weist in diesem Fall die Verantwortung den Potsdamern zu, deren Pflicht es gewesen sei, erst früheren Verpflichtungen nachzukommen, als sich in diesen Streik zu begeben. Auch optere man nicht nutzlos Tausende für eine zugestandenemahnen verlorene Sache.

Die Debatte über den Vorstandsbericht wurde in der Montags-Sitzung noch nicht zu Ende geführt.

Berlin und Umgegend.

Der Arbeitsnachweis des Rühnemänner-Verbandes giebt sich die erdenklichste Mühe, die „Niles-Werke“ mit Arbeitswilligen zu besetzen. Hauptächlich kommt es den Unternehmern darauf an, die nötige Anzahl Formmer und Dreher zusammenzufinden, denn fehlen diese, so können der Firma auch die andern Arbeiter nichts nützen, was ja durch die Entlassungen von voriger

Auch die katholische Königin Elisabeth, ihr Verhältnis zum Könige, die Tätigkeit der pietistischen Hofkreise, ist eingehend besprochen. Ihren Höhepunkt erreicht diese Darstellung mit der Schilderung der Berliner Erhebung vom 18. März. Sowie über diese letztere auch geschrieben worden ist, hier werden der Darstellung noch neue Seiten abgewonnen, indem die ganzen Vorgänge vom Schloß aus gesehen, dargestellt werden. Die Verwirrung im Schlosse, die während der Räum des Strohlampes durch die Nacht heult, sich bis zu völliger Auflösung aller höflichen Sarranen steigert, die Rastlosigkeit des Militärs unter seinem Kommandanten von Prinitwig, das Verhalten des Prinzen von Preußen, sein Streit mit dem Könige, seine Flucht nach Spaubau, auf der Pfaueninsel und über Hamburg nach England, sind hier eingehend geschildert. Es ist in diese Schilderung manches aufgenommen, was dem Gedächtnis der Zeitgenossen längst entschwunden ist, indem die Tagesliteratur von 1848, Tagebücher, Briefe usw. benützt wurden. Neben Vollemtem finden wir hier viel inzwischen Vergeßenes, so daß gerade dieser Teil des Buches einen hohen historischen Wert hat.

Nach 48 Teilt in der Schilderung die Kamorilla immer mehr in den Vordergrund. Die Tätigkeit des scheinheiligen Leopold v. Berlach und seiner Leute, ihre Beeinflussung des allmächtig erkrankenden Königs, die zu den inneren und äußeren Niederlagen des Hofes führt, ist padend wiedergegeben. Es ist unres Wissens das erste Mal, daß die Krankheitsgeschichte des Königs, aber welche namentlich die höflichen Geschichtsschreiber gerne rasch hinwegleiten, eine eingehende Darstellung erfährt.

Die neueste Zeit wird eingeleitet mit der Schilderung des Hervortretens Bismarcks, der den zur Regierung gelangten Prinzen von Preußen zu der „Blut- und Eisenpolitik“ der 60er und 70er Jahre hinüberleitet. Die Persönlichkeit Bismarcks ist hier, völlig abweichend von der Art der „patriotischen“ Historiker, in einer mächtigen Weise geschildert, wie auch späterhin die Entstehung des Sozialistengesetzes in einer Art geschildert wird, die mit der untern vielfach übereinstimmt. Man sieht daraus, wie die historische Wahrheit sich auch in der und fern liegenden Literatur allmählich durchzusetzen beginnt. Die Emser Depesche, das Intriguen-spiel der preussischen Diplomatie gegenüber Napoleon, die Art, wie die Militärs während des Krieges Bismarck „bohlottierten“, dies alles liest sich ebenso interessant, wie die spätere Schilderung der fortgesetzten Hofintriguen gegen den „Eisernen“, die zumeist auf die Umgebung der Kaiserin Augusta zurückzuführen werden.

Können wir uns auch mit der schließlichen Würdigung der Persönlichkeit Wilhelms I. nicht einverstanden erklären, so müssen wir doch hervorheben, daß diese Darstellung sich in ihrer ruhigen, nüchternen Art noch immer vorteilhaft abhebt von den verlogenen Lobeshymnen, welche die jüngste Geschichtsschreibung dem ersten Kaiser widmet.

Im ganzen: es ist ein vorzügliches Buch und eine bedeutsame Entscheidung, sowohl nach der historischen wie nach der literarischen Seite.

Woche bewiesen wird. Am Montag und Dienstag sind nun vom Arbeitsnachweis aus eine Anzahl arbeitssuchender Formner und Dreher nach den „Niles-Werken“ hinausgeschickt worden, doch angefangen hat kein einziger von ihnen, weil eine kurze Unterredung mit den Streikposten genügt, um sie zur Umkehr zu bewegen.

Die Differenzen in der Ristenfabrik von S. Laß, Stralauerstraße 58, sind erledigt. Die Lohnkommission.

Lohnbewegung der Maurer in Köln. Die Innung hat die Forderung der Maurer: einen Minimallohn von 50 Pf., bei Tiefbauarbeiten 65 Pf. zu zahlen, abgelehnt, sich aber bereit erklärt, vom 1. April 1903 ab einen Minimallohn von 46 Pf. und den Zehnstundentag zu bewilligen. Eine am Sonntag abgehaltene Maurerverammlung beschloß, auf der sofortigen Bewilligung eines Minimallohnes von 48 Pf. und des Zehnstundentages zu bestehen, diese Forderung am vergangenen Montag auf allen Bauten zu stellen und, wo sie nicht bewilligt wird, die Arbeit niederzulegen.

Zur Lohnbewegung der Bauarbeiter wird uns geschrieben: Montagvormittag haben 66 auf dem Neubau der Zrenenanstalt und der Lungenheilstätte zu Buch beschäftigte Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie fordern einen Stundenlohn von 50 Pf. für Träger und 42 1/2 für andere Arbeiter. Anfangs betrug der Lohn 45 resp. 40 Pf., er wurde später von Schreiber in Franz, Buchholz, bei dem die Arbeiter beschäftigt sind, auf 40 resp. 35 Pf. herabgesetzt.

Der Maurerstreik in Brandenburg a. N. dauert jetzt länger als 11 Wochen. Von beiden Seiten wird hartnäckig an dem einmal eingenommenen Standpunkt festgehalten. Den Maurern ist es gelungen, trotz der vom Arbeitgeberbund herausgegebenen schwarzen Liste, den größten Teil der am Streik beteiligten Arbeiter an anderen Orten zu verhältnismäßig guten Bedingungen in Arbeit zu bringen. Einen Zulauf von Arbeitskräften aus den Reihen der Streikenden haben die Arbeitgeber bisher nicht zu verzeichnen, sie behelfen sich während dessen mit fremden, ausländischen Arbeitskräften, und suchen davon so viel nach Brandenburg zu locken, als nur irgend möglich ist. Zum Teil ist ihnen das auch gelungen. Es sind Ausländer schon in beträchtlicher, wenn auch noch lange nicht in ausreichender Zahl beschäftigt. Wie schon vordem, so hat neuerdings der Vorsitzende des Gewerbegerichts den Parteien seine Vermittlung angeboten. Wie vor dem Streik und am Anfang desselben, so haben sich auch diesmal die Arbeiter zu Verhandlungen bereit erklärt, die Unternehmer dagegen lehnten auch jetzt wieder ab, weil sie angeblich ihren Bedarf an Arbeitskräften durch Zugang von außerhalb gedeckt haben. Erklärlich ist das abweisende Verhalten der Arbeitgeber dadurch, daß ihnen die Pausen sowohl bei öffentlichen wie bei privaten Bauten in entgegenkommendster Weise verlängert worden sind. Unter diesen Umständen ist ein Ende des Streiks noch gar nicht abzusehen.

Deutsches Reich.

Die Glaser in Plauen i. V. befinden sich fast vier Wochen im Auslande. Verhandlungen, die mit den Arbeitgebern angebahnt wurden, hatten keinen Erfolg, und erneute Verhandlungen lehnen die Arbeiter ab. Besonders wollen sie von einer Verlängerung der Arbeitszeit nichts wissen. Die Arbeiter hatten eine Herabsetzung der Arbeitszeit von zwei Stunden pro Woche gefordert, aber schon bei einer der Verhandlungen hatten sie erklärt, sich mit der Verlängerung von einer Stunde zu begnügen. Trotzdem behaupten die Arbeitgeber, eine Einigung sei ansichtslos. Sie verlangen bedingungslose Unterwerfung, der sich aber die Arbeiter auf keinen Fall fügen wollen.

Gewerkschaftliche Organisation in Posen. Die Zahl der organisierten Arbeiter in der Stadt Posen betrug am 1. Juli in den Jahren 1896: 172, 1898: 333, 1900: 1140, 1902: 3502. In den letzten beiden Jahren ist es gelungen, fast durchweg die zehnjährige Arbeitszeit mit entsprechenden Lohnerhöhungen für alle Berufe zur Durchführung zu bringen.

Den streikenden Holzarbeitern in Zeulenroda gehen jetzt, nachdem der Streik 11 Wochen dauert, die Gerichte zu Leibe. Eine ganze Anzahl Klagen schweben gegen die Streikenden, die angeblich Arbeitswillige „belästigt“ haben sollen. Das erste Opfer ist jedoch kein Streikender, sondern ein Freund eines solchen, der auch Holzarbeiter ist.

Dieser erfuhr seiner Zeit, daß ein Arbeitswilliger angekommen sei, er ging dann in die Wohnung desselben, um ihn in durchaus ruhiger, friedlicher Weise von der Situation in Kenntnis zu setzen. Der Arbeitswillige fing jedoch sofort zu schimpfen an, ein Wort brachte das andre und schließlich wurde der Holzarbeiter wegen Drohung und Ehrverletzung angeklagt. Auf Grund des § 163 erhielt er jetzt vom Schöffengericht eine Woche Gefängnis.

Ausland.

Der Streik der galizischen Landarbeiter.

Aus Lemberg wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: Im Bezirk Orzeczany haben 27 Gemeinden gestreikt. In fünfzehn Gemeinden ist der Streik mit dem Siege der Streikenden beendet, in drei Gemeinden nahmen die Streikenden die Arbeit unter den früheren Bedingungen wieder auf und in neun Gemeinden dauert der Streik noch fort. Ähnlich ist das Verhältnis in anderen Bezirken, wenn sich auch in manchen Bezirken die Grundbesitzer noch gegen Konzeptionen wehren.

Im Bezirk Kamionka streiken noch 21 Gemeinden, darunter auch die politische Gemeinde Adamy, ein Beweis, wie wenig die Landarbeiterbewegung nationale Gründe hat.

In der Umgebung von Lusia, Bezirk Zaleszczyki, wurde in den meisten Gemeinden der Streik beendet, indem die Bauern die zehnte Garde statt der bisher gewährten zwölften Garde bewilligt erhielten. Der Bezirkshauptmann von Zaleszczyki hat an die Gemeindevorsteher ein Rundschreiben gerichtet, worin er sie „auf Grund des Reskripts der Statthalterei“ auffordert, die Bauern zu beschützen, daß die Profichären des Genossen Winkl und des russischen Radikalen Rudzjanowski bloße Agitationschriften seien, die in gewissenloser Weise das Volk betrügen wollen.

In Lutawiec, Bezirk Wodzy, wurde der Streik mit einem Siege der Streikenden beendet. Dagegen sind in Jarzewowli und Gynstopyd neue Streiks ausgebrochen.

Der Trades Unionkongress tritt am Montag, den 1. September, in Holborn Town Hall, London, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dem Beispiel der internationalen sozialistischen Kongresse folgend, werden die Delegierten und die Londoner Arbeiter am Tag zuvor eine Massendemonstration im Hyde Park abhalten, als Protest gegen die Lordenscheide, sowie zu Gunsten der politischen Arbeitervertretung. Im Unterschied zu früheren Kongressen werden keine Einladungen von Unternehmern angenommen. Für Unterhaltungen und Ausflüge sorgt einzig und allein das Londoner Gewerkschafts-kartell.

Die Glasarbeiter der Lampenfabriken von Jowly (Frankreich) sind bereits seit 11 Wochen im Streik zur Arbeit einer 15-20 prozentigen Lohnherabsetzung. Die Unternehmer suchen Streikbrecher in Belgien und wahrscheinlich werden ihre Agenten auch nach Deutschland kommen.

Zum Kohlenarbeiter-Streik in Beunshybanen wird aus New York gemeldet: Mehrere Blätter bringen jetzt eingehende Berichte, nach denen besonders die Darstellungen der „Times“ über die Zusammenstöße mit dem Militär, Verhandlungen und Verhandlungen der Nicht-Gewerkschaftler stark übertrieben waren. Eine Anzahl der leitenden, nicht unter dem Einfluß der Gewerkschaften stehenden Blätter fordern jetzt letztere auf, Frieden mit den Ausländern zu schließen, da die Unmöglichkeit, die Gruben durch Streikbrecher und ohne Mitwirkung der „Union“ in Betrieb zu halten, nachgewiesen sei, die Gesamtbevölkerung aber nicht länger unter dem Streik zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer leiden dürfe. Auch die große Workingpress fordert die Beilegung des Ausstandes durch ein Schiedsgericht.

Das 50jährige Jubiläum einer Arbeiter-Organisation.
Der Internationale Typographenbund von Amerika feiert noch in diesem Monat das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens. Ueber die Geschichte dieses Verbandes bringt der „Amerikanische Föderationist“ einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen: Schon in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts erwachte in der amerikanischen Arbeiterschaft der Geist der Solidarität, aber alle Versuche, Organisationen zu schaffen, mißlangen zunächst; so z. B. die der Schneider, Steinarbeiter, Zimmerleute, Hafenarbeiter usw. Charakteristisch für die Arbeiter sei die bei diesen weit ausgeübte Meißelkunst gewesen. Diese habe viel dazu beigetragen, den innerhalb der Berufsgruppen auftauchenden Ideen eine weite Verbreitung zu verschaffen. Schon vor der Gründung des Bundes habe bei den Buchdruckern eine Art Freimaurerei bestanden. Alles das habe die Organisationsbildung wesentlich erleichtert. Später bestanden in vielen Städten des Westens und des Ostens Lokalvereine, deren ungeschriebener Ehrenkodex genau so streng innegehalten wurde wie das peinlichste Vereinsstatut.

Die erste Anregung zur Bildung eines centralistischen Verbandes ging von New York, Boston und Philadelphia aus. Diese Lokalvereine schickten im Jahre 1850 Circulars an die Schwestervereine und luden diese ein zu einer Nationalkonvention (Kongress) der Buchdrucker. Diese kam am 2. Dezember 1850 in New York zu Stande; auf derselben waren die 5 Staaten New York, New Jersey, Pennsylvania, Maryland und Kentucky mit 18 Delegierten vertreten. Der zweite Kongress, der erst am 12. September 1851 in Baltimore zu Stande kam, war von 28 Delegierten besetzt. Hier wurde die Gründung perfekt, die Statuten unterzeichnet. Am 3. Mai 1852 endlich wurde in Cincinnati der dritte Kongress abgehalten; auf ihm waren 17 Vereine vertreten, 14 davon traten zu dem neuen Verband über.

Der Verband umfaßt gegenwärtig auch die deutsch-amerikanischen

Sektionen in der Zahl von 25, sowie die Photographen 28, Schriftgießer 6, ferner die Stereotypenre, Expedienten usw., insgesamt über 600 lokale Gruppen mit einer Mitgliederzahl von nahezu 40 000. Der diesjährige Kongress wird in Cincinnati abgehalten, dem Orte, wo vor 50 Jahren die Gründung zu Stande kam.

Schriften-Eingang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 45. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Rifolans Venou. Von Franz Wehring. — Die Konzentration des Kapitals in Belgien. Von H. v. d. Voest. — François Vidal. Ein französischer Sozialist des Jahres 1848. Von Paul Louis. (Schluß). — Kerze und Krankenpfleger. Von Dr. med. Georg Wagner. — Heuiletton: Briefe von Karl Marx an Dr. L. Engelmann. (Fortsetzung).

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisklasse der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 6889 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben die Nr. 17 des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf des Parteivorstandes. — Aufruf der Vertrauensperson. — Die Frauenbewegung in Italien. Von Dr. Robert Reichel. — Die Lage der Arbeiterinnen in der Maschinenindustrie. Von K. Kaitz. — Die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeiterinnen. Von Martha Liep. (Schluß). — Aus der Bewegung. Das Besammlungsrecht in Bayern. — Heuiletton: Arbeiterkammer. Gedicht von Carl Mühlberg. — Neue Sklaven. Gedicht von Alfred Weisner. — Notizen: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Abrechnung der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Kreuzband 55 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die Nr. 17 seines 19. Jahrganges erschienen lassen. In der Beilage enthält die Nummer einen Nachruf für den verstorbenen Genossen Manfred Wittich aus der Feder seines persönlichen Freundes G. Wurm. Dem Artikel ist ein Porträt Wittichs beigegeben. Des weiteren enthält die Beilage einen Artikel über Nikolaus Venou zu dessen am 13. August stattfindenden hundertjährigen Geburtstag. Auch dieser Aufsatz ist mit einem Porträt Venous ausgestattet. Aus dem Inhalt der Nummer heben wir sodann die beiden farbigen Bilder „Schlachtfelder Vosa“ und „Aus Redenburg“, sowie das Bild „Der Kampf gegen die Polen“ und die Illustration „Der heilige Rutilius“ hervor. Der textliche Teil der Nummer bringt noch die Gedichte „Zur Arbeit“ von Clara Müller, „Junfer-Glegie“, „Immer jenseitlich“, „Der Gel in der Obenbau“ und außer einer Anzahl kleinerer Erzählungen noch das Heuiletton „Zur heiligen Wahlreform“. Der Preis der 10 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Das soeben erschienene 8. Heft der Annalen des Deutschen Reiches für Gefehung, Verwaltung und Volkswirtschaft (München, J. Schönerhans Verlag (Arthur Seitz)) enthält: Ueberblick der Steuerreform in Elsaß-Lothringen. Von Ulrich Kron, Straßburg. — Zur Würdigung der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Terminhandels. Von Dr. G. Bernert, Berlin. — Das Verhältnis zwischen Luxemburg und dem Deutschen Reich hinsichtlich des Branntweinverzehrs. Von Dr. G. Schmauer, München.

Die Arbeiterversorgung. Organ des Centralverbandes von Orts-Krankenkassen in Deutschland. Herausgegeben von Dr. jur. F. Honigmann. Generalregister zum 13. bis 18. Jahrgang. 1896 bis 1901. Gamswald-Berlin. A. Trotschel, 6 M. Geb. 8 M.

Socialisme de Gouvernement et Socialisme Revolutionnaire. (Gouvernementales und revolutionäres Socialisme.) Par Charles Rappaport. Avec une Préface d'Edouard Vaillant. Paris 1902. Rue Rodier. (Bibliothèque du Parti Ouvrier Français) Preis 0,50 Fr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 13. August.
Neues Opern-Theater (Krohn).
Die Geisha oder: Eine japanische Liebesgeschichte. Anf. 7 1/2 Uhr.
Im Wiederpielhaus: Offenbach's „Cecilia, Pampol und Perinette.“ — Die Savoyarden. — Frischen und Wesschen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Weber. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Dame Kobold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Mit-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wochen. Die Brautlotterie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. (Morwitz-Oper.) Traviata (Die Dame mit den Kamellen). Anfang 8 Uhr.
Neues. Lebige Leute. Anfang 8 Uhr.
Carl Weis. Gefallene Mädchen. Hierauf: Die. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Specialitäten-Vorstellung. Anf. 7 1/2 Uhr.
Secession. Silberheide Glitterwachen. Anfang 8 Uhr.
Wolgogend Bunte Theater. (Ueberdrett.) Anfang 8 Uhr.
Apollo. Vysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.
Jubiläumstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater am 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 195.
Das berühmteste Wachsfiguren-Kabinet der Welt.
Beachtenswertes Neuheit:
Lebende Bilder,
ausgeführt v. einem Ensemble junger, schöner Damen.

Passage-Theater.
Alice Markert.
Darstellerin kom. Volkstypen.
Willy Prager z. 3. Male prolong.
Kinematograph: Krönungsbilder.
16 erstkl. Nummern.

Passage-Panoptikum.
Die wahrsagende
Wunderspinne.
Arab. Fakiera, Marionetten-Theater.

Metropol-Theater

Morwitz-Oper. Anfang 8 Uhr.
Vorletztes Gastspiel
Franceschina Provost. Traviata.
(Die Dame mit den Kamellen).
Donnerst.: Die verkaufte Braut.
Freitag: Abschiedsvorstellung
Franc. Provost. Der Barbier von Sevilla.
Sonntag: Letztes Opernvorst.

Apollo-Theater

und Konzert-Garten.
Um 8 Uhr: Die grossartigen
Specialitäten.
Um 9 Uhr:
Lysistrata
Kasseneröffnung 7 Uhr.

Fröbels

Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Heute: Gr. Elite-Tag.
Kommen! Sehen! Hören! Staunen!
Freitag leichtes Auftreten
Carl Braun.
Dazu die einzig bestehenden
12 Kunststerne!
Um 8 Uhr: Das große Volkstheater
Unser Goldjunge.
Im Prachtstuck: Gr. Ball.
Anfang 5 Uhr — Entree 30 Pf.
Freitag: Abschieds-Besuch für Carl Braun. Auftreten des Direktors
Wih. Fröbel.

Max Kliems

Sommer-Theater.
Hassenheide 13-15.
Artistischer Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u.
Specialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats!
Wechselndes Programm!
Donnerstag: Elite-Tag.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M.,
ab 6 Uhr abends 50 Pf., Kinder
unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Gefallene Mädchen.
Berliner Sittenbild in 4 Akten v. Schiller.
Hierauf: „Sie“, Komödie in 1 Akt
von Schiller-Berallini.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Freitag: Das Schloss am Meer.
Im Garten: Kinderfreudenfest.
Neue Specialitäten. 5 Uhr.

Prater-Theater

Kassanien-Allee 7-9.
Täglich:
Johanniszauber.
Operetten-Vorleser in 4 Bildern von
B. Gerike. Musik von Schmidt.
Hedwig Döring, Kollum-Soubrette. —
Eugen Milano, Tanzkomiker.
Gitarre Loyal. — Leodisks Kakadus,
komische Medianten. — The Elrados.
Mdm. Georgette, Feuer u. Flammentanz.
— Lebende Photographien.
(Reue Serie.) — Konzert. Anfang
4 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter
Platz 50 Pf. Kalbo.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

W. Noacks Theater.

Braunhauserstr. 14.
Täglich Vorstellung.
Das tanzende Berlin.
Posse mit Gesang und Tanz
von Leopold Eja.
Nur keine Männer!
Burleske mit Gesang von Gerike.
Im Saal: Tanzkränzchen.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a,
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei un-
günstiger Witterung im Saal:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Konzert.
Sonntag, Montag und
Donnerstag nach der
Vorier: Tanzkränzchen.
Tanz frei!
Anfang Sonntag 5 Uhr, Entree 30 Pf.,
ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags
6 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Schweizer Garten

Am Königsthor 42029*
Am Friedrichshain
Täglich:
Theater- und Specialitäten-
Vorstellung.
Täglich bis 7 Uhr: Froler Damentanz.
Jeden Abend 10 Uhr:
Die Ballettschule.
Große Gesangsposse mit Tanz v. Kuno.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Was sagen Sie nun?
Berlin wie's baut u. tracht
ist der größte Schläger ge-
worden!
Außerdem das große
Sensations-Programm.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Kaffeebrüche. — Ball.
Ab 10: Der phänomenale Ver-
wandlungsminister Carl Braun
führt 36 Personen dar.

Wintergarten.

Wieder-Eröffnung:
Sonabend, 16. Aug. 1902.
Maud Griselda, Hunde-Dressure.
Les Silvas, Portugiesische Leiter-
Equilibristen.
Jose de Witt, Amerikanische
Sängerin und Geigerin.
Die Vicentinas, Rollschuhläufer.
Rofix, athletische Produktionen.
Karl Meister, Tenorist vom k. k.
priv. Carl-Theater in Wien.
Helene Gerard, Hohe Schule vor
dem Dogart.
Sari Fedak, Sängerin vom Ungar.
Theater in Budapest.
Die Kollino-Truppe. Span. Akrobat.
Claudine Polaire, Pariser
Sängerin.
W. C. Fields, komischer Jongleur.
Clo de Hérose, Tänzerin
von der grossen Oper in Paris
u. G. in der Tanzscone „Das ver-
schleierte Bild.“
„Biograph.“
Der Vorverkauf findet
täglich an der Kasse des Winter-
gartens in der Zeit von 9 Uhr
vorm. bis 6 Uhr nachm. statt.

Sommertheater

Marienbad
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Heute Mittwoch:
2. Großes Ernte-Dankfest
nach ländlicher Art und Sitte.
Kinderbelastigungen
mit Preisverteilung.
I. Preis: 1 Lebende Gans.
Entree 10 Pf. Kinder erhalten
dafür Mütze oder Schärpe gratis.
Tanzkränzchen frei.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Donnerstag, den 14. August 1902, abends 6 1/2 Uhr, im großen Saal des
Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
Oeffentl. Versammlung
der Töpfer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung: 1. „Wann treibt der Arbeiter Streikbruch?“ 2. Diskussion.
Der Einberufer: Albert Reumann.

Achtung! Socialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr,
in den Johannisäulen, Johannisstraße Nr. 20,
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorsitzenden, des Kassierers und der Revisoren.
2. Bericht der Vertrauensleute, Lokal-, Presch- und Agitations-
kommissionen. 3. „Wie gestalten wir in Zukunft die Agitation im
fünften Kreise?“ 4. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.
245/12

Elektronmonteur!

Mittwoch, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Mümann,
Brunnenstr. 188:
Grosse öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Verlauf des Streiks bei der Firma Hardegen & Comp.
Referent Kollege Holz. 2. Diskussion.
Um vollständiges Erscheinen ersucht
Der Einberufer.
58/9

Achtung! Moabit. Achtung!

Am Mittwoch, den 13. August cr., abends 8 1/2 Uhr,
in Ahrends Brauerei, Thurmstr. 25/26:
Volks-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abg. H. Peus
über: „Zweck und Nutzen der Konsumvereine für
die arbeitende Bevölkerung.“ 2. Diskussion.
126/9 Der Einberufer: Wilhelm Lamm.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(Eing. Dist. Nr. 2, Hamburg.) Derliche Verwaltung Berlin.
Freitag, 15. August, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15, Saal 8:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1902. 2. Verschiedene Kassenange-
legenheiten.
Der Vorstand. J. H. Schröder, Kassierstr. 82.
259/12

Frauen-Vortrag.

morgen Donnerstag, Andreadstr. 26. über: Frauenleiden.
Freitag, den 15., Kommandantenstr. 20.
abends 8 1/2 Uhr: Männer-Vortrag über: Männerleiden.
Referent: Naturheil. Grundmann. 48126
Naturheilverein Reform. Kurantstr. Köpenickerstr. 72.

Lese- u. Diskutierklub „Süd-Ost“

Donnerstag, den 14. August cr., abends 8 1/2 Uhr:
Vortrag des Genossen Raeder.
Um rege Beteiligung (auch Gäste) ersucht
Der Vorstand.

Neue Welt. Arnold Scholz.

Mittwoch, den 13. August 1902: 42280*
Grosses Ernte-Fest
Gratverlosung:
Hauptgewinn für Knaben: Eine silberne Herrenuhr. Hauptgewinn
für Mädchen: Eine goldene Damenuhr. — Specialitäten-
Vorstellung. Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung
5 Uhr. Entree 15 Pf. Kaffeebrüche. 3 Bogenbahn. Aufst. Musik-
bahn. — Morgen: Elite-Tag. Montags-Festverkauf.
Montag, den 25. August: Benefiz-Hoffmann.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags
8 Uhr, Sonntags 7 Uhr
Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.
Anabel, Pietro,
Gritton, Gray, Siebel,
Stane, Wähme, Wät-
mann, Wähme, etc.

KYMEX
WANZENVERTILGUNG
a Flasche M. 0,75, 1,50, 2,00.
General-Depot für ganz Deutschland:
Robert Paul & Opitz,
Berlin S. 53. 48190*

Brillen
und
Pincenez
fachgemäß
angepasst u. vorzögl. sitzend, findet
man in jeder Ausführung in dem
Institut für Präzisions-Optik von
Ernst Riek, Inh. C. Büttendorf,
BERLIN N., Weinbergsweg 15b,
zweites Geschäft v. Rosenth. Thor.
Reise-u. Theatergläser v. 4,50 an.

Merkur: Specialglas, gross, mit
Claserra, Compass, Kreuz und
o. Blomew, u. vertriebt, 12 M.
Alle Wanzen
Herben sofort nebst Brut durch meinen
Wanzenod. in Pf. 0,50, 1 M. —
Schwaben, Kästen, Franzosen etc.
werden durch mein Pulver vollständig
vernichtet. Schfl. 0,30, 0,60, 1 M.
Zahlreiche Anerkennungen. (47868)
1000 Mark Belohnung
zohle ich denjenigen, der mir einen
Richterfolg nachweist. Nur wenn ich
bei Hugo Barth, Droguerie, Brunnen-
strasse 18, Gde. Petrarckenstrasse.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Hermann Wilscher
am 10. d. M. nach langer Krankheit gestorben ist.
Seine Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 13. Aug., nachmitt. 4 Uhr, vom Trauerhaus Streiferg. 11 aus nach dem Elisabeth-Kirchhof, Preussenallee. Keine Beteiligung erwartet.
119/1. Die Erbinverwaltung.

Verband der im Vergoldergewerbe besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zentrale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 11. August, verstarb nach langem Leiden unser Verbandkollege, der Verhölter
Karl Struss
im Alter von 36 Jahren.
Seine Beerdigung findet Freitag, den 15. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt, und erwartet eine zahlreiche Beteiligung.
Der Vorstand. (226/7)

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Schriftfeger
Paul Neumann
am 13. d. Mts., früh 5 Uhr, nach langem Leiden im 37. Lebensjahr sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Freitag, den 15. d. Mts., 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Rixdorf, Hermannstr. 190, aus statt.
130/9

Zentralverband der Töpfer.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 10. d. Mts., verstarb unser Mitglied
Karl Lange
im fleißigsten Lebensjahr.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. d. Mts., von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes in der Friedenwalderstraße aus statt.
196/13. Der Vorstand.

Für die erwiesene Teilnahme am Begräbnis meiner lieben Gattin, unfrei Lechter und Schwester
Hedwig Gädicke
geb. Gomath
sagen wir allen Freunden und Bekannten unsern besten Dank.
Die Hinterbliebenen.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Spezialarzt für 31/9*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Arbeiter, Handwerker,
welche Cigaretten-Geschäfte errichten wollen, oder wer Inhaber eines Cigaretten-Geschäftes ist, kauft Cigaretten am besten und billigsten direkt von den Fabriken durch Vermittelung des Vertreters für süddeutsche Cigaretten.
S. Rund,
Raxlinstraße 23 II.
Telephon Amt VII 1924.
Von der Reife jurist. (32/15)
Dr. med. Gustav Hirschfeld
SO., Skallitzerstr. 54c.
En gros
Rohtabak (4312)*
Berlin NO.,
Max Otto, Neue Königstr. 6.

3. Ziehung 2. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 12. August 1902, vormittags.
Für die Gewinne über 116 RM und den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Obere Gewinne.)

225 89 306 504 752 817	1014 50 237 78 303 474 (300)
514 17 731 2017 25 245 462 66 90 538 528 927 55 34102	32 247 313 16 506 44 (200) 605 10 26 56 934 5192 326
63 454 74 506 27 45 678 80 10 5094 452 80 331 96 823	957 68 6356 648 821 72 7094 60 115 305 328 58 242
45 (200) 727 32 8141 47 332 71 401 31 43 56 542 605	12001 752 90 381 65 938 9096 314 15 70 485 (200) 514
15 615 37 42 771 811 95	10030 101 84 269 18 303 6 421 22 87 638 (300) 711
687 988 11625 235 312 429 32 633 97 870 936 77 12289	308 97 407 50 78 96 606 90 836 70 13038 (300) 339 90
95 629 654 785 938 14042 181 95 289 590 79 92 602 779	92 99 15429 77 89 114 305 656 786 831 40 824 82
1628 321 44 480 705 816 71 916 17041 310 420 689	731 879 18082 288 434 39 04 613 63 944 50 19273 357
449 528 021 746 022	20155 67 216 300 505 21022 33 178 385 97 474 666
863 96 85 960 31 22257 60 333 482 703 851 915 24	22307 12 234 65 312 48 421 512 610 749 596 24034 160
85 310 483 614 960 25144 228 57 60 513 61 536 94 975	20144 54 407 542 86 094 871 27005 166 203 4 9 48 58
465 919 28130 61 290 315 34 507 69 940 94 29171 508	24 677 92
30222 64 537 537 96 611 7 22 55 779 880 942 31122	31 343 419 51 430 72 649 785 827 911 45 32069 332 407
32 021 45 89 787 834 33419 501 696 785 827 56 76	78 896 34609 312 396 83 491 599 727 881 913 48 73
35096 109 17 472 628 717 920 36070 72 239 75 339 425	570 883 942 37405 188 290 305 61 333 54 (200) 825
921 48 38112 222 (5000) 82 406 527 631 785 825	39392 40 630 72 706 70 889 930 89
40980 102 362 449 58 976 41052 64 117 422 548	688 837 42209 88 345 470 526 74 82 613 40 843 905
43089 268 327 607 830 44296 344 510 65 699 45126	279 309 542 90 855 858 970 46047 544 654 47026 42
43 228 327 412 501 8 90 740 48912 88 90 131 474 589	776 897 49244 346 414 598 608 716 843 987
50179 221 89 357 511 49 837 54 60 69 51013 183	572 18 839 916 52001 78 239 80 80 375 401 607 772 800
69 941 53032 136 (45000) 83 255 475 569 632 747	829 54078 108 212 48 320 460 822 826 55383 402
600 96 710 16 26 289 56081 137 524 873 637 57088 87	103 261 429 506 690 934 74 58105 225 83 330 401 27 64
85 884 823 88 900 33 59202 54 516 68 77 79 765 89	805 915
60005 61 213 347 81 421 721 852 919 27 87 61275	218 782 834 62182 227 59 315 431 62 67 650 726 905
55 89 77 63030 42 47 204 (300) 32 42 470 632 988	64060 188 225 460 40 567 719 44 861 911 63 63308 692
732 90 338 60596 166 91 561 221 43 433 565 744 953	47072 232 470 80 617 23 879 929 685 906 91 255 304 403
627 81 459 279 384 91 430 512 25 33 987	70012 17 286 482 667 738 962 81
71003 186 289	233 72 583 611 723 821 73 991 72099 776 95 819 921
34 73117 76 232 347 85 546 946 74068 79 296 432 732	857 75088 292 305 417 575 612 76180 81 269 410 42
49 53 543 645 895 37 983 77006 106 80 230 503 34 79	9 889 985 78079 203 497 546 605 14 888 949 79006
6 190 290 333 229	80019 78 134 303 66 538 678 712 822 511 558 216 76
314 42 457 513 685 886 82006 15 110 11 1158 636 781	99 80 96 824 965 83008 175 305 90 527 54 97 84256
400 736 926 85323 700 939 86001 74 182 232 734 (300)	804 943 87123 50 79 505 49 745 890 988 88945 228
29 417 895 834 89005 216 57 64 782 922 30	90016 124 375 79 503 9 64 74 733 83 99 800 41 55
91098 84 169 325 463 98 565 95 763 811 92117 84 200	99 307 98 463 506 935 91 93516 27 87 94156 85 645
271 83 879 947 95120 27 221 (200) 572 604 85 726 941	92 96008 131 233 371 85 509 51 56 65 99 670 71 748 984
97179 307 23 88 616 18 726 97 908 70 98130 34 93 213	400 30 695 696 814 903 99054 80 132 217 500 85 608
700 65 903 66	100306 19 68 419 525 41 671 780 831 921 101040
119 469 534 994 102056 395 437 522 605 32 94 819	103008 150 273 517 26 36 41 94 964 104109 34 315
419 92 585 689 746 929 105074 97 276 306 40 51	543 619 21 26 875 945 (500) 106114 311 88 572 640
68 789 880 (200) 107018 26 692 730 884 108004	428 42 532 637 910 16 109007 31 73 126 61 221 78
80 436 51 95 592 (200) 671 760 893 69	110241 318 94 440 70 571 608 111177 98 227 91
342 844 74 112033 64 233 626 56 718 47 819 941 74	113130 96 272 384 657 961 114714 482 563 81 642 801
87 115091 108 340 73 494 533 639 77 709 882 116013	224 80 310 499 90 719 117145 95 269 84 413 82 536

3. Ziehung 2. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 12. August 1902, nachmittags.
Für die Gewinne über 116 RM und den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Obere Gewinne.)

12900 128 201 14 396 403 11 800 939 11074 356 453	845 00 12127 33 207 44 404 648 754 61 13027 282
90 379 14204 325 887 908 15006 121 69 350 882	90 992 16030 124 42 88 335 447 58 581 619 17128
282 561 18090 81 137 44 299 302 31 33 82 449 507 28	621 807 73 19304 546 783 546 954 83
20150 55 325 62 410 78 518 683 61 718 21413 25	50 587 729 949 96 73 22101 224 631 716 51 92 994
23193 539 78 908 715 967 24033 99 133 622 59 813	963 26012 154 226 225 601 754 896 53 80 26040 217
93 494 543 699 27126 67 211 308 91 413 687 836 86	28211 820 73 441 659 729 884 98 29024 131 97 395 449
89 545 753	30001 29 313 436 704 926 32128 98 445 502 681
034 32056 236 314 892 34 46 70 947 32099 97 417 20	58 718 997 34181 208 585 789 863 942 35192 412
45 750 885 68 36193 227 334 459 700 37039 48 92 271	435 72 15 (300) 774 811 938 38066 114 65 330 400 33
729 39007 73 417 323 616 893 97 960	40142 33 459 627 944 41043 336 561 627 936 58
42012 161 85 483 525 769 819 85 (300) 43019 14 898	610 35 721 89 933 85 44292 32 499 540 099 808 27 95
45196 211 55 92 856 46008 245 533 638 71 727 56 79	822 47106 813 48201 406 64 49104 77 84 342 401
25 27 550 77 773	50151 265 340 504 614 724 827 51078 687 98
705 13001 75 52011 200 394 495 517 940 53177 205	710 499 591 642 733 903 54121 298 414 506 611
797 55111 387 430 79 872 784 58965 252 321 53 424	901 679 936 92 67133 214 61 345 585 649 (300) 798
989 58013 172 307 75 690 730 813 31 69010 333	753 81
60325 483 757 61314 32 (500) 48 82 529 656	778 989 91 62013 379 439 659 737 39 975 63013
142 273 431 595 742 971 64076 333 400 32 (200) 95	560 95 65022 662 721 978 66074 138 224 354 438 515
91 900 728 96 817 67013 194 280 479 335 727 814 41	95 931 68238 31 50 531 47 672 806 930 40 69322 97
492 389 738 74 837 939	70924 97 155 620 71090 58 94 123 260 358 450
85 599 620 832 62 983 72500 73011 11 128 343 437	74534 69 716 81 75043 95 104 504 519 966 76106 332
99 378 851 967 77070 476 (300) 337 725 49 297	78912 40 73 463 602 26 60 66 730 79307 44 870
80199 414 22 42 63 676 926 78 83103 310 249 702	820 96 347 97 (3000) 82300 698 12 83104 310 818
94105 347 603 (500) 82300 698 12 83104 310 818	746 827 86021 120 80 335 84 418 97 697 749 905 39
87259 534 40 664 733 62 88185 262 324 68 420 518	974 85 986 89317 95 541 610 712 883
182 96 260 670 725 551 75 819 615 49 93060 234 640	94096 211 499 60 226 60 650 51 60 97265 445 697
838 85 968 63 95049 357 87 495 544 617 745 800	99161 278 631 691
100112 563 96 838 101163 208 64 311 483 715	102412 511 792 676 87 103185 328 430 760 65 968
104052 191 242 534 687 700 898 105157 557 667	80 107306 56 668 746 950 108385 96 568 1091949
336 95 462 695 824 996	110184 315 422 654 755 111301 20 522 883 99
112091 91 396 434 560 623 42 705 968 79 113134	64 248 64 325 47 93 913 114001 108 73 496 (500) 671

3. Ziehung 2. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 12. August 1902, nachmittags.
Für die Gewinne über 116 RM und den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Obere Gewinne.)

87 888 936 61 115148 637 50 719 116188 675 541	745 877 117104 319 442 742 81 912 118283 393 771
857 119028 45 187 433 90 508 614 20 781 832	120088 194 272 495 809 947 77 121072 99 261
418 580 609 704 823 122421 211 351 907 19 123979	124021 132 235 94 300 30 125093 80 197 259 329
80 735 48 801 126049 102 256 86 362 671 714 945	127141 88 225 29 563 89 817 925 29 38 128334 619
36 712 46 876 984 129165 251 323 649 98 74	130103 209 348 456 90 544 613 784 (200) 92 98
131235 49 427 539 93 622 132091 174 237 73 361	405 772 816 (200) 133098 454 817 134096 114 694
752 858 138225 478 323 67 737 888 927 (200) 136083	(2000) 127 257 424 72 78 591 813 917 (200) 137236
545 632 700 870 969 67 138026 77 212 437 65 733 90	820 64 139349 732 47 848
140138 622 29 698 93 141185 412 632 999	142063 81 448 807 8 42 979 99 143183 271 619 956
63 144046 54 128 57 74 94 434 568 (2000) 823 68	145257 306 146173 241 147090 175 92 392 744
62 942 148041 213 305 87 (200) 449 904 627 37 804	96 149117 530 801
150973 107 22 585 668 703 897 151067 168 515	688 940 152125 82 230 63 65 415 (200) 714 98
153019 38 225 34 323 67 733 932 154411 636 692	155038 88 177 354 455 677 780 156016 54 415 819
32 72 83 157116 355 45 400 584 922 158119 76	273 948 76 159998
160074 223 59 561 607 161048 595 162184	355 616 69 739 841 163078 214 28 91 320 444 710
881 164683 131 70 76 325 73 559 887 854 165324	67 90 335 492 740 861 74 948 166037 308 919
167068 (200) 95 100 78 702 87 168083 142 300	93 720 50 169259 979
170125 390 433 47 972 171080 182 267 397 435	690 839 968 172283 24 60 99 453 71 173071 309
759 89 897 174099 236 563 60 (500) 756 946 175038	111 434 717 69 (500) 690 7 176135 256 65 401 58 99
543 99 809 177147 391 405 178022 53 167 232 334	618 179203 471 574 685 879
180010 42 104 18 35 211 332 557 602 181222	320 545 648 738 638 (3000) 182156 77 283 335 565 694
738 890 946 183064 102 385 502 6 18 36 (200) 700 818	993 184203 188 300 449 55 61 558 944 79 185129
244 49 381 441 540 673 805 186090 338 460 89 533 49	77 634 843 187117 64 485 95 835 188347 440 569
73 967 82 189004 38 244 546 616 56 785 93 830 52	738 957 82 189004 38 244 546 616 56 785 93 830 52
190176 290 489 589 629 817 972 191118 23	83 289 532 479 719 192167 27 215 690 89 733 193204
621 80 81 786 912 194009 14 40 248 333 526 32	756 832 195173 247 352 415 19 23 28 908 972 98
196008 113 47 323 482 730 60 197017 37 44 48 153	326 62 677 85 700 83 912 67 198081 112 320 404 22
565 749 96 199104 246 316 944 753	90 200179 306 456 939 50 201957 99 294 838 767
200107 71 556 (300) 92 704 203023 30 (200) 123	(300) 374 404 22 524 63 712 989 20451 676 935
205053 263 370 400 36 61 629 783 994 206194 525	798 981 943 207202 414 63 583 87 612 765 828 42
990 20811 72 231 24 384 794 936 209199 19 87	370 4

Au die Krankenkassen-Mitglieder Berlins und der Vororte.

Wir machen hierdurch bekannt, daß der Apotheker Brandes, N. Rügnerstr. 21 (Luise-Apothek), wiederum mit uns einen Vertrag geschlossen hat, auf Grund dessen er den Krankenkassen 20 Proz. Rezepturrotabatt und andre Vergünstigungen gewährt. Herr Brandes hat uns außerdem Sicherheit dafür geleistet, daß er nicht wieder einseitig von dem Vertrage zurücktritt. Es stehen daher nunmehr wiederum zwei Apotheken.

Die Prinzen-Apothek, N., Prinzen-Allee 69 (Voesehagen) und **die Luise-Apothek, N., Rügnerstr. 21 (Brandes)**, zur Verfügung, deren Bevorzugung beim Arzneibezuge den Krankenkassen-Mitgliedern im Interesse der Kassen, und in ihrem eignen Interesse nur dringend empfohlen werden kann. Kassenrezepte werden in diesen beiden Apotheken ohne vorherige Barzahlung auf Kredit angefertigt.

Wir empfehlen weiter die rege Benutzung der von uns zunächst in Berlin N und Panlow eingerichteten Rezept-Sammelstellen.

1. Fischer, Lotzringstr. 26.
2. Kapell, Brunnenstr. 118.
3. Richter, Reinickendorferstr. 61.
4. Schulz, Müllerstr. 108a.
5. Bent, Chausseestr. 7.
6. Wohlgemuth, Ackerstr. 69.
7. Buchmann, Röhlenstr. 17 in Panlow.
8. Hofmann, Drehmstr. 65 in Panlow.

Alle nicht eiligen Rezepte — auch solche für den Familienbedarf! — sollten thunlichst diesen Sammelstellen überwiesen werden; die betr. Arznei wird dann binnen kürzester Zeit den Kranken ins Haus geliefert, und zwar Kassenmitgliedern ohne Vorauszahlung des Betrages. Wir weisen dabei noch auf folgendes hin: es ist uns bekannt geworden, daß neuerdings einige Apotheker, insbesondere in Berlin N, hinter dem Rücken ihrer Kollegen doch Kassenrezepte auf Kredit anfertigen und den dafür fälligen Betrag dann ihrerseits bei benachbarten Droguisten entnehmen. Soweit dabei nur eilige Verordnungen in Frage kommen, kann uns dies gleichgültig sein, nicht eilige Rezepte aber sollten auch diesen Apotheken nicht übergeben werden, sondern bei Voesehagen oder Brandes oder in einer der Rezept-Sammelstellen abgegeben werden. Nur dann nämlich kommt für diese Rezepte die uns von Voesehagen und Brandes zugestandene 20 Proz. Preisermäßigung in Anwendung.

Die Verhandlungen über die Errichtung von Rezept-Sammelstellen in Berlin NO., in W. und SW. sowie in Schöneberg und Charlottenburg gelangen voraussichtlich binnen 8 Tagen zum Abschluß, und werden wir dann weiteres bekannt machen.

Centralkommission der Krankenkassen Berlin und der Vororte.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Die Parteigenossen werden ersucht, folgendes zu beachten: **Berlin SO:** A. Hoffmanns Festsäle, Jungfernst. 8, sind für Versammlungen usw. frei. — **Schöneberg:** Das Lokal „Wilhelmshof“, Ebersstr. 80, ist von der Liste zu streichen, da der jetzige Inhaber sich weigert, seine Räume zu Versammlungen herzugeben. — **Buch (Bezirk Weichensee):** Die Lokale von Weiger und Albrecht sind als frei zu bezeichnen. — **Bezirk Gerner:** Fängelschleife: August Kowisch, Verkehrslokal. Stolpbrücke: Wilhelm Lehmann, frei. Alt-Buchhorst: Das Lokal von Haase ist für die Arbeiterschaft frei.

Die Lokal-Kommission.

Rigbors. Bei Klemke, Bergstraße 188, findet heute abend 8 1/2 Uhr, eine Versammlung des Wahlvereins statt, in welcher Genosse Dr. Borchardt über Arbeitslosen-Versicherung einen Vortrag halten wird.

Ober-Schöneweide. Heute, Mittwochabend 8 Uhr, findet bei Knauth eine Versammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen Niehle: „Welchen Standpunkt muß der moderne Arbeiter zur Alkoholfrage einnehmen?“ Ausgabe der Wilsens zum Vereinsberichten am 6. September. Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen mit Frauen wird erwartet.

Lokales.

Laubenleben.

Nichts ist thörichter als das dumme Gerede, daß dem Berliner, dem Weltstädter, der Sinn für die Natur fehle. Gewiß mag es richtig sein, daß das Großstadtleben manchmal nicht zu unterscheiden weiß zwischen Weizen und Roggen, und daß es, in einen Wald geführt, weder Buche noch Ahorn kennt. Aber dieser Mangel liegt an Fehlern und Schwierigkeiten, an denen das Kind keine Schuld trägt. Wer das Leben und Treiben in dem Kranz der Laubstädte betrachtet, die rings um Berlin gelagert sind, der wird bald eine geradezu rührende Anhänglichkeit an das bühnen Grund und Boden wahrnehmen, das der Berliner Arbeiter mit Sorgfalt bepflanzt und pflegt, der wird finden, daß je schwerer dem Proletarier sein Stück Kolonisationsarbeit gemacht wird, um so inniger der Kultus ist, den er hier der Mutter Natur weihet.

Es ist gar nicht so einfach und wohlfeil, Inhaber eines Stückes Laubland zu sein. Das bühnen Pacht für die 2—300 Quadratmeter, die dazu gehören, ist noch das wenigste im Etat. Zu den zehn Mark, die dafür benötigt werden, kommt eine fast ebenso hohe Summe für Saat, Pflanzen und Dünger. Auch der Baum, aus Holz oder Stachelndraht hergestellt, kostet 10—15 M., dergleichen sind Schippe, Garke und Gade anzuschaffen. Das schwierigste und lohnspieligste ist aber die Laube. Wer am Bau arbeitet oder gar Zimmermann ist, der kann lachen. Ihm kommt das Holz unter glücklichen Umständen nicht allzu teuer und seine kunstgerechte Hand weiß bald einen wahren Prachtbau herzurichten. Solche Lauben haben sich vornehm ab von ihren Nachbarn. Aber es hieße die Solidarität der Laubbesitzer verkennen, sollte man annehmen, daß der Nichtschmann beim Laubebau ganz verlassen dastünde. An einer Schwierigkeit hat er allerdings sehr zu kreiben, nämlich an der Beschaffung von Holz. Nicht jeder hat so kluge Einfälle, wie ein angehender Kolonist, der sich das nötige Bauholz durch seine Wahrsagelkunst verschafft. An der Straße, wo seine Laube gelegen ist, fahren viele Arbeitswagen mit Baugeräten zc. vorbei. Unser Freund setzte sich an den Weg, steckte eine feierliche Prophetenmiene auf und hub an, dem ersten des Weges kommenden Fußmann zu wahrzagen: Dir wird ein Unglück widerfahren, aber auch ein Glück! Du wirst von Deinem Wagen verschobene Pfähle und andre Stücke Holz verlieren, dafür aber beim Publikum um die Ecke eine große Weiche mit Strippe finden. Und richtig, so kam es. Der Ausruher hatte das Pech, daß ihm verschobene zum Laubebau sehr brauchbare Stücke Holz vom Wagen fielen, jedoch fand er dafür auch bei dem wegen seiner Weichen berühmten Publikum die willkommene Labfal. Wer sich auf minder kunstgerechtem Wege das Holz verschaffen will, muß schon an die zwanzig Mark anlegen. Dann helfen die Hochleute in der Kolonie gegen Erlegung eiliger Weichen tapfer mit bauen, und

in zwei, drei Sonntagen ist eine halbwegs kulturfähige Laube fertig. Schließlich bleibt dem Besitzer dann noch übrig, sein neues Heim bei der Baupolizei anzumelden und diese davon zu überzeugen, daß der Bau transportabel ist, das heißt nicht auf Pfählen in der Erde ruht, und daß er keine Senkgrube oder sonstige vorchristliche Aborteanlage enthält. Gelohnt wird der Bau von einer lustig flatternden Fahne. Zu arbeiten giebt es auch in den zwischen Ausfaat und Ernte liegenden Monaten immer genug. Tagtäglich fast ist das Land zu begießen, auch muß das Unkraut gejätet werden, dann ist wiederum eine Banf herzurichten und schließlich will auch die Laube einen ansprechenden grünweißen Oelfarbenanstrich haben. Dafür kann aber auch die Familienmutter mit den Kindern bei einigermaßen erträglichem Wetter den ganzen Tag im Freien zubringen, und selbst das Abendbrot wird, wenn der Vater von der Arbeit heimgekehrt ist, bei günstiger Lage der Laube oft in dieser Sommerfrische genossen. Kommt dann die Zeit der Ernte, dann ist die Freude am Ertrag nicht gering, mag auch das Quantum reifer Kartoffeln und Schoten noch so winzig ausfallen. Freilich wird die Freude dem Kolonisten oft genug gründlich verfallen durch die Tatsache, daß es mit der Kolonie für nächstes Jahr zu Ende sei, da das Land aufgeteilt und der Weinbau erschlossen werden solle. Ein Stück Laubland nach dem andern muß den Mietkassernen Platz machen und immer schwerer wird dem Berliner Arbeiter das Behagen an seiner Sommerfrische gemacht.

Im Grimmpark

Ist an der Urbanstraße der sogenannte Wangelbrunnen aufgestellt worden, der bisher am Südbende der Siegesallee gestanden hatte und dann dem Roland hat weichen müssen. Die Bewohner der dem Grimmpark benachbarten Straßen wundern sich, daß der Brunnen, mit dessen Aufstellung vor nun fünf Monaten begonnen wurde, immer noch nicht fertig ist. Bearbeitet wird schon seit langem nicht mehr daran, aber auch der Wangel, der ihn umgiebt, wird nicht beseitigt. Es heißt, daß erst noch ein Rohr gelegt werden muß, das dem Brunnen das erforderliche Wasser zuführen soll. Wann das geschehen wird, weiß niemand.

Daß die Besucher des Grimmparks auf ihren Brunnen so lange warten müssen, das wäre am Ende noch zu ertragen. Schlimmer ist, daß ihnen in demselben Augenblick, in dem mit dem Bau des Wangelbrunnens begonnen wurde, die neben dem Wangel (aber außerhalb des Wangelraumes) stehende Bedürfnisanstalt entzogen wurde. Die Anstalt steht zwar noch heute, aber sie fest vernagelt — seit 5 Monaten! Vermutlich soll sie einmal von hier beseitigt und an einer andern Stelle des Parks wieder aufgestellt werden, weil sie mit dem Brunnen schlecht harmonieren würde. Warum man da wohl die Anstalt sofort vernagelt hat! Die Besucher des Parks helfen sich seitdem in der Weise, daß sie ihre Bedürfnisanstalt neben der Anstalt verrichten. Infolgedessen hat sich hier ein Schmutzwinkel gebildet, der — buchstäblich — zum Himmel stinkt. Weder die Parkverwaltung noch die Straßenreinigungsverwaltung scheint an diesem skandalösen Zustand bisher Anstoß genommen zu haben; sonst würde man doch wohl längst eine Aenderung herbeigeführt haben. Die Straßenreinigungsverwaltung ist darüber unterrichtet; denn sie läßt die Urinpfützen regelmäßig mit Desinfektionspulver bestreuen, wodurch aber der Gestank nicht beseitigt wird.

Noch auf eine andre Beigabe des famosen Wangelbrunnens müssen wir die Aufmerksamkeit der beteiligten Verwaltungen, in diesem Fall der Park- und der Tiefbauverwaltung, hinlenken. An dem Wangel befinden sich an zwei Stellen zusammen 20 Nägel, die von innen nach außen getrieben sind und mit ihren nicht umgeschlagenen und stark verrosteten Spizen 1—2 Centimeter herausragen. Die Nägel stehen in Reihen, die von der Oberkante des Zaunes bis auf den Erdboden hinabreichen. Die unteren Nägel bilden für die zahlreichen kleinen Kinder, die im Park spielen, eine schwere Gefahr. Es ist unerhört, daß diese Nachlässigkeit dem verantwortlichen Beamten der Bauverwaltung bisher entgangen ist.

In Sachen des Kaufmanns Both, welcher durch den Krankenpfleger Krüsen in der Irrenanstalt Herzberge in einer das Leben gefährdenden Weise gemißhandelt worden sein soll, hat die Staatsanwaltschaft am königlichen Landgericht II Berlin auf die Anfrage des den beurlaubten Decemtern vertretenden Geheimrats Friedel erwidert, daß sie gegen den Wärter Krüsen wegen Vergehens gegen die §§ 228 und 226 des Strafgesetzbuches die Anklage erhoben habe. Der erstgenannte Paragraph behandelt die einfache, leichte Körperverletzung, welche das Gesetz mit Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bedroht; der § 226 St.-G.-B. dagegen umfaßt die schwersten Arten der Körperverletzung, die nämlich, durch welche der Tod des Verletzten verursacht worden ist; in diesen Fällen darf nur auf Gefängnis oder Zuchthaus und zwar von mindestens drei Jahren Dauer erkannt werden. Für die Aburteilung der leichteren Körperverletzung sind die Strafkammern bzw. Schöffengerichte zuständig, die Körperverletzungen aus § 226 gehören vor die Kompetenz der Schwurgerichte. Der Erste Staatsanwalt am Landgericht II hat denn auch seiner Mitteilung an den Magistrat hinzugefügt, daß über die Anklage gegen Krüsen das Schwurgericht am Landgericht II Urteile zu entscheiden haben. Aus der Mittheilung des § 223 des Strafgesetzbuches (leichte Körperverletzung) kann gefolgert werden, daß eine Mißhandlung des Kaufmanns Both durch Krüsen schon durch die Dokumentenführung festgestellt ist. Der Hauptzeuge, ein Wärter, welcher der Anstaltsdirektion sofort Mitteilung von der Ausschreitung des Krüsen machte, hat ausgesagt, daß Krüsen sich bei der Mißhandlung der Faust bedient habe; über den ursächlichen Zusammenhang zwischen dieser Mißhandlung und dem Tode des Both dürfte nur der obduzierende Anstaltsarzt Auskunft geben können. Der Angeklagte Krüsen, der atsbald nach der durch die Anstaltsdirektion erfolgten Strafanzeige verhaftet wurde, befindet sich nach Angabe des Ersten Staatsanwalts noch in Haft. Der Fall Krüsen dürfte bereits in der nächsten Schwurgerichtsperiode am Landgericht II zur Verhandlung kommen.

Die Hochbahn-Verwaltung hat kürzlich eine Verfügung erlassen, nach der es den Angestellten strengstens untersagt ist, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß die Frühkarten um 5 Pf. billiger sind wie die gewöhnlichen Tourenkarten. Per Instruktion sind die Damen an den Wilschhallern sogar angewiesen worden, das einmal empfangene Geld für ein Tourenbillet nicht wieder herauszugeben, wenn ein Fahrgast etwa zu spät daran gedacht hat, ausdrücklich ein Frühbillet zu fordern.

Eine derartige Verfügung ist gerade nicht geeignet, großes Vertrauen in das geschäftliche Entgegenkommen der Hochbahn-Verwaltung beim Publikum zu erwecken; hauptsächlich werden die Arbeiter davon betroffen, weil diese in erster Linie die Frühzüge nach den Arbeitsplätzen hin benutzen. Wie viele Arbeiter giebt es aber, die über die Ausgabe von Frühkarten noch gar nicht unterrichtet sind. Wenn diese auf ihre Anfrage hin von den Angestellten nicht einmal eine Auskunft erhalten sollen, so werden die meisten von ihnen ihre tägliche Fahrt um 5 Pf. teurer bezahlen müssen, als diejenigen, die bereits seit länger wissen, daß die Einrichtung der Frühkarten existiert. Es scheint, als sei der Verwaltung das bisherige Entgegenkommen den Wünschen des Publikums gegenüber lediglich aus Rücksichten auf den geheiligten Profit so rasch leid geworden.

Der Dokortitel. Mit einem gerade an dieser Stelle unvermuteten Eifer müht sich die hiesige Universität, der Titelsucht zu steuern. Bisher galt der Dokortitel immer noch als derjenige, vor dem man am meisten Respekt haben mußte, weil er im Gegensatz zu andern Präbiliten durch ein mehr oder minder großes Stück geistiger Anstrengung und nicht im wesentlichen durch Zugehörigkeit zur konservativen Partei oder durch politische Wohlverhalten usw. erworben werden muß. Nun wird der „Berl. Volksztg.“ berichtet:

Bei einer öffentlichen Doktorpromotion, die am 7. d. M. an der Berliner Universität stattfand, äußerte sich der derzeitige Dekan der juristischen Fakultät über zwei Thatsachen, die über den Kreis der zunächst Beteiligten hinaus Interesse erregen dürften. Er wies darauf hin, daß Studierende, die mit einem nicht humanistischen Reifezeugnis versehen sind, zwar zum Jurastudium zugelassen werden müßten; die Berliner juristische Fakultät sei aber übereingekommen, solche Herren zum Dokortitel nicht zuzulassen.

Wenn dieser Grundsatz an der Berliner Universität durchgeführt werden sollte, dann würde hier die Berechtigung zum Tragen des Dokortitels von dem rein äußerlichen, anerkennend der geistigen Befähigung des Bewerbers liegenden Umstand abhängig gemacht, daß der Studierende in seiner Vorkurszeit ein humanistisches Gymnasium besucht hat und nicht etwa von einem Reform-Gymnasium, einem Real-Gymnasium oder einer Ober-Realschule herkommt. Scheidet man bei der Erteilung des Dokortitels die geistige Qualifikation im gewissen Grade aus, so muß die Achtung vor diesem Titel besonders in jenen weiten Volksschichten herabgemindert werden, wo man mit Recht für den Stolz auf alle andern Titulaturen nur ein mitleidiges oder spöttisches Lächeln übrig hat, den Dokortitel aber seines besonderen Ursprungs wegen im vollen Maße gelten läßt.

Ein Opfer seines Berufes ist der Zimmerer Joseph S o w i n s k i, Thierstr. 24 geworden, als er am vergangenen Freitag auf dem Neubau Steinide in Straße 40 beim Balkenaufahren thätig war. Er stürzte von der Höhe in die untere Etage und zog sich eine große Schädelwunde sowie schwere innere Verletzungen zu. Der Bedauernswerte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, woselbst er jetzt in hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

Die letzten diesjährigen Ferien-Sonderzüge werden, woran nochmals kurz erinnert werden mag, in dieser Woche zur Ablösung gelangen. Am nächsten Donnerstag, den 14. d. Mts., geht der letzte Hamburger Sonderzug vom hiesigen Lehrter Hauptbahnhof ab, derselbe bietet Anknüpf an die Nordseebäder Helgoland, Westerland, Sylt, Amrum, Rorderney zc.; am Freitag, den 15. d. Mts., folgen die Ferienzüge nach Dresden und Scharbau, nach Rügen (Rustein, Salzbürg, Reichenhall und Lindau), nach Frankfurt a. M. (Salzbürg, Freiberg, Vöel, Konstanz, Schaffhausen zc.), Abfahrt vom Anhalter Bahnhof, nach dem Riesengebirge (Friedeberg a. Queis, Schmiedeberg oder Petersdorf) und endlich nach den Ostseebädern (Kolberg, Swinemünde, Rügen zc.). Abfahrt 8.40 bezw. 8.45 vormittags vom Steiner Bahnhof aus.) Zu erwähnen ist dann noch der Sonderzug zur Düsseldorf-Exposition (am 15. d. Mts., abends 10.15 vom Lehrter Hauptbahnhof ab) und als allerletzter diesjähriger Sonderzug fährt endlich noch der zweite Düsseldorf-Exposition Zug in Betracht, der am Freitag, den 22. d. M., abends 10 1/4 Uhr, vom hiesigen Lehrter Hauptbahnhof abgefahren werden wird. Der Verlauf der jetztigen Sonderzugarten wird bereits am 14. bezw. 21. d. Mts. geschlossen.

Harmlosdienst unter den Straßenbahnern. Vor einigen Tagen hatten die Straßenbahn-Angestellten vom Bahnhof Schöneberg ein Familienfest in Tegel arrangiert. Zur Beförderung der zahlreichsten Teilnehmer stellte die Direktion auf das Ansuchen der Festleiter den Leuten eine Anzahl Motor- und Anhängewagen zur Verfügung, das heißt nicht etwa umsonst, sondern gegen bare Bezahlung von 15 M. pro Wagen. Als nun in dem allgemeinen Festrausch die bekannte gehobene Stimmung Platz gegriffen hatte, da muß in die Wägen des Ganzen plötzlich irgend etwas hineingefahren sein. Nach berühmten Mustern schickten sie nämlich eine Depesche an die Direktion, in der sie ihre lokale Bestimmung ergebenst beteuerten und gleichzeitig ihren tiefgefühlten Dank für die Hergabe der schwerbetrappten Wagen ansprachen. — Mehr kann die Direktion wirklich nicht verlangen. Von solchen Leuten braucht sie keine Lohnforderung, geschweige denn einen Streik zu befürchten. Gleichsam als Antwort auf diese von demütiger Ergebenheit tiefende Dankesdepesche wird jetzt vom Bahnhof Tegel aus eine Verfügung der Direktion bekannt, laut deren der Aufstellungs-Etat von jetzt ab um 10 Prozent zu verringern ist. Welche Freudeausbrüche werden wohl die lokalen Angestellten von Schöneberg machen, wenn ihnen demnächst von der väterlich sorgenden Direktion der Drotlord wieder höher gehängt wird.

Einer eingehenden Beschäftigung unterworfen wurde die Müllabfuhr der Gesellschaft „Staubhaug“ am Bahnhof Weichenstraße von einer fünfgliedrigen Kommission des Polizeipräsidiums. Die Anwohner hoffen, daß der auf Grund der Beschäftigung zu erstattende Bericht zu einer baldigen Wäbse der Müllabfuhrgesellschaft führen werde. Eine Abordnung der Anwohner hatte beim Polizeipräsidium eine Audienz nachgesucht, um persönlich die Beschwerden vorzutragen. Der Abordnung hat sich der in der geschädigten Gegend ansässige Arzt Dr. Hanet angeschlossen, dessen Bedenken besonders hervorhebt, daß es ganz unstatthaft erscheine, einen Stadtbahnhof, auf dem täglich Tausende von Personen verkehren, dem dauernden Staub und Gestank dieser Müllabfuhr auszusetzen. Außerdem laufen gegenwärtig bei den Anwohnern der Weichen- und Siemensstraße Protestlisten um, die ausnahmslos Zustimmung und Unterzeichnung finden. Einige Hausbesitzer lassen sich auch von den Mietern bescheinigen, daß diese die Wohnungen nur wegen der unerträglichsten und häufigsten Müllabfuhr künftigen.

Die Waisenstraße wird da, wo sie bisher an der Mauer des Klosterkirchhofes als Sackgasse endete, um ein Stück verlängert. Für den Straßenverkehr hat dieser Winkel — der „Waisenwinkel“, wie er noch im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts hieß — ohnedies niemals eine Bedeutung gehabt. Selbst ein Wödelwoogen kam hier nur selten hinein. Nachdem aber die an den Klosterkirchhof angrenzenden Grundstücke zu beiden Seiten der Straße für das Gymnasium zum grauen Kloster angekauft und die darauf befindlichen Privatbauten durch Anstaltsbauten (ein neues Lehrerwohnhaus und eine Turnhalle) ersetzt worden sind, kann dieser Teil der Waisenstraße thatsächlich nur noch dem Verkehr nach oder von der Anstalt dienen. Der bestreiffende Straßenteil, der Fahrdramm samt den Bürgersteigen, ist schon seit Monaten gesperrt. Er wird jetzt zum Klosterkirchhof gezogen und in eine Gartenanlage umgewandelt, die der Straße einen freundlichen Abschluß giebt. Das Kleinstadtbild, das sich in dieser altberlinischen Sackgasse Jahrhunderte hindurch erhalten hat, dürfte durch diese Umgestaltung des Winkels der Waisenstraße noch an Reiz gewinnen.

Mit über 400 M. verschwunden ist der 20 Jahre alte Kaufmann Jidor Sommerfeld, der am Grünen Weg 2 bei seiner verwitweten Mutter wohnte. Er war seit 14 Tagen außer Stellung und wollte einen Arzt aufsuchen. Zugleich sollte er für die Mutter auf einer Bank die genannte Summe abheben. Das Geld hat er erhalten, ist aber zu den Angehörigen nicht zurückgekehrt. Die Mutter vermutet, daß er mit dem Geld in schlechte Gesellschaft geraten sei, und sich in Berlin umhertreibe. Der Verschwindene trug einen grauen Anzug sowie weißen Strohhut und hat einen kleinen schwarzen Schnurrbart.

Bau-Unfall. Man schreibt uns von getrockneter Seite: Als vor etwa drei Wochen an dieser Stelle über verschiedene Unfälle und Vorfälle auf dem von der Firma D. u. S. u. G. an der ausgeführten Schulneubau in der Hohenstaufenstraße in S. d. n. e. b. e. g. berichtet, waren es vor allen Dingen die schlechte Rüstung und das häufige Ueberstehen der Arbeiter und einzelner Maurer auf diesem Bau, welche allgemeinen Unwillen bei den Arbeitern des Baues hervorriefen. Bezüglich der Ueberstunden ist indessen eine Regelung eingetreten. Der Arbeitsvertrag der Maurer gestattet es, daß der Arbeiter täglich eine Ueberstunde machen darf. Der Rüstungsgehilfe Heinrich Kutsch aus der Schwedterstraße 42 wollte sich durchaus diesen Bestimmungen nicht fügen, weil er wohl glaubte, daß seine Arbeitskraft sich bei täglich zehn bis zwölfstündiger Arbeitszeit nicht abnutzen würde. Er zog sich infolge seines Verhaltens das Mißfallen seiner städtischen Kollegen zu. Schon nach etwa zweitägiger Anwesenheit auf dem Bau zog er es vor, aus der gemeinsamen Baubude in die Polsterbude zu ziehen, woselbst er sich den Vorwürfen seiner Kollegen entrückt wähnte. Am Freitag kurz vor Mittag, als Kutsch einen Rehriegel, welcher mit Kistbrettern belastet war, höher legen wollte, glitt er infolge eines Schlittens aus und fiel etwa 4 Meter tief auf die Fallendege der ersten Etage. Er scheint schwere innere Verletzungen davon getragen zu haben, denn er liegt seit der Zeit zu Hause.

Verhaftung der Spandauer Juwelendebe. Bei der Verhaftung des Schauffstellers eines Juwelengeschäfts in Hamburg wurden einige aus Berlin stammende Diebe ergriffen. Die Untersuchung ergab, daß die Festgenommenen den großen Juwelen- und Golddiebstahl bei der Firma Hirsch in Spandau, über den wir eingehend berichtet, ausgeführt haben. Der größte Teil der damals erbeuteten Stoffbarkeiten wurde bei den Dieben noch vorgefunden und dem rechtmäßigen Eigentümer zugestellt.

Zeugen gesucht. Am 22. Dezember v. J., nachmittags zwischen 4 bis 5 Uhr, verunglückte ein in den mittleren Jahren befindlicher Mann an der Ede Wilmensstraße und Gustav Meyer-Allee beim Sturz von seinem Fahrrad dadurch, daß ein kleiner Junge ihm aus Unvorsichtigkeit direkt in das Rad lief. Zeugen des Vorfalles werden gebeten, ihre Adressen an Frau Rejzewetter, Griebensowstraße 10/11 abzugeben. — Kosten werden erstattet.

Orgelkonzert. Für den Orgelvortrag, welchen Herr Musikdirektor Otto Diemel Mittwoch, den 18. August, mittags 12 Uhr, in der Marienkirche bei freiem Eintritt hält, sind als Mitwirkende gewonnen: Fel. Leni Weiße (Sopran), Fel. Klara Schwarz (Alt), Herr Paul Bronsch (Tenor), Herr Konrad Gulbschinsky (Cello), Herr Buchholz und Herr Otto. Herr Diemel spielt u. a. die 11. Sonate von Beethoven.

Auf der Radrennbahn Kurfürstendamm stehen zwei beachtenswerte Rennen bevor. Am ersten Renntag (18. August) sollen nicht weniger als drei Rennen mit Motorfahrern zur Entscheidung kommen, und zwar ein 10- und ein 25-Kilometer-Rennen, für welche sich die Direktion eine Auswahl unter den hierzu geeigneten Bewerbern vorbehält, außerdem ein 50-Kilometer-Rennen in freier Konkurrenz. Der Große Preis von Deutschland wird am 14. und 21. September gefahren, und es unterliegt keinem Zweifel, daß bei den in Aussicht stehenden guten Rennen die ganze Cirkelrunde der europäischen Ringer zum Start kommt. Neben mehreren Landem, Vorgabe- und Prämiennennern werden den drei den Endlauf des Großen Preises bestreitenden Fahrern allein 3000, 1000 und 500 M. gegeben.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag wurde die Wehr nach der Fischerstr. 24 gerufen. Hier hatten mehrere Wodenversärgnisse mit Inhalt und ein Teil des Dachstuhls Feuer gefangen, das erst nach längerer Zeit abgelöscht werden konnte. Gleichzeitig hatte die Wehr auf dem Treddier Platz 9 zu thun. Hier war auf einem Holzplatz aus noch nicht ermittelte Ursache Feuer ausgebrochen, das einen großen Umfang anzunehmen drohte. Es gelang indes der Wehr, die Flammen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu ersticken. Gegen 10 Uhr mußte in der Alten Jakobstraße 87/88 ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Verpackungsmaterial, Kisten etc. gingen Plan-Platz 92b in einem Keller in Flammen auf. In der Solmsstraße 2 mußte nachmittags ein Wohnungsbrand beseitigt werden, der in der Hauptachse Portieren, Sessel und Kleidungsstücke befechtigte. Montagabend 9 Uhr war in der Friedrichstr. 111 ein Mann durch ausströmendes Pechgas ohnmächtig geworden. Die alarmierte Feuerwehr schloß ihn Sauerstoff ein und brachte ihn wieder zur Besinnung. Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von der Kleinen Kunststr. 11/12 und dem Köster Franz Grenadierplatz 7 ein, die jedoch nur kleinere Brände betrafen.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Wahlsieg unsrer Genossen bei der Erkhwahl zur Gemeindevertretung. Auf die Kandidaten der Socialdemokratie entfielen von den 330 abgegebenen Stimmen 330, auf die Kandidaten der Wahlprotector freimüthiger Oberbank im ganzen 00. Damit dürfte der zweijährige Wahlkrieg seinem Abschluß nahe gebracht zu sein, um im März 1908 wieder eröffnet zu werden.

Unsre Genossen verfügen nun wieder über 8 Mandate — die ganze dritte Abteilung — von 31, — 24 Gemeindevertreter, 8 Schöffen und 1 Vorsteher. — Armer „Würger“ verein!

Die Errichtung einer städtischen Krankenschwestern-Schule ist, wie berichtet, von den städtischen Körperschaften Charlottenburg beschlossene worden. Die Schule soll den mannigfachen Verlegenheiten, die den Leitern von Krankenhäusern aus der Verbindung mit Schwesternverbänden etc. erwachsen, vorbeugen und dem städtischen Krankenhaus einen Stamm von wohlgehaltenen Schwestern sichern. Die Schule soll nach neuerer Bestimmung schon am 1. Oktober im städtischen Krankenhaus eröffnet werden. Aufgenommen werden gesunde, unbescholtene, gebildete Schülerinnen, in der Regel im Alter von 20—30 Jahren. Sie haben sich zu einem dreijährigen Schwesterndienst zu verpflichten. Nach einjähriger Ausbildung erfolgt die Anstellung als städtische Krankenschwester. Sie ist mit Pensionanspruch verbunden. Schriftliche Bewerbungen sind an den Direktor des städtischen Krankenhauses Professor Dr. Westphalen zu richten. Lebenslauf, polizeiliches Führungszeugnis, Schulzeugnis sind beizufügen. Die gedruckten Bestimmungen sind außerdem bei der Bezirksstelle des Krankenhauses zu haben.

Neu-Wehensee. Der hiesige Hausbesitzer-Verein beabsichtigt, bei der Gemeindevertretung dahin zu wirken, daß unwehre sämtliche Straßen von Gemeindewegen gereinigt werden sollen. Bis jetzt hatten nur die beiden Hauptstraßen diesen Vorzug und wurden hierfür 11 000 M. verausgabt, wozu die betreffenden Anlieger nur ca. 3000 M. steuerten. Da die Gemeinde aus dem Steuerjüdel 7500 M. zuschießt, so beanspruchten die andern Hausbesitzer, welche nicht an diesen beiden Straßen ihren Besitz haben, dasselbe Recht. Man will die Reinigung des ganzen Ortes auf Gemeindekosten zum 1. April 1908 antretten. — Der hiesige Richter Ernst Glawitz ist seit Freitagmittag vermisst; dieser Fall verursacht große Aufregung. Jetzt kommt die Nachricht, daß Glawitz in Neu-Bittau Hand an sich gelegt hat; nach anderer Meldung soll er tödlich verunglückt sein. Man sieht hier vor einem Häufel, Glawitz war im Besitz verschiedener Ehrenämter und soll sich eines glücklichen Familienlebens erfreut haben.

Wilmsdorf. Die hiesigen Steuerzahler, welche mit 1500 M. aufwärts eingeschätzt sind, sollen zum 1. November d. J. eine Kirchensteuer im Verhältnis von 2/3 Proz. zur Staatseinkommensteuer zahlen. Die Listen zur Heberolle liegen vom 14. bis 23. August, vormittags 9—11 Uhr, Zimmer 5, zur Einsicht aus.

Der unwürdige Zustand der Haussiering und des Pfisters auf dem Kurfürstendamm, über welchen, wie gemeldet, seit längerer Zeit berechtigte Klagen laut geworden sind, soll demnächst, wenn auch nicht gänzlich beseitigt, so doch erheblich gebessert

werden. Die Stadtgemeinde Charlottenburg, welche den Kurfürstendamm im vorigen Jahre bis zur Schlichterstraße hat asphaltieren lassen, hat sich, wie wir hören, bereit erklärt, alsbald eine weitere Strecke des Fahrdammes mit Asphalt belegen zu lassen, so daß im nächsten Frühjahr die Strecke Schlichter-Wilmersdorferstraße fertiggestellt sein dürfte. Von der letzteren Straße an gehört der Kurfürstendamm bis Halensee zum Gemeindebezirk Wilmsdorf; dort hat man zwar ebenfalls der Erkenntnis sich nicht verschließen können, daß die Fahrdämme dringend der Herstellung bedürfen, eine bindende Erklärung aber, wann Abhilfe geschaffen werden soll, noch nicht abgegeben.

Aus Rigdorf. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich Montagabend in der Hermannstraße. Der 11-jährige Knabe Georg Wärschmidt, Hermannstr. 25 wohnhaft, wurde beim Ueberfahren des Fahrdammes von einem Lastwagen der Firma Paul Schur aus Berlin unversehrt und erlitt dabei eine Gehirnverletzung sowie einen Bruch des Kniebeins. Die Unfallstation leistete dem schwerverletzten Kinde die erste Hilfe. Die Augenzeugen des Unfalls behaupten, trifft den Kutscher keine Schuld. — Ein verachteter Juhälter, der schon seit längerer Zeit von der Polizei gesucht wurde, Oskar Seyling aus Berlin, ist gestern von der hiesigen Polizei verhaftet und dem Gerichtsgefängnis wegen Kuppelei, Führung falschen Namens etc. zugeführt worden. — Der seit acht Jahren auf dem städtischen Steinplatz in Treptow beschäftigte Arbeiter Hermann Donath aus der Rietzenstraße 16 wurde wegen Eitelkeitsverbrechens, begangen gegen ein 13-jähriges Mädchen aus der Eritstraße, das mit Blumen handelte, verhaftet worden. D. wurde in einem Lokale aus frischer That abgefaßt und zunächst weiblich durchgeprügelt, um dann der Polizei übergeben zu werden.

Wahmannsdorf. Die Gast- und Schankwirte haben sich bekanntlich in kirchlichen Kreisen keines besonderen Wohlwollens zu erfreuen. Kamentlich konnte man das in letzter Zeit wieder einmal recht deutlich aus den Beschlüssen verschiedener Synoden erkennen, welche am liebsten den ganzen Gastwirthstand austrotten möchten. Eine erfreuliche Ausnahme macht jedoch der hiesige Gemeinde-Richterrat, welcher in einer seiner letzten Sitzungen einstimmig genehmigte, einem Schankwirt im benachbarten Selchow aus Kirchengeldern eine Hypothek im Betrage von 10 000 Mark zu möglichem Zinsfuß zu gewähren. Der Rigdortser Magistrat als Patron hat hierzu seine Genehmigung erteilt.

Gerichts-Beilage.

Ein wahres Räuberleben hat der Arbeiter Emil Schmidt geführt, welcher in den Monaten April bis Juni d. J. die nördlichen Stadtteile Berlins unsicher machte, sich als Platterfahrer, Sonntag-nachmittags-Eindrehler und Gelegenheitsdieb betätigte und dabei in mehreren Fällen von seinem Bruder Paul Schmidt sekundiert wurde. Nicht weniger als 18 Fälle des schweren und 6 Fälle des einfachen Diebstahls wurden in der gestrigen Verhandlung vor der 4. Penitentienkammer des Landgerichts I unter Beweis gestellt. Mit welcher Frechheit Emil Schmidt zu Werke ging, geht daraus hervor, daß er viele Diebstähle am hellen lichten Tage ausführte. Seinen Diebstichen und sonstigen Eindrehler-Verbrechen widerstand selten ein Schloß. Von den Wänden stahl er Wäsche, Kleiderstücke, Fahrräder, Lufterne Kessel und dergl., aus den Wohnungen liehen, schmuckstücke, Betten, ganze Körbe Vorrathsaachen usw. Selbst vor einer Weingmaschine schreckte er nicht zurück. Zwischen durch arbeitete er auch. So war er beim Austräumen eines durch die Wasserleitung überschwemmten Kellers mitthätig. Da er für seine Thätigkeit angeblich keinen Lohn erhielt, eignete er sich von den Sachen des Ueberschwemmten an, was ihm erreichbar war. Mit einem gestohlenen Rade machte er eine Spritztour nach Spandau, um es einem dortigen Schankwirt zu verkaufen. Die Verweissnahme, welche mehrere Stunden in Anspruch nahm, ergab die Schuld des Angeklagten im vollen Umfange. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit desselben sowie auf seine ebenfalls wegen Diebstahls erlittenen Vorstrafen beantragte der Staatsanwalt gegen ihn sechs Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Kassat, gegen seinen Bruder Paul Schmidt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten und dreijährigen Ehrverlust. Mitanwalt war noch der Ehrenbrecher Ray Junius, dem zur Last gelegt war, dem Emil Schmidt bei dem Verlaufe von Fahrrädern Vorhub geleistet zu haben. Gegen diesen beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten.

Der Gerichtshof verurtheilte Emil Schmidt zu 4 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizei-Kassat, Paul Schmidt zu einem Jahre Gefängnis. Junius wurde freigesprochen.

Eine merkwürdige Geschichte erzählte gestern der Arbeiter R. Th. dem Gerichtshof der ersten Penitentienkammer des Landgerichts I, als er sich wegen versuchter Rötigung zu verantworten hatte. Am Abend des 1. Mai habe er einen alten Freund getroffen und mit ihm einige Glas Bier getrunken. Er sei ein Feind aller alkoholischen Getränke und deshalb habe der Genuss des Bieres ihn in einen eigentümlichen Zustand versetzt. Als er in die frische Luft gekommen sei, habe er sich in einem Traumbestand befunden und nur dunkel erahne er sich der Umstände, die später zu seiner Sistierung geführt hätten. Er erinnere sich nur, daß er auf der Straße eine weibliche Person angesprochen habe und daß diese ihn später beschuldigt habe, ihr einen Schirm gestohlen zu haben. Alles übrige sei ihm aus dem Gedächtnisse entfallen, er könne nur versichern, daß ihm seine Handlungsweise selbst unbegreiflich sei. Er lebe in geordneten Verhältnissen und seit etwa einem Jahre in glücklicher Ehe. Er habe es gewiß nicht nötig, sich einen fremden Schirm anzueignen. Denn er trotz des Gefühls seiner Unschuld am folgenden Tage der Frau geschrieben habe, er werde sie vollständig entschädigen, so sei dies auf Anraten des Polizeikommissars geschehen, der ihn vernommen habe. Es habe ihm auch vor Augen gestanden, daß sowohl das Glück seiner Ehe getrübt werden würde, wie daß er auch sein Brot verlieren könnte, falls die Sache nachbar würde. — Die Frau unversehrte J. gab folgende Schilderung des Sachverhalts: Sie sei abends um 7 Uhr von der Arbeit gekommen. In der Vorhängerstraße sei sie von dem ihr völlig unbekanntem Angeklagten eingeholt und mit den Worten angedeutet worden: „Fräulein, kommen Sie mit mir, wir wollen den 1. Mai feiern.“ Als sie abgelehnt habe, sei sie vom Angeklagten, der sich an ihrer Seite hielt, aufgefordert worden, nur ein Glas Bier mit ihm zu trinken und als sie auch dies abgelehnt habe, sei ihr plötzlich von ihm der Schirm entrissen worden. Sie habe angenommen, daß es sich nur um einen Scherz handle, sei aber andren Sinnes geworden, als der Angeklagte nach einer kleinen Strecke Wegs schnell in ein Haus hineingelaufen. Sie habe auf der Straße fast eine Stunde auf ihn gewartet. Dann sei er ohne Schirm wieder herausgekommen und an ihr vorbeigegangen, anscheinend ohne sie zu kennen. Sie habe dann durch einen Schuttmann seiner Sistierung bewirkt.

Der Gerichtshof gelangte nicht zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte sich in einem Zustande völliger Bewußtlosigkeit befunden habe, sondern verurtheilte ihn wegen versuchter Rötigung zu 20 M. Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementzahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt.

Dr. G. Andree ist mit Kränkel und Strindberg am 11. Juli 1897 auf der Dänen-Insel im Norden von Spitzbergen im Luftballon aufgekliegen.

Dr. R. 84. Unter G. R. 84 liegt vormittags bei uns ein Schreiben für Sie bereit, welches eine für Sie wertvolle Adresse enthält. Die weitere Auskunft wird Ihnen dadurch ermöglicht.

101. Herbst Widmark hat den Aktienanteil erhalten. Paradies. Wir wissen nichts Bestimmtes über die Genossenschaft, können aber selbstverständlich keinerlei moralische Garantie für deren Sicherheit übernehmen.

H. L. Weiden Sie sich an Karl Riefels Kellereureau, Unter den Linden 57.

J. D. Lohnarrest kann wegen der bis zu einem Vierteljahr rückständigen Steuern ansgebrocht werden. Sie können sich bezüglich mit einem Antrag auf Stundung oder Ratenzahlung an die Steuerdeputation wenden.

Streitende Maurer. 1. Die Frage, ob jemand wahlberechtigt ist, wenn er Krankenhaus-Sauben hat, hängt von Entscheidung der Frage ab, ob die Aufnahme eines Hilfsbedürftigen in einem Krankenhaus als Armenunterstützung ist oder als Krankenunterstützung. Das Zurechnen ist, daß in letzterem Falle keine Armen-, sondern eine Krankenunterstützung vorliegt. Das Ober-Berwaltungsgericht hat aber wiederholt entgegengezeigt entschieden. Deshalb werden diejenigen, die selbst oder deren Familienangehörige vorläufig unentgeltliche Aufnahme in einem städtischen Krankenhaus gefunden haben, seit einigen Jahren gegen den Widerspruch der Stadtverordneten-Rechnung von der Wahlberechtigung gestrichen, die für die Stadtverordneten-Wahlen in Betracht kommt. Da die Aufnahme in dem Krankenhaus als die Armenunterstützung gilt, so verliert auch der das Wahlrecht, der seine Schuld ratenweise abträgt. Es ist deshalb im hohen Grade unwirtschaftlich, in Raten oder sonstwie im Krankenhaus-Rosen zu zahlen, da die Zahlung doch nicht den Verlust des Wahlrechts wieder verschafft, und da ferner die Frage, ob ein so Unterstützter zur Erstattung verpflichtet ist, für das Gebiet des preussischen Rechts zu verneinen ist. Das Wahlrecht erlangt er wieder, sobald die Krankenhaus-Bewährung von der Armenunterstützung ab länger als ein Jahr zurücktritt. Wer vor dem 15. Juli 1901 Krankenhaus-Aufnahme gefunden hat, ist danach wahlberechtigt, gleichviel ob er bezahlt hat oder nicht. Ueber die Reichstags-Wahlberechtigung entscheidet der Reichstag. Das Reichstags-Wahlberechtigungsgesetz folgen wird, ist kaum anzunehmen. Eine Entscheidung im Einzelfall ist, so viel uns bekannt, vom Reichsgericht noch nicht getroffen. 2. Bezugssummen sind die vom Tage der Fälligkeit ab zu zahlenden Zinsen. Verzinsungsfrist fünf Jahre. 3. Rein.

H. W. 69. Sind Sie — das scheint nach Ihrer Anfrage der Fall zu sein — Handlungsgehilfe, so kann Ihr Chef Sie nur wegen einer 3 Wochen überdauernden militärischen Uebung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen. — **H. W. 100.** Die Frau kann auf Gewährung des Unterhalts und auf Herausgabe des in der Ehe von ihr nachweislich Erworbenen klagen. — **W. G. 3.** Strafbefehlliche Verhängung von 6 und 10 Mark Geldstrafe. Sie können auf Klage gegen den Amtsgericht klagen. — **H. R. 34.** Die Ehefrau haftet nicht für die Schulden ihres Mannes. Werden ihre Sachen dennoch gepfändet, so kann sie Widerspruch (Interventionsklage) erheben. Ein Beispiel für eine solche Klage finden Sie in dem in den öffentlichen Verhältnissen anliegenden „Arbeiterrecht“ S. 432, Nr. 63, 64. — **H. 49.** Sie sind in Ihrem Recht.

Hube. Es giebt eine große Reihe sprachwissenschaftlicher Besprechungen aller angehenden Hubebüchler. Sie haben wohl den aus dem Sammlerischen und Hiesigen kommenden Spottvers im Gedächtnis. Derselbe lautet: Montag ist der Stundtag Broder, Dienstag lag es auf dem Voder, Wednesday hat es weder, Donnerstag kam es weder, Freitag schied es so, Samstag maek es de Schod. Ohne Bezugnahme auf langames Arbeiten eines bestimmten Gewerkes lautet das Verslein im Deutschen: Der Montag ist des Sonntags Bruder, den Dienstag legt man gern im Ueber, der Mittwoch ist ein Feiertag, am Donnerstag man nichts thun mag, am Freitag geht man in das Bad, am Sonnabend steht man in die Werkstatt, so bringt man die Wochen zu, mit Soufen, Paulenzen und in Ueber. — **H. W., Richardstraße, Ja. — H. W. Rein.**

61. 1. Verlangen Sie das gerichtliche und zu Unrecht gegebene Bausperrenrecht zurück und klagen Sie eventuell auf Rückzahlung. Da Sie sich in den preussischen Staatsverband nicht haben aufnehmen lassen, sind Sie nicht haberechtsfähig. Zur Aufnahme in dem preussischen Staatsverband haben wir während des Krieges in den verschiedenen Teilen des „Vorwärts“ aufgeführt und den Weg hierzu angegeben. 2. Deutsche, die in einem der 26 deutschen Vaterländer bereits die Staatsangehörigkeit besitzen, können durch Aufnahme in dem preussischen Staatsverband in den preussischen Staatsverband aufgenommen werden. Die Aufnahme-Uebung muß jedem Deutschen erteilt werden, der diese nachsucht und nachweist, daß er in Preußen sich niedergelassen hat, es sei denn, daß seine Uebung, aus denen die Abweisung eines Neuzugewandten erfolgen darf. (Hilfsbedürftigkeit, Bekräftigung wegen Unthätigkeit u. dgl.) Der Antrag um Aufnahme ist in Berlin an den Polizeipräsidenten, in dem übrigen Preußen an den Regierungspräsidenten zu richten. Es genügt etwa folgender Antrag: „Ich bin Staatsangehöriger von Preußen, habe mich, wie notorisch sein dürfte, seit 1892 in P. niedergelassen. Meinein Geburtsort und meine Militärs-papiere liegen ich bei und beantrage: Aufnahme in den preussischen Staatsverband.“ Kosten für die Aufnahme erwachsen nicht. — **W. Ja.**

G. W. 77. In 30 Jahren. — **G. 49.** Ueber können Sie dagegen nichts machen. — **Ch. W. 100.** Die Fragen sind sämtlich zu bejahen. Ein Beispiel für eine Klage zur Vorauszahlung der Mieten haben Sie S. 222 Nr. 14 des „Arbeiterrecht“ beigelegt. Klagen durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Verhältnissen aus.

Traurig. Wenn Sie wissen wollen, wann ein Termin ansteht, so müssen Sie sich an eine der beim Projekt beteiligten Personen wenden, welchen Projekt Sie meinen, ist uns nicht bekannt.

G. G. 100. Das ist möglich; Sie müßten sich an den Rektor wenden. — **H. R. 38.** Die Firma ist insolventfähig. Mit einer beim Amtsgericht angehängten Klage würden Sie durchdringen, wenn Ihre Forderung bewiesen wird, das Wochenschein garantiert, aber nicht vorhanden ist.

G. W. H. Rein, das hängt von der Art der Strafbüße selbst und dem Einzelfall ab. — **J. V. 61.** 1. Die Vorlegung der Steuerquittung ist nicht erforderlich. 2. Wenn Sie nicht bis am 15. zum Ersten gefälligst haben, so haben Sie mangels anderer Vereinbarung für den vollen Monat Miete zu zahlen. — **Alte Schönhäuserstraße, 1. Ja. 2. und 3. Rein.**

Hilfslos. 1. 6 Wochen 2. 171 Mark. — **Oskar R.** Sie müßten sich an die russische Botschaft, Unter den Linden 7, wenden. — **H. R.** Verdrüssliche Schreibschreiber sind in Rechnungsbrot Junge, Berlin, Fortstraße 40.

Witterungsübersicht vom 12. August 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Wetter	Temp. u. G.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Wetter	Temp. u. G.
Swinemünde	756	SW	6	wolkig	12	Saparanda	756	SO	2	Regen	12
Hamburg	757	SW	4	Regen	11	Petersburg	758	SO	1	bedeckt	12
Berlin	759	SW	4	wolkig	12	Coax	765	NRW	3	wolkig	16
Frankf. M.	763	SW	2	wolkig	11	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	764	SW	4	Regen	7	Paris	765	SW	2	bedeckt	11
Wien	762	NRW	3	heiter	13						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 13. August 1902. Ein wenig wärmer, ziemlich trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 11. August 1902

nach Ermittlungen des (gl. Polizeipräsidenten).					
Wagen, gut	D. G.	—	—	—	—
mittel	—	—	—	—	—
gering	—	—	—	—	—
† Roggen, gut	15.10	14.90	Schweinefleisch	1.70	1.80
mittel	14.80	14.70	Rothfleisch	1.80	1.90
gering	14.60	14.50	Dammfleisch	1.80	1.90
* Weizen, gut	15.20	15.00	Butter	2.60	2.70
mittel	14.90	14.70	Fleis	60	61
gering	14.60	14.50	Rapsen	1 kg	2.00
* Hafer, gut	12.60	12.50	Kale	2.60	2.70
mittel	12.50	12.40	Rander	2.60	2.70
gering	12.40	12.30	bede	2.40	2.50
Hilfslos	6.00	5.00	Barke	1.80	1.90
Den	6.80	4.60	Schier	2.60	1.40
Getzen	40.00	25.00	Biete	1.40	0.70
Speisekohlen	50.00	25.00	Arbeits	per 100	18.00
Einien	60.00	20.00			

† ab Bahn. * frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 12. August. Getreide. Da die Witterungsverhältnisse von Tag zu Tag schlechter werden und zu den dauernden Niederschlägen sich seit gestern auch noch eine empfindlich kalte Temperatur gesellt hat, so blieb die Stimmung für Getreide recht fest. Ramentlich für Roggen zeigte sich gute Kaufkraft, der nur geringes Angebot gegenüberstand. Lieferungen zogen 1 bis 1 1/2 M. an. Roggenmehl wurde 10 Pf. besser bezahlt. Weizen fand dagegen weniger Interesse und war nur 1/2 bis 1/2 M. höher gehalten. Von den ausländischen Vörsen kam Deftsch-Bulgarien fest, Amerika nach schwächerem Beginn erholt. Futtermittel bleiben fest. Hafer unverändert, Reis nominell fest. Rindöl war vorn bespauert, spätere Sichten schwächer. Schluss für Getreide: Roggen auf erneute russische Offerten etwas schwächer. Spiritus. Am Spiritusmarkt wurde für 70er loco 39,30 M. geboten, ein Abschluß kam aber nicht zu Stande.